

14.01.2020

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a long horizontal stroke and a small hook at the end.

DEKRETVORENTWURF ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2020

INHALTSANGABE

Dieser Dekretvorentwurf ändert verschiedene Bestimmungen im Bereich des Personals und der Organisation im Unterrichtswesen ab.

Er enthält unter anderem Abänderungen in folgenden Bereichen:

- Reform des Amtes des Erzieher-Verwalters
- Einsatz von Primarschullehrern im ersten Anpassungsjahr des Sekundarschulwesens
- Einrichtung einer zusätzlichen Fachbereichsleiterstelle am Zentrum für Förderpädagogik
- Baremenerhöhung für das Arbeitspersonal
- Anpassung der Zugangsbedingungen zum Amt des Schulleiters im Grundschulwesen
- Schulpflicht ab fünf Jahre
- Ausdehnung der Aufgaben der Schulberatung für Inklusion und Integration auf die mittelständische Ausbildung
- Verschiebung der Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zweieinhalb Jahre von 2021 auf 2024
- Verlängerung der Studiendauer des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts
- Gastdozenten im Regelsekundarschulwesen



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Vorentwurf	38



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Aufbau des vorliegenden Dekretvorentwurfs erfolgt nach gewohntem Muster: Jedes Kapitel passt einen bestimmten Regeltext an und dies in chronologischer Reihenfolge.

Um einen besseren und schnelleren Überblick zu erhalten, erfolgt nachstehende Begründung nicht strikt pro Kapitel, sondern pro Themenbereich beziehungsweise pro Maßnahme und beinhaltet gleichzeitig auch den Kommentar zu den einzelnen Artikeln. Die verschiedenen zusammengehörenden Artikel werden aufgezählt.

1. Reform des Amtes des Erzieher-Verwalters (Artikel 2, 10-15, 19, 20, 26, 27, 30 Nummer 3, 31-34, 35 Nummer 1, 3 und 4, 36-38, 40, 45, 47, 58, 68-73, 77, 78, 97 und 98)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Das derzeit gültige Verfahren hinsichtlich der Auswahl von Kandidaten für das Amt des Erzieher-Verwalters im Sekundarschulwesen bedarf aus mehreren Gründen einer dringenden Modernisierung:

1. Momentan sieht das Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens keine zeitweilige Bezeichnung, sondern lediglich eine definitive Ernennung in diesem Auswahlamt vor. Ein Personalmitglied, das das Auswahlamt bekleiden möchte, muss folglich seine Ursprungsernennung kündigen. Es besteht nicht die Möglichkeit das Auswahlamt im Rahmen eines Urlaubs zwecks Ausübung eines anderen Amtes zu bekleiden.

2. Die Zugangsvoraussetzungen für das Auswahlamt des Erzieher-Verwalters sind recht einschränkend. Das Amt des Erzieher-Verwalters, der insbesondere buchhalterische Aufgaben verrichten muss, ist beispielsweise nur Personalmitgliedern zugänglich, die im Gemeinschaftsunterrichtswesen das Amt des Aufseher-Erziehers, des Sekretär-Bibliothekars oder des Primarschullehrers bekleiden. Diese Personen verfügen allerdings nicht unbedingt über das für die Bekleidung dieser Stelle erforderliche Fachwissen. Im Gegensatz zu anderen Auswahl- und Beförderungsämtern, die vor einigen Jahren reformiert wurden, können derzeit weder externe Personen, noch Personen, die in anderen Ämtern eingestellt sind, dieses Amt bekleiden.

3. Das Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens sieht vor, dass die Auswahlkommission zur Einstufung der Bewerber lediglich das Dienstalter, das Amtsalter, die Beurteilungs- und Inspektionsbericht sowie die Befähigungsnachweise berücksichtigt. Die Motivation, die Sozialkompetenzen oder auch die Berufserfahrung des Kandidaten finden hingegen keine Berücksichtigung.

Es wird daher vorgeschlagen, das für Erzieher-Verwalter gültige Auswahlverfahren zu flexibilisieren.

Da der Begriff Erzieher-Verwalter darüber hinaus überholt ist und wenig aussagt über die tatsächliche Funktion, wird vorgeschlagen, das Amt künftig als Finanz- und Gebäudeverwalter zu bezeichnen.

Um das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters bekleiden zu können, muss der Bewerber über einen der nachfolgenden Befähigungsnachweise verfügen:

- a. Bachelor/Graduat in der Studienrichtung Buchhaltung;

b. Abitur in der Studienrichtung Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaft, Wirtschaftsmanagement oder Buchhaltung, ergänzt um 5 Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Amt des Erzieher-Verwalters oder im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;

c. Abitur des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts oder des technischen Übergangsunterrichts ergänzt um 5 Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Amt des Erzieher-Verwalters oder im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;

d. jedes Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer oder Abschlusszeugnis der Oberstufe des technischen oder berufsbildenden Sekundarschulwesens, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters in Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet auf Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt. Handelt es sich um ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens, sind zudem 5 Jahre nützliche Berufserfahrung erforderlich, die im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurden, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht. Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet.

Infolge einer Übergangsregelung gilt ebenfalls ein Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer, ergänzt um mindestens 3 Dienstjahre, die im Amt des Erzieher-Verwalters erbracht wurden, als erforderlicher Titel.

Zugelassen sind sowohl im Unterrichtswesen tätige Personalmitglieder als auch externe Personen. Der Schulträger entscheidet, welcher Bewerber das Amt bekleiden soll. Er stützt sich bei seiner Auswahl auf das vom Bewerber eingereichte Motivationsschreiben, auf ein oder mehrere Bewerbungsgespräche, auf die fachliche Kompetenz und auf die Berufserfahrung. Die Bezeichnung bzw. Einstellung erfolgt auf unbestimmte Dauer. Eine Ernennung ist ab dem Alter von 50 Jahren möglich, wenn das Personalmitglied ein Amtsalter von mindestens 5 Jahren aufweist und der letzte Beurteilungsbericht mindestens mit dem Vermerk ausreichend schließt.

Dem Finanz- und Gebäudeverwalter sind dieselben vollzeitigen und teilzeitigen Urlaubsformen wie bisher zugänglich. Was das Anrecht auf eine Laufbahnunterbrechung anbelangt, wird vorgeschlagen, dem Finanz- und Gebäudeverwalter künftig in Analogie zum Direktionssekretär den Zugang zu einer Laufbahnunterbrechung von 1/5 oder 1/4 zu gewähren.

Der vorübergehende Ersatz eines Finanz- und Gebäudeverwalters wird wie folgt geregelt:

1. Bei einer vollzeitigen Abwesenheit erfolgt der Ersatz im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters durch ein Personalmitglied, das die Zulassungsbedingungen zum Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters erfüllt. Dauert die Abwesenheit länger als zwei Schuljahre, ist die Stelle auszuschreiben.
2. Bei einer teilzeitigen Abwesenheit erfolgt der Ersatz im Amt des Aufseher-Erziehers.

Die Aufgaben des Finanz- und Gebäudeverwalters werden wie folgt im Grundlagendekret vom 31. August 1998 festgelegt:

1. Materielle Verwaltung der Unterrichtseinrichtung;

- a. Abwicklung aller Bestellungen unter Beachtung der Bestimmungen zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen;
- b. Überprüfung aller Rechnungen der Schule und Freigabe zur Unterzeichnung durch die Schulleitung;
- c. Entgegennahme von Lieferungen und Verwaltung der Lager;
2. Finanzielle Verwaltung der Unterrichtseinrichtung:
 - a. Verrichtung der Buchführung und des Rechnungswesens gemäß den gesetzlichen Vorschriften;
 - b. Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben der gesamten Schule;
 - c. Führung der Kasse;
 - d. Verwaltung der Spesenabrechnungen;
 - e. Erstellung und Aktualisierung der Inventarliste;
3. Vorbereitung der jährlichen Budget- und Investitionsplanung;
4. Überprüfung aller Verträge der Schule und Freigabe zur Unterzeichnung durch die Schulleitung;
5. Koordination der finanziellen Abwicklung der Erasmus+-Projekte;
6. Allgemeines Gebäudemanagement sowie Planung und Supervision infrastruktureller Veränderungen in der Schule;
7. Ansprechpartner für wirtschaftliche und finanzielle Belange;
8. Supervision und Koordination des in der Schule beschäftigten Arbeits- und Dienstleistungspersonals;
9. Administrative, logistische und technische Unterstützung der Schulleitung;
10. Teilnahme an Personalversammlungen;
11. Persönliche Fort- und Weiterbildung;
12. Aufgaben, die dazu beitragen das Schulprojekt zu verwirklichen.

Die unter Nummer 2 angeführten Aufgaben gehören nicht zum Auftrag des Finanz- und Gebäudeverwalters, falls diese Aufgaben von einem gemäß den Bestimmungen des Dekretes von 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezeichneten schulexternen Rechnungspflichtigen wahrgenommen werden. In diesem Fall unterstützt der Finanz- und Gebäudeverwalter den schulexternen Rechnungspflichtigen bei der Verrichtung dieser Aufgaben.

Zu den Aufgaben des Finanz- und Gebäudeverwalters gehören ebenfalls alle Aufgaben des Erziehungspersonals. Der Auftrag des Finanz- und Gebäudeverwalters umfasst sowohl die Aufgaben des Erziehungspersonals als auch die Aufgaben, die für den Finanz- und Gebäudeverwalter eingefügt werden. Der Schulleiter oder der Schulträger legt den Auftrag des Personalmitglieds fest, dabei kann er den Finanz- und Gebäudeverwalters mit Aufgaben des Erziehungspersonals beauftragen.

Eine Übergangsbestimmung legt fest, dass Personalmitglieder, die im Amt des Erzieher-Verwalters ernannt sind oder das Amt des Erzieher-Verwalters während des gesamten Schuljahres 2019-2020 zeitweilig bekleidet haben, zum 1. September 2020 in das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters überführt werden. Die vorher erbrachten Dienste werden für das neue Amt berücksichtigt.

Durch Artikel 2 wird im Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968 das Auswahlamt des Erzieher-Verwalters umbenannt in Finanz- und Gebäudeverwalter.

Die dienstrechtlichen Bestimmungen werden durch die Artikel 10 bis 15 im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens verankert. Die Artikel 68 bis 73 bzw. Artikel 97 und 98 verankern dieselben Bestimmungen im Lehrerstatut des freien subventionierten Unterrichtswesens bzw. im Lehrerstatut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens.

Artikel 19, 20, 77 und 78 legen zwei Abweichungsbestimmungen von dem für den Finanz- und Gebäudeverwalter im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens und des freien subventionierten Unterrichtswesens definierten Anwerbungsverfahren fest. Diese Abweichungsbestimmungen gewährleisten, dass die bereits im Amt des Erzieher-Verwalters tätigen Personalmitglieder in das neue Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters überführt werden. So gelten Personalmitglieder, die zum 31. August 2020 im Amt des Erzieher-Verwalters definitiv eingestellt sind, ab dem 1. September 2020 als definitiv eingestellt im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters. Personalmitglieder, die während des gesamten Schuljahres 2019-2020 zeitweilig im Amt des Erzieher-Verwalters eingestellt waren, werden vom Schulträger zum 1. September 2020 auf unbestimmte Dauer im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters eingestellt. Die Dienste, die das Personalmitglied vor diesem Datum im Amt des Erzieher-Verwalters erbracht hat, werden für die Ermittlung des für die Ernennung erforderlichen Amtsalters so berücksichtigt, als ob sie im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters erbracht worden wären.

Artikel 58 fügt den Auftrag des Finanz- und Gebäudeverwalters im Grundlagendekret vom 31. August 1998 ein. Der Auftrag des Finanz- und Gebäudeverwalters umfasst sowohl die Aufgaben des Erziehungspersonals als auch die Aufgaben, die durch den vorliegenden Artikel für den Finanz- und Gebäudeverwalter eingefügt werden. Der Schulleiter oder der Schulträger legt den Auftrag des Personalmitglieds fest, dabei kann er den Finanz- und Gebäudeverwalters mit Aufgaben des Erziehungspersonals beauftragen.

Z. B. wird die finanzielle Verwaltung der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Unterrichtseinrichtung vom Ministerium wahrgenommen, sodass der Finanz- und Gebäudeverwalters im Gemeinschaftsunterrichtswesen mit anderen Aufgaben betraut wird.

Artikel 26 hebt im Königlichen Erlass vom 15. Juli 1969 die bisherige Aufgabenbeschreibung für Erzieher-Verwalter auf und Artikel 25 passt die Überschrift desselben Königlichen Erlasses an.

Artikel 27 hebt im Königlichen Erlass vom 22. Juli 1969 die Bestimmungen bezüglich der Anwerbungsämter, die im Gemeinschaftsunterrichtswesen zum Auswahlamt des Erzieher-Verwalters führen, auf.

Die Artikel 31 bis 33 heben die für ausreichend erachteten Titel für das Amt des Erzieher-Verwalters im subventionierten Unterrichtswesen auf. Gleichzeitig werden ebenfalls die für ausreichend erachteten Titel für das Amt des Direktionssekretärs im subventionierten Unterrichtswesen aufgehoben, das durch das Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen vom 18. Juni 2018 reformiert worden ist.

Die Artikel 30 Nummer 3, 34, 35 Nummer 1, 3 und 4, 36 bis 38, 40 und 45 ersetzen in verschiedenen Rechtstexten den Begriff des Erzieher-Verwalters durch den Begriff des Finanz- und Gebäudeverwalters.

Artikel 47 passt den Erlass der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung an. Finanz- und Gebäudeverwalter dürfen demzufolge nicht mehr nur eine vollzeitige oder halbzzeitige Laufbahnunterbrechung, sondern auch eine Laufbahnunterbrechung von einem Viertel oder einem Fünftel eines vollen Stundenplans in Anspruch nehmen. Seit Verabschiedung des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren hat sich die Rechtsprechung des Staatsrates wie auch die des Verfassungsgerichtshofes dahingehend verändert, dass diese Regelungen als wesentlich zu betrachten sind und nur vom Parlament verabschiedet werden können. Aufgrund dieser veränderten Rechtsprechung werden seitdem alle Anpassungen dieses Erlasses per Dekret vorgenommen.



2. Anpassung der Zugangsbedingungen zum Amt des Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen (Artikel 3 Nummer 3, 22 Nummern 6, 7 und 8, Artikel 60 Nummer 1, 83 und 91 Nummer 1)

Inkrafttreten: Tag der Verabschiedung

Durch vorliegendes Kapitel werden die Titelbedingungen für das Amt des Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen angepasst. Derzeit hat ein Personalmitglied Zugang zu diesem Amt, wenn es über einen Master in Förder-, Heil- oder Orthopädagogik oder um das Diplom eines Primarschullehrers ergänzt um eine Zusatzausbildung von mindestens 15 ECTS im Bereich Förder-, Heil- oder Orthopädagogik und eine nützliche Berufserfahrung als Lehrer von mindestens 2 Jahren verfügt.

Da es sich seit Einführung des Amtes als äußerst schwierig erweist, die zur Verfügung gestellten Stellen im Amt des Förderpädagogen mit qualifiziertem Personal zu besetzen, viele Stellen noch immer unbesetzt sind, der Bedarf der Schulen nach Unterstützung im Bereich der niederschwelligen Förderung jedoch hoch ist, wird vorgeschlagen, dass künftig auch das Diplom des Kindergärtners ergänzt um eine Zusatzausbildung von mindestens 15 ECTS im Bereich Förder-, Heil- oder Orthopädagogik und eine nützliche Berufserfahrung als Lehrer von mindestens 2 Jahren Zugang zum Amt des Förderpädagogen gibt. Es wird jedoch präzisiert, dass dieses Diplom nur dann als erforderlicher Befähigungsnachweis gilt, wenn der Förderpädagoge ausschließlich im Kindergarten tätig ist. Auf Ebene des Primarschulwesens darf das Amt des Förderpädagogen weiterhin nur von Personalmitgliedern bekleidet werden, die über eines der bislang gültigen und eingangs erwähnten Diplome verfügen.

Es wird darüber hinaus festgelegt, dass jeder Schulträger nur maximal ein Drittel seines zur Einstellung von Förderpädagogen bewilligten Stundenkapitals nutzen darf, um Personalmitglieder einzustellen, die das Diplom des Kindergärtners ergänzt um eine Zusatzausbildung von mindestens 15 ECTS im Bereich Förder-, Heil- oder Orthopädagogik und eine nützliche Berufserfahrung als Lehrer von mindestens 2 Jahren besitzen.

Als weitere Maßnahme zur Unterstützung der Schulen im Bereich der niederschwelligen Förderung wird vorgeschlagen, dass im Falle von Lehrermangel künftig Personalmitglieder im Amt des Förderpädagogen bezeichnet bzw. eingestellt werden dürfen, die über das Diplom des Primarschullehrers oder, falls sich die Zuständigkeit des Förderpädagogen ausschließlich auf den Kindergarten beschränkt, über das Diplom des Kindergärtners verfügen, eine nützliche Berufserfahrung als Lehrer von mindestens 2 Jahren aufweisen und zum Zeitpunkt der Bezeichnung eine Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik im Umfang von mindestens 15 ECTS absolvieren. Als Nachweis dient eine von der Unterrichtseinrichtung, an der die Zusatzausbildung absolviert wird, ausgestellte Einschreibebestätigung. Die Bezeichnung bzw. Einstellung in diesem Amt endet nach Ablauf von 2 Jahren von Amts wegen, wenn das betreffende Personalmitglied die Zusatzausbildung nicht innerhalb dieser Frist erfolgreich abgeschlossen hat. Es handelt sich bei dieser Form der Bezeichnung bzw. Einstellung wohlgerne um eine Bezeichnung bzw. Einstellung über Abweichung, d.h. das betroffene Personalmitglied sammelt keine Dienstage, solange die Zusatzausbildung nicht erfolgreich abgeschlossen wurde. Es kann darüber hinaus nicht in den Vorrang gelangen oder eine Bezeichnung bzw. Einstellung auf unbestimmte Dauer erhalten.

Darüber hinaus wird der Zugang zum Amt jenen Personen ermöglicht, die zwar nicht über das Diplom des Primarschullehrers verfügen, sich jedoch in der Vergangenheit dienstrechtlich für dieses Amt in Ordnung gebracht haben, indem sie drei Abweichungen durchlaufen haben und demzufolge die Einstellungs- bzw. Bezeichnungsbedingungen für dieses

Amt erfüllen. Diese Personen dürfen, wenn sie die erforderliche Zusatzausbildung in Förderpädagogik absolviert haben und eine nützliche Berufserfahrung als Lehrer von mindestens 2 Jahren aufweisen, künftig ebenfalls das Amt des Förderpädagogen bekleiden.

Artikel 22 Nummern 6, 7 und 8 passt den Königlichen Erlass vom 22. April 1969 über die erforderlichen Befähigungsnachweise an. Ist der Förderpädagoge ausschließlich im Kindergarten tätig, gilt als erforderlicher Befähigungsnachweis ebenfalls das Diplom des Kindergärtners ergänzt um eine Zusatzausbildung von mindestens 15 ECTS im Bereich Förder-, Heil- oder Orthopädagogik und eine nützliche Berufserfahrung als Lehrer von mindestens 2 Jahren.

Artikel 83 passt das Regelgrundschuldekret vom 26. April 1999 an und legt fest, dass der Schulträger nur maximal ein Drittel seines zur Einstellung von Förderpädagogen bewilligten Stundenkapitals nutzen darf, um Personalmitglieder einzustellen, die das Diplom des Kindergärtners ergänzt um eine Zusatzausbildung von mindestens 15 ECTS im Bereich Förder-, Heil- oder Orthopädagogik und eine nützliche Berufserfahrung als Lehrer von mindestens 2 Jahren besitzen.

Artikel 3 Nummer 3, 60 Nummer 1 und 91 Nummer 1 passen das Lehrerstatut im Gemeinschaftsunterrichtswesen, im freien subventionierten Unterrichtswesen sowie im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen im Hinblick auf die Bezeichnung von Personalmitgliedern im Amt des Förderpädagogen im Falle von Lehrermangel an.

3. Vorrang bei der Ausdehnung einer definitiven Ernennung (Anpassung des FSU-Statuts) (Artikel 62)

Inkrafttreten: 1. Januar 2021

Das Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens sieht bislang vor, dass Personalmitglieder, die teilweise definitiv eingestellt sind, Vorrang bei der Ausdehnung ihres Stundenplans genießen und im Einstellungsverfahren vor Personalmitgliedern, die noch nicht definitiv eingestellt sind, zum Zuge kommen. Auf Anfrage des Schulträgers des freien subventionierten Unterrichtswesens wird diese Bestimmung in Analogie zum Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens dahingehend angepasst, dass der Vorrang nur dann einzuräumen ist, wenn es sich um eine Ergänzung einer bereits bestehenden definitiven Einstellung in der betreffenden Schule handelt, d.h. um eine Ausdehnung der definitiven Einstellung in einem Amt, in dem das Personalmitglied bereits stundenweise in der jeweiligen Schule ernannt ist.

Artikel 62 nimmt die entsprechende Anpassung im Lehrerstatut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

4. Anpassung der Titelbedingungen für Kindergartenassistenten (Artikel 23 Nummern 1-4, Artikel 3 Nummer 2, 60 Nummer 2 und 91 Nummer 2)

Inkrafttreten: 1. Januar 2021

Nachdem das Amt des Kindergartenassistenten im September 2018 im Unterrichtswesen eingeführt wurde, wird vorgeschlagen, einige Anpassungen im Hinblick auf die erforderlichen Titel für das Amt des Kindergartenassistenten vorzunehmen. Derzeit ist vorgesehen, dass unter anderem das sogenannte Brevet als Kinderpfleger Zugang zum Amt des



Kindergartenassistenten gibt. Das Brevet, ursprünglich eine Ausbildung von 2 Jahren, entspricht vom Niveau her der Qualifikation Studienzeugnis und Befähigungsnachweis des 6. Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts. Da sich die Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich Kinderpflege jedoch weiterentwickelt haben und mittlerweile andere, teils höhere Abschlüsse in diesem Bereich verliehen werden, wird vorgeschlagen, die Titelgesetzgebung anzupassen, damit auch diese Personen im Rahmen des Anwerbungsverfahrens korrekt berücksichtigt werden können. Neben dem Brevet als Kinderpfleger gelten fortan auch das Abitur im Bereich Kinderpflege oder das Studienzeugnis des 6. Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts ergänzt um den Befähigungsnachweis des 6. oder 7. Jahres im Bereich Kinderpflege als erforderliche Titel für das Amt des Kindergartenassistenten.

Darüber hinaus wird vorgeschlagen, dass ebenfalls das vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Krankenpflegevereinigung in Belgien KPVDB verliehene Zertifikat als Familien- und Seniorenhelfer und Pflegehelfer oder ein von der Regierung als gleichwertig anerkannter Nachweis zur Ausübung des Amtes berechtigt.

Die vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft verliehene Bescheinigung als Kindergartenhelfer ergänzt um einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 120 Stunden umfassenden Weiterbildung im Bereich Kinderbetreuung war bislang als Titel nachgeordnet, d.h. dieser Titel berechtigte nur dann zur Ausübung des Amtes des Kindergartenassistenten, insofern kein Kandidat auf dem Arbeitsmarkt verfügbar war, der über einen der übergeordneten Nachweise (z.B. Abitur im Bereich Erziehung, Abitur im Bereich Betreuer für Kindergemeinschaften, Studiennachweis im Bereich Kinderpflege, Studienzeugnis & Befähigungsnachweis des 6. Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts im Bereich Familienhilfe, Zertifikat der KPVDB als Kinderbetreuer) verfügte. Diese Situation erweist sich sowohl für die betroffenen Personalmitglieder als auch für die Schulleitungen als äußerst nachteilig. Für die Personalmitglieder ist dieser Umstand mit einer hohen Arbeitsplatzunsicherheit und für die Schulleitungen mit einer nicht unbeachtlichen Planungsunsicherheit verbunden, da die betroffenen Personen, selbst wenn sie zur vollsten Zufriedenheit des Schulleiters gearbeitet haben, immer wieder riskieren verdrängt zu werden, solange sie keinen unbefristeten Arbeitsvertrag haben. Daher wird vorgeschlagen, die Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass der Nachweis als Kindergartenhelfer ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 120 Stunden umfassenden Weiterbildung im Bereich Kinderbetreuung fortan als vollwertiger erforderlicher Titel gilt. Ein Kandidat, der allerdings nur über den Nachweis als Kindergartenhelfer und nicht über die entsprechende Weiterbildungsbescheinigung verfügt, kann lediglich über Abweichung, d.h. im Falle von Lehrermangel, eingestellt werden.

Da es darüber hinaus eine Reihe von diplomierten Kindergärtnern auf dem Arbeitsmarkt gibt, die keine Stelle als Kindergärtner finden, wird vorgeschlagen, dass das Diplom des Kindergärtners künftig ebenfalls zur Ausübung des Amtes des Kindergartenassistenten berechtigt, insofern kein Kandidat auf dem Arbeitsmarkt verfügbar ist, der über einen der übergeordneten Nachweise (z.B. Abitur im Bereich Erziehung, Abitur im Bereich Betreuer für Kindergemeinschaften, Studiennachweis im Bereich Kinderpflege, Studienzeugnis & Befähigungsnachweis des 6. Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts im Bereich Familienhilfe, Zertifikat der KPVDB als Kinderbetreuer) verfügt. Diese Anpassung ermöglicht es, Kindergärtnern, die keine Anstellung als Kindergärtnerin in der Deutschsprachigen Gemeinschaft finden, dennoch im Kindergarten beschäftigt zu werden.

Artikel 23 Nummern 1-4 nimmt die erforderlichen Anpassungen im Titelerlass vom 22. April 1969 vor.

Die Artikel 3 Nummer 2, 60 Nummer 2 und 91 Nummer 2 passen das Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens, des freien subventionierten Unterrichtswesens sowie des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens an.

5. Einsatz von Primarschullehrern im ersten Anpassungsjahr des Sekundarschulwesens (Artikel 24)

Inkrafttreten: 1. Januar 2021

Bereits seit einigen Jahren gilt das Diplom des Primarschullehrers als erforderlicher Befähigungsnachweis, um allgemeinbildende Kurse im berufsbildenden Unterricht oder in Fördersekundarschulen zu erteilen. Insbesondere an technischen und berufsbildenden Schulen werden in der differenzierten Stufe häufig Primarschullehrer eingesetzt, um allgemeinbildende Kurse wie Deutsch, Mathematik oder Französisch zu erteilen.

Da jedoch nicht in allen Schulen, die eine differenzierte Stufe organisieren, das erste Anpassungsjahr zum berufsbildenden Unterricht gehört, wird vorgeschlagen die Titelgesetzgebung entsprechend anzupassen, so dass künftig auch die im ersten Anpassungsjahr in allgemeinbildenden Schulen eingesetzten Primarschullehrer von vornherein als Inhaber des erforderlichen Titels gelten und entsprechend Dienstage sammeln können.

Artikel 24 nimmt die erforderliche Anpassung im Titelerlass vom 22. April 1969 vor.

6. Anpassung der Baremen für externe Evaluatoren mit Masterdiplom (Artikel 117)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Im Rahmen des Maßnahmendekrets 2019 wurde die Besoldung für Schulinspektoren, Schulentwicklungsberater und Religionsinspektoren, die über ein Masterdiplom verfügen angehoben, um die Stellen attraktiver zu gestalten und sicherzustellen, dass die Besoldung dieser Personen nicht niedriger ausfällt als die Besoldung von pädagogischen Sonderbeauftragten des Ministeriums der Stufe I. Sie beziehen fortan nicht mehr die Gehaltstabelle 471, sondern 471/I.

Es wird nun vorgeschlagen, dieselbe Besoldung für externe Evaluatoren mit Masterdiplom vorzusehen. Ihnen wird momentan die Gehaltstabelle 471 zugewiesen. Um keinen Wettbewerbsnachteil zu schaffen und die Attraktivität der Stellen nicht zu schmälern, wird vorgeschlagen, externe Evaluatoren mit Masterdiplom künftig ebenfalls gemäß der Gehaltstabelle 471/I zu besolden.

Artikel 117 nimmt die erforderliche Anpassung im Dekret vom 27. Juni 2005 vor.

7. Schaffung des Amtes eines Lehrers für Harfe im Teilzeit-Kunstunterricht (Artikel 1 Nummer 2)

Inkrafttreten: 1. Januar 2021

Auf Antrag der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft schlägt die Regierung vor, das Anwerbungsamt des Lehrers für Harfe in die Liste der Anwerbungsämter im Teilzeit-Kunstunterricht aufzunehmen.



Artikel 1 Nummer 2 nimmt die erforderliche Anpassung im Ämtererlass vom 2. Oktober 1968 vor.

8. Einrichtung einer zusätzlichen Fachbereichsleiterstelle am Zentrum für Förderpädagogik (Artikel 1 Nummer 1, 8, 9, 21, 30 Nummern 1 und 2, Artikel 57, 66, 67, 95, 96 und 119)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Das Zentrum für Förderpädagogik organisiert seit einigen Jahren in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Büttenbach eine inklusive Schule. In der Gemeinsamen Grundschule Büttenbach werden sowohl Regelschulkinder, aber auch Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gemeinsam unterrichtet. Der Unterricht erfolgt in Form von Team-Teaching. Zusätzlich steht der Schule zur Betreuung und Förderung in Einzeltherapien paramedizinisches Personal zur Verfügung.

Geleitet wird die Gemeinsame Grundschule in Zusammenarbeit zwischen der Schulleiterin der Regelschule und dem Direktor des Zentrums für Förderpädagogik, der seinerseits unterstützt wird durch eine pädagogische Koordinatorin für inklusive Schulen (0,75 VZÄ) und durch einen paramedizinischen Koordinator für inklusive Schulen (0,5 VZÄ). Beide Koordinatoren gehören zum Personalstamm des Zentrums für Förderpädagogik.

Die Praxis vor Ort hat jedoch gezeigt, dass eine pädagogische Koordination im Umfang von 0,75 VZÄ unzureichend ist. Zur Stärkung der Leitungsebene auf Seiten des Zentrums für Förderpädagogik wird daher vorgeschlagen, die Stelle der pädagogischen Koordinatorin durch eine Vollzeitstelle als Fachbereichsleiterin zu ersetzen.

Infolge einer Übergangsregelung wird das Personalmitglied, das im Schuljahr 2019-2020 das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen bekleidet hat, vom 1. September 2020 bis 31. Dezember 2020 ad interim im Amt des Fachbereichsleiters bezeichnet. In diesem Zeitraum obliegt es dem Schulträger, die entsprechende Stelle offiziell auszu-schreiben, damit sie zum 1. Januar 2021 statutkonform vergeben werden kann.

Artikel 1 Nummer 1 hebt im Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968 (Ämtererlass) das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen auf.

Die Artikel 8, 9 und 21 ändern das Lehrerstattut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vom 22. März 1969 ab. Die darin enthaltenen Bestimmungen zum pädagogischen Koordinator für inklusive Schulen werden aufgehoben. Eine Übergangsregelung sieht vor, dass das Personalmitglied, das im Schuljahr 2019-2020 das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen bekleidet hat, vom 1. September 2020 bis 31. Dezember 2020 ad interim im Amt des Fachbereichsleiters bezeichnet wird.

Artikel 30 Nummern 1 und 2 hebt die im Königlichen Erlass vom 15. Januar 1974 (Urlaube) enthaltenen Bestimmungen zum pädagogischen Koordinator auf.

Artikel 44 legt im Stundenkapitaldekret des Förderschulwesens (Dekret vom 27. Juni 1990) die Normen zur Schaffung einer vierten Fachbereichsleiterstelle fest. Artikel 43 hebt in demselben Dekret die Bestimmungen zur Schaffung einer Stelle im Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen auf.

Artikel 57 hebt die im Grundlagendekret vom 31. August 1998 enthaltenen Bestimmungen zum pädagogischen Koordinator auf.

Die Artikel 66 und 67 ändern das Lehrerstatut des freien subventionierten Unterrichtswesens vom 14. Dezember 1998 ab. Die darin enthaltenen Bestimmungen zum pädagogischen Koordinator für inklusive Schulen werden aufgehoben.

Die Artikel 95 und 96 ändern das Lehrerstatut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens vom 29. März 2004 ab. Die darin enthaltenen Bestimmungen zum pädagogischen Koordinator für inklusive Schulen werden aufgehoben.

Artikel 119 hebt die im Dekret vom 21. April 2008 enthaltenen Bestimmungen zum pädagogischen Koordinator auf.

9. Urlaubsgeld und Jahresendprämie (Artikel 39 und 120)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Durch vorliegende Maßnahme schlägt die Regierung vor, die Urlaubsformen, die bei der Berechnung des Urlaubsgelds und der Jahresendprämie berücksichtigt werden, zu harmonisieren. Diese Maßnahme ist Teil des Sektorenabkommens 2019-2024.

Bislang wurden bei der Berechnung des Urlaubsgelds die Zeitspannen der Laufbahnunterbrechung wegen Elternschaftsurlaub und des Mutterschaftsurlaubs, jedoch nicht des klassischen Elternurlaubs berücksichtigt.

Bei der Festlegung der Jahresendprämie wurden die Zeitspannen des klassischen Elternurlaubs und – obschon dies nicht explizit im Königlichen Erlass vom 23. Oktober 1979 vermerkt war – die Zeitspannen des Mutterschaftsurlaubs berücksichtigt. Die Zeitspannen der Laufbahnunterbrechung wegen Elternschaftsurlaub hingegen fanden bislang keine Berücksichtigung.

Durch die vorgeschlagenen Abänderungen wird eine Angleichung der Urlaubsformen, die im Rahmen der Berechnung der Jahresendprämie und des Urlaubsgelds berücksichtigt werden, angestrebt. Die Gesetzgebung wird dahingehend angepasst, dass fortan sowohl bei der Berechnung des Urlaubsgelds als auch bei der Festlegung der Jahresendprämie der Mutterschaftsurlaub, die Laufbahnunterbrechung wegen Elternschaftsurlaub und der klassische Elternurlaub Berücksichtigung finden.

Artikel 39 passt die Berechnungsgrundlage für die Jahresendprämie im Königlichen Erlass vom 23. Oktober 1979 an.

Artikel 120 passt die Berechnungsgrundlage für das Urlaubsgeld im Dekret vom 21. April 2008 an.

10. Anpassung der Bestimmungen über die Anrechnung von Krankentagen während der stundenweisen Wiedereingliederung (Artikel 90)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Die Regierung schlägt vor, die Bestimmungen über die Anrechnung von Krankentagen während der stundenweisen Wiedereingliederung anzupassen. Es handelt sich hierbei um die Umsetzung einer im Sektorenabkommen 2019-2024 vorgesehenen Maßnahme.

Die vor einigen Jahren eingeführte stundenweise Wiedereingliederung ermöglicht es Personalmitgliedern, die während mindestens drei Monaten wegen Krankheit abwesend waren, den Dienst stundenweise wiederaufzunehmen, insofern der Kontrollarzt, der behandelnde Arzt und der Arbeitgeber vorab ihr Einverständnis hierzu erteilen. Die stundenweise Wiedereingliederung erfolgt auf Grundlage eines individuellen Einstiegsplans. Zu Beginn sind mindestens zwei Unterrichts- bzw. Arbeitsstunden zu leisten. In Absprache zwischen dem Personalmitglied, dem Arbeitgeber und dem Kontrollarzt erfolgt dann eine progressive Erhöhung der Anzahl Wochenstunden. Die Wiedereingliederung endet nach einer Zeitspanne von maximal sechs Monaten.

Während der stundenweisen Wiedereingliederung gilt das Personalmitglied als wegen Krankheit abwesend und ihm werden, solange das Kontingent noch nicht erschöpft ist, durchgehend Krankheitstage abgezogen.

Die Regierung schlägt vor, dass künftig während der stundenweisen Wiedereingliederung kein Abzug von Krankentagen aus dem zur Verfügung stehenden Krankentagekontingent erfolgt für jeden Tag, an dem das Personalmitglied:

- mindestens drei Arbeitsstunden im Rahmen der Wiedereingliederung erbringt, vorausgesetzt, dass es auf Grundlage seines regulären Stundenplans, mehr als drei Arbeitsstunden an diesem Tag leisten müsste;
- mindestens eine Arbeitsstunde im Rahmen der Wiedereingliederung erbringt, vorausgesetzt, dass es auf Grundlage seines regulären Stundenplans drei Arbeitsstunden oder weniger an diesem Tag leisten müsste.

Artikel 90 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Dekret vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003 vor.

11. Anpassung der Bestimmungen über den Ersatz bei Abwesenheit (Artikel 89)

Inkrafttreten: 1. September 2019

In Anwendung der Gesetzgebung darf ein Personalmitglied nur dann ersetzt werden, wenn es während mehr als fünf aufeinanderfolgenden Arbeitstagen abwesend ist.

Zur Betreuung von Kindern mit besonderen medizinisch begründeten Bedürfnissen werden in Einzelfällen nach ministerieller Genehmigung Personalmitglieder eingestellt, deren Auftrag darin besteht, die aus medizinischen Gründen erforderliche Einzelbetreuung dieser Kinder zu gewährleisten. Im Falle einer krankheitsbedingten Abwesenheit dieser Personalmitglieder müssen diese Kinder meist zu Hause bleiben, da die Schule personell nicht in der Lage ist, die vom abwesenden Personalmitglied wahrgenommene Aufgabe korrekt aufzufangen, ohne ein Risiko einzugehen. Da es nicht zulässig ist, dass ein schulpflichtiges Kind die Schule nicht besuchen darf, weil ein Personalmitglied abwesend ist, schlägt die Regierung vor, die Regelung über den Ersatz bei Abwesenheit dahingehend anzupassen, dass ein Personalmitglied, das infolge einer ministeriellen Genehmigung eingestellt wurde zwecks

Gewährleistung der Einzelbetreuung eines Kindes mit besonderen, medizinisch begründeten Bedürfnissen, umgehend, d.h. ab dem ersten Tag der Abwesenheit, ersetzt werden darf.

Artikel 89 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Dekret vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003 vor.

12. Anpassung der Bestimmungen über den Elternurlaub (Artikel 104)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Die Regierung schlägt vor, dass der klassische Elternurlaub, der momentan lediglich vollzeitig für maximal vier Monate gewährt wird, insofern das Personalmitglied ein Kind hat, das nicht älter als 18 Jahre ist, künftig entweder vier Monate vollzeitig oder acht Monate halbzzeitig in Anspruch genommen werden darf.

Der Urlaub bleibt wie auch bisher aufteilbar, d.h. die vier bzw. acht Monate müssen nicht am Stück in Anspruch genommen werden. Es ist zudem möglich, den Urlaub teils vollzeitig, teils halbzzeitig in Anspruch zu nehmen (z.B. zwei Monate vollzeitige Beurlaubung und vier Monate halbzzeitige Beurlaubung), wobei die zulässige Gesamtdauer von umgerechnet vier Monaten Vollzeitbeurlaubung nicht überschritten werden darf.

Der vollzeitige Elternurlaub wird mit Zeitspannen von mindestens einem Monat und der teilzeitige Elternurlaub mit Zeitspannen von mindestens zwei Monaten gewährt. Der Urlaub kann für kürzere Zeitspannen gewährt werden. In diesem Fall werden allerdings trotzdem ein vollzeitiger bzw. zwei halbzzeitige Monate von den zur Verfügung stehenden vier vollzeitigen beziehungsweise acht teilzeitigen Monaten abgezogen.

Artikel 104 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Dekret vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 vor.

13. Baremenerhöhung für das Arbeitspersonal (Art. 121)

Inkrafttreten: 1. Januar 2021

Im Sektorenabkommen 2019-2024 wurde vereinbart, die Gehälter des Arbeitspersonals zum 1. Januar 2021 um 2% zu erhöhen. Durch die Anpassung des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs schlägt die Regierung vor, diese Maßnahme umzusetzen.

Artikel 121 passt die Baremenwerte im Dekret vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs an.

14. Anpassung der Prämie für den Koordinator im Bereich Gesundheitswissenschaften bei Kaleido Ostbelgien (Artikel 133 und 134)

Inkrafttreten: 1. Juli 2020

Gemäß dem Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist Kaleido Ostbelgien u.a. für die Vermeidung der Verbreitung von ansteckenden Krankheiten im Alterssegment 0-20 Jahre zuständig. Bis zum

Schuljahr 2018-2019 betraf dieser Aufgabenbereich "nur" die Altersspanne 3-20 Jahre, seit dem 1. September 2019 ist der Kleinkindbereich (0-3 Jahre) hinzugekommen.

Logischerweise richten sich ansteckende Krankheiten nicht nach den Öffnungszeiten einer Einrichtung oder den üblichen Arbeitszeiten der Mitarbeiter. Deshalb ist hier ein hohes Maß an Flexibilität erforderlich, da die entsprechenden Maßnahmen mitunter sehr schnell eingeleitet werden müssen (z.B. im Falle einer Meningitis).

Bisher wird dieser Bereich bei Kaleido von der für Gesundheit zuständigen Koordinatorin verantwortet. Für diesen Bereitschaftsdienst erhält sie keinerlei Vergütung. Da Kaleido jetzt dieses Tätigkeitsfeld auch für den Kleinkindbereich übernimmt, ist es an der Zeit dies zu korrigieren und diese wichtige Tätigkeit zu honorieren. Aus diesem Grunde schlägt die Regierung vor, die bisherige monatliche Zulage der Koordinatorin für den Bereich Gesundheitswissenschaften von 357,09 € (brutto, nicht indexiert) auf 616,15 € (brutto nicht indexiert) anzuheben. Es wird präzisiert, dass der Betrag der Prämie, die ein Koordinator bei Kaleido bezieht, im Falle einer Teilzeitbeschäftigung anteilmäßig zur Beschäftigung gekürzt wird.

Artikel 133 und 134 passen die Höhe der Zulage, die der Koordinator für Gesundheitswissenschaften bezieht, im Dekret vom 31. März 2014 an.

15. Anpassung der Titelbedingungen für Fachlehrer im Grundschulwesen (Artikel 22 Nummern 1-5 und 103)

Inkrafttreten: 1. Januar 2021.

Die Regierung schlägt vor, die erforderlichen Titel für die Fachlehrer für nichtkonfessionelle Sittenlehre, für Sport und für die erste Fremdsprache im Grundschulwesen anzupassen. Bislang haben zu diesen Ämtern nur Primarschullehrer mit entsprechender Zusatzausbildung oder Lehrbefähigte für die Unterstufe des Sekundarschulwesens in der entsprechenden Fachrichtung oder mit der entsprechenden Zusatzausbildung Zugang zu diesen Ämtern. Für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre besitzen zusätzlich auch Kindergärtner mit entsprechender Zusatzausbildung in Ethik den erforderlichen Befähigungsnachweis.

Die Regierung schlägt vor, die erforderlichen Titel für diese drei Ämter dahingehend anzupassen, dass künftig auch Lehrbefähigte für die Oberstufe des Sekundarschulwesens in der entsprechenden Fachrichtung bzw. mit entsprechender Zusatzausbildung Zugang erhalten sollen.

Artikel 22 Nummern 1-5 nimmt die erforderlichen Anpassungen im Titelerlass vom 22. April 1969 vor.

Artikel 103 nimmt die erforderlichen Anpassungen im Sprachendekret vom 19. April 2004 vor.

16. Referentenstelle an der AHS (Artikel 118)

Inkrafttreten: Tag der Verabschiedung

Da die Autonome Hochschule (AHS) damit beauftragt wurde, einen neuen Bachelorstudiengang für die Jugend- und Sozialarbeit auszuarbeiten, steht der Schule infolge einer

dekretalen Anpassung seit dem 1. Juli 2018 eine zusätzliche Stelle in Höhe von 0,8 Vollzeit-äquivalent im Amt des Referenten zur Verfügung. Es handelt sich hierbei um eine befristete Stelle, die bis einschließlich 31. Dezember 2020 organisiert werden darf. Aufgabe des Referenten ist es, sowohl den neuen Bachelorstudiengang als auch eine entsprechende Ausbildung zum Praktikumsbegleiter inhaltlich auszuarbeiten und zu organisieren. Diese zusätzliche Stelle wird seit Januar 2019 besetzt.

Da abzusehen ist, dass - unter anderem aufgrund der Verzögerungen in der Besetzung der Stelle - voraussichtlich erst im September 2021 mit der Durchführung des ersten Studienjahrs begonnen werden kann und zudem noch eine Reihe von Aufgaben nach dem Start der Ausbildung anfallen (z.B. Akkreditierung), schlägt die Regierung vor, die Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass der AHS die zusätzliche Referentenstelle nicht wie vorgesehen bis 31. Dezember 2020, sondern bis 31. Dezember 2022 zur Verfügung gestellt wird.

Artikel 118 nimmt die erforderlichen Anpassungen im Dekret vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule vor.

17. Bewertung des Direktors und der Fachbereichsleiter an der AHS (Artikel 112 und 114)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Die Regierung schlägt vor, das Dienstrecht der AHS dahingehend anzupassen, dass die Fachbereichsleiter und der Direktor der AHS nicht mehr alle zwei Jahre, sondern mindestens alle 5 Jahre zu bewerten sind. Diese Änderung erfolgt in Anlehnung an die bereits seit längerem gültigen Bestimmungen für Fachbereichsleiter, Unterdirektoren oder Schulleiter im Regelsekundarschulwesen.

18. Anpassung der Zugangsbedingungen zum Amt des Schulleiters im Grundschulwesen (Artikel 16, 74, 100 und 122-125)

Inkrafttreten: Tag der Verabschiedung des Dekrets mit Ausnahme der Artikel 122.125, die am 1. September 2020 in Kraft treten

Momentan ist das Amt des Grundschulleiters nur Personen zugänglich, die über das Diplom eines Primarschullehrers, eines Kindergärtners, eines Regenten (AESI) oder eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts (AESS) verfügen oder die mindestens ein Diplom des Hochschulwesens des zweiten Grades im pädagogischen Bereich besitzen.

Da es sich im Grundschulbereich zunehmend schwierig gestaltet, Bewerber für die Tätigkeit des Schulleiters zu gewinnen, wird eine Flexibilisierung der Gesetzgebung angestrebt und in Analogie zum Sekundarschulwesen vorgeschlagen, dass das Amt des Grundschulleiters künftig allen Personen zugänglich ist, die mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades (Graduat/Bachelor) verfügen.

Gleichzeitig wird vorgesehen, dass Personen, die das Amt des Grundschulleiters bekleiden und nicht über eine pädagogische Ausbildung verfügen, ein zusätzliches Modul im Rahmen der Fachausbildung zum Schulleiter absolvieren müssen, damit sie auch in der Lage sind, mit dem entsprechenden Hintergrundwissen Unterrichtsentwicklung zu betreiben.

Die Artikel 121sexies §3 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens und Artikel 69.5 §3 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statutes der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums sehen vor, dass die Bezeichnung des Schulleiters von Amts wegen endet, wenn der Schulleiter während dieser Zeitspanne keine von der Regierung anerkannte Fachausbildung als Schulleiter erfolgreich bestanden hat. Ebenfalls sehen diese Artikel vor, dass die Regierung dem Parlament die wesentlichen Elemente einer entsprechenden Fachausbildung zwecks Billigung vorlegt.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Regierung vor, dass Grundschulleiter ohne pädagogische Ausbildung ein zusätzliches Modul im Rahmen ihrer Fachausbildung absolvieren müssen. Die wesentlichen Elemente dieses Moduls werden im Anhang des Dekretentwurfs festgelegt.

Des Weiteren müssen Sekundarschulleiter ohne pädagogische Ausbildung ebenfalls ein zusätzliches Modul im Rahmen ihrer Fachausbildung absolvieren.

Die Festlegung der wesentlichen Elemente dieser zusätzlichen Module erfolgte nach Sichtung und Analyse pädagogischer Grundausbildungen im In- und Ausland für vergleichbare Anforderungsprofile. Berücksichtigung fanden auch die bislang geltenden pädagogischen Anforderungen an Schulleiter in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Artikel 16 ändert die Zulassungsbedingungen für das Amt des Schulleiters im Gemeinschaftsunterrichtswesen ab.

Artikel 74 ändert die Zulassungsbedingungen für das Amt des Schulleiters im freien subventionierten Unterrichtswesen ab.

Artikel 100 ändert die Zulassungsbedingungen für das Amt des Schulleiters im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen ab.

Artikel 122, 123 und 124 ändern das Dekret vom 25. Mai 2009 ab und fügen die zusätzlichen Module für Grund- und Sekundarschulleiter ohne pädagogische Ausbildung sowie deren Definition ein.

19. Bewertung von Direktionssekretären (Artikel 7 und 65)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Auf die Direktionssekretäre finden in Sachen Bewertung dieselben Bestimmungen Anwendung wie sie für alle anderen Auswähllämter im Unterrichtswesen gelten, d.h. sie sind mindestens alle fünf Jahre durch den Schulleiter zu bewerten und die Bewertung erfolgt in Form eines Bewertungsberichts, nachdem ein Bewertungsgespräch zwischen dem Schulleiter und dem Direktionssekretär stattgefunden hat.

Die Gesetzgebung sieht darüber hinaus vor, dass der Direktionssekretär im Vorfeld der Beurteilung einen schriftlichen Bericht verfassen muss, in dem er eine Bilanz seiner Tätigkeit der letzten Jahre zieht und Vorschläge zur weiteren schulischen Entwicklung formuliert. Dieser Bericht bildet die Grundlage des Bewertungsgesprächs. Diese Formalität ergibt allerdings wenig Sinn für die Funktion des Direktionssekretärs, der vorrangig administrative Aufgaben übernimmt und nicht direkt an der Schul- und Unterrichtsentwicklung beteiligt ist.

Die Regierung schlägt daher vor, die Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass die Bewertung des Direktionssekretärs ohne Vorlage eines solchen schriftlichen Berichts erfolgt.

Artikel 7 nimmt diese Abänderung im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 65 nimmt diese Abänderung im Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

Das Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens bedarf keiner Abänderung.

20. Anpassung des Stundenkapitals des Zentrums für Förderpädagogik (Artikel 42)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Seit dem Schuljahr 2004-2005 wird am Robert-Schuman-Institut in Form von BVA-Stunden eine Fachkraft für LRS beschäftigt. Das Personalmitglied ist damit beauftragt, umfangreiche Lernstandserhebungen im Bereich des Schriftspracheerwerbs bei allen Schülern der ersten Stufe durchzuführen sowie Beratungs- und Koordinationsaufgaben im Bereich der Lese-Rechtschreib-Förderung wahrzunehmen. Spezifisch für die differenzierte Stufe erarbeitet die Fachkraft Förderpläne, klassenübergreifende Fördermaßnahmen, setzt diese um und erstellt entsprechende individuelle Fördermaterialien. Sie begleitet und berät zudem die Deutschlehrer aller Stufen und gewährt Hilfestellung bei der Erstellung und Umsetzung von Nachteilsausgleichmaßnahmen im schriftsprachlichen Bereich. Da es am RSI kein entsprechendes Amt für diese Tätigkeit gibt, ist für das Personalmitglied perspektivisch keine Aussicht auf Erhalt eines unbefristeten Vertrags oder eine definitive Ernennung vorhanden.

Da die Bereitstellung von Fachpersonal zwecks Gewährleistung der sonderpädagogischen Förderung in den Regelschulen in den Zuständigkeitsbereich des Zentrums für Förderpädagogik fällt, schlägt die Regierung zur Bereinigung der dienstrechtlichen Situation vor das Stellenkapital des ZFP um eine Stelle zu erhöhen und das betreffende Personalmitglied fortan hier anzusiedeln, so dass es künftig als Personalmitglied des ZFP die hierüber beschriebenen Aufgaben am RSI wahrnehmen kann.

Artikel 43 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 27. Juni 1990 vor.

21. Anpassung der Zugangsbedingungen zum Amt des Mediothekarassistenten (Artikel 23 Nummern 5-7)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Auf Anfrage der Autonomen Hochschule schlägt die Regierung vor, die Befähigungsnachweise für den Mediothekarassistenten anzupassen. Momentan geben das Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts und das Graduat/der Bachelor in Bibliothekswesen ergänzt um den pädagogischen Befähigungsnachweis Zugang zu diesem Amt. Es wird vorgeschlagen die Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass der Mediothekarassistent ebenfalls im Besitz eines Befähigungsnachweises zur Führung einer Schulmediothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder eines Nachweises, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird,

sein muss. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, neben den hierüber angeführten Diplomen ebenfalls das Diplom des Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts ergänzt um den Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek als erforderlichen Titel für das Amt des Mediothekarassistenten zu definieren.

Artikel 23 Nummern 5 bis 7 nimmt diese Abänderung im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

22. Entlassung von Personalmitgliedern infolge negativer Bewertung (Artikel 4, 5, 17, 18, 28, 29, 61, 63, 75, 76, 93, 94, 99, 101, 102, 108, 110, 111, 113, 115, 128, 130, 131 und 132)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Momentan wird ein definitiv ernanntes bzw. eingestelltes Personalmitglied von Amts wegen entlassen, wenn es in zwei aufeinanderfolgenden Schuljahren einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk „ungenügend“ erhält. Ein auf unbestimmte Dauer bezeichnetes bzw. eingestelltes Personalmitglied wird von Amts wegen entlassen, wenn es einen Beurteilungsbericht mit dem Vermerk „ungenügend“ erhält und bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bericht mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ erhalten hat. Aus Gründen der Qualitätssicherung schlägt die Regierung vor, diese Regelung dahingehend anzupassen, dass ein auf unbestimmte Dauer bezeichnetes bzw. eingestelltes oder definitiv ernanntes bzw. eingestelltes Personalmitglied künftig entlassen wird, wenn es einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ erhält, nachdem es im vorhergehenden Schuljahr bereits einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk „ungenügend“ oder „mangelhaft“ erhalten hat.

Für Personalmitglieder, die ein Auswahl- oder Beförderungsamts bekleiden, gilt, dass ihre Bezeichnung bzw. Einstellung endet, wenn sie einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk „ungenügend“ erhalten. Die Regierung schlägt vor, diese Regelung dahingehend anzupassen, dass die Bezeichnung bzw. Einstellung künftig endet, wenn das Personalmitglied einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ erhält.

Artikel 4, 5, 17 und 18 nehmen diese Abänderung im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor:

- Artikel 4 betrifft die auf unbestimmte Dauer bezeichneten Personalmitglieder.
- Artikel 5 betrifft die Fachbereichsleiter.
- Artikel 17 betrifft die Schulleiter.
- Artikel 18 betrifft die definitiv ernannten Personalmitglieder.

Artikel 28 und 29 nehmen diese Abänderung im Statut für Religionslehrer des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor:

- Artikel 28 betrifft die auf unbestimmte Dauer bezeichneten Personalmitglieder.
- Artikel 29 betrifft die definitiv ernannten Personalmitglieder.

Artikel 61, 63, 75 und 76 nehmen diese Abänderungen im Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

- Artikel 61 betrifft die auf unbestimmte Dauer eingestellten Personalmitglieder.
- Artikel 63 betrifft die Fachbereichsleiter.
- Artikel 75 betrifft die Schulleiter.
- Artikel 76 betrifft die definitiv eingestellten Personalmitglieder.

Artikel 93, 94, 99, 101 und 102 nehmen diese Abänderungen im Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens vor.

- Artikel 93 betrifft die auf unbestimmte Dauer bezeichneten Personalmitglieder.
- Artikel 94 betrifft den leitenden Verwaltungssekretär.
- Artikel 99 betrifft den Leiter der Kunstakademie.
- Artikel 101 betrifft die Schulleiter.
- Artikel 102 betrifft die definitiv ernannten Personalmitglieder.

Artikel 108, 110, 111, 113 und 115 nehmen diese Abänderungen im AHS-Statut vor.

- Artikel 108 betrifft die auf unbestimmte Dauer bezeichneten Personalmitglieder.
- Artikel 110 betrifft die definitiv ernannten Personalmitglieder.
- Artikel 111 betrifft die Fachbereichsleiter.
- Artikel 113 betrifft den Direktor.
- Artikel 115 betrifft die Forschungsbeauftragten, externen Evaluatoren und Referenten.

Artikel 128 nimmt diese Abänderung im Statut der Schulinspektoren, Schulentwicklungsberater und Referenten für Inklusion und Integration vor.

Artikel 130, 131 und 132 nehmen diese Abänderungen im Kaleido-Statut vor.

- Artikel 130 betrifft die auf unbestimmte Dauer bezeichneten Personalmitglieder.
- Artikel 131 betrifft die definitiv ernannten Personalmitglieder.
- Artikel 132 betrifft die Auswahl- und Beförderungssämter.

23. Weisungsbefugnis des Direktors der AHS gegenüber den Referenten, Forschungsbeauftragten und externen Evaluatoren (Artikel 116)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Die Regierung schlägt vor, in der Hochschulgesetzgebung zu präzisieren, dass die Referenten, die Forschungsbeauftragten und die externen Evaluatoren unmittelbar dem Direktor unterstehen, der ihnen gegenüber weisungsbefugt ist. Für die externe Evaluation war zwar bereits im Statut der Hochschule festgehalten, dass der Fachbereich externe Evaluation dem Direktor untersteht. Durch vorliegende Anpassung wird diese Weisungsbefugnis nun allerdings auch im Dienstrecht der betroffenen Personen festgehalten.

Artikel 116 nimmt diese Abänderung in Artikel 5.105.8 des Dekrets vom 27. Juni 2005 vor.

24. Anpassung der Bewerbungsfrist im OSU (Artikel 92)

Inkrafttreten: 1. Januar 2021

Das Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens (OSU) schreibt im Rahmen des Anwerbungsverfahrens vor, dass Bewerber, die für das folgende Schuljahr von ihrem Vorrangsrecht Gebrauch machen möchten, ihre Bewerbung spätestens bis zum 31. Mai beim Schulträger einreichen müssen. Um die Planung und Organisation des nächsten Schuljahres allerdings frühzeitiger in Angriff nehmen zu können, schlägt die Regierung auf Anfrage des OSU vor, die Bewerbungsfrist im OSU auf den 30. April vorzuverlegen.

Artikel 92 nimmt diese Abänderung im Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens vor.

25. Textkorrekturen (Artikel 6, 64 und 109)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Artikel 6 korrigiert einen Verweis im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens betreffend das Amt des Middle Managers.

Artikel 64 korrigiert einen Verweis im Lehrerstatut des freien subventionierten Unterrichtswesens betreffend das Amt des Middle Managers.

Artikel 109 nimmt eine Textkorrektur in Bezug auf die Dienstalterberechnung im Dienstrecht der Personalmitglieder der Autonomen Hochschule vor.

26. Zusammensetzung des Verwaltungsrates des IAWM (Artikel 46)

Inkrafttreten: 1. Juli 2020

Der Arbeitgeberverband in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist mehrfach an den Minister bzw. an das IAWM herangetreten, um seine konstruktive Mitarbeit im Verwaltungsrat des IAWM anzubieten. Daher schlägt die Regierung vor, den Verwaltungsrat um ein stimmberechtigtes Mitglied der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen zu erweitern.

Wenn die berufliche oder überberufliche Vereinigung ihren Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat, muss sie belegen, dass sie einer nationalen Vereinigungen angeschlossen ist, die die Bedingungen des Artikels 3 oder 4 des Gesetzes vom 24. April 2014 über die Organisation der Vertretung von Selbständigen und KMB (ehemalig koordinierten Gesetze (Königlicher Erlass vom 28. Mai 1979) über die Organisation des Mittelstandes) erfüllt.

Artikel 46 nimmt die Abänderung im Dekret vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vor.

27. Schulpflicht ab fünf Jahre (Artikel 49, 50, 51, 55, 56, 59, 79, 80, 81, 82, 84, 85, 86 und 88)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Am 14. März 2019 hat die Kammer der Verlängerung der Schulpflicht in dem Sinne zugestimmt, dass ab 1. September 2020 auch Fünfjährige der Schulpflicht unterliegen (Abänderung des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht).

Dieses Gesetz hat einige Änderungen in den Dekreten der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Folge, wobei folgende Aspekte betroffen sind: Gründungsnormen, Struktur und Zulassungsbedingungen des Grundschulwesens und des Fördergrundschulwesens, Angebot eines Unterrichtes in Religion oder in nichtkonfessioneller Sittenlehre für schulpflichtige Kindergartenkinder gemeinsam mit der Primarschule, Anforderungen an den Hausunterricht und Kontrolle des Hausunterrichtes.

Artikel 49 betrifft das Regelgrundschulwesen und legt fest, dass durch die Herabsenkung der Schulpflicht auf fünf Jahre nun auch schulpflichtige Kinder den Kindergarten besuchen.

Deshalb wird die Formulierung angepasst und nach Alter anstatt nach Verpflichtung zum Schulbesuch unterschieden. Da die Schulpflicht nun auch auf die Fünfjährigen ausgeweitet wird, wird der Besuch der Primarschule durch die Vollendung des sechsten Lebensjahres definiert und nicht mehr durch den Beginn der Schulpflicht. Wenn in Abweichung des regulären Schulbesuchs ein fünfjähriges Kind die Primarschule besucht oder ein sechsjähriges Kind den Kindergarten, ist hier ebenfalls nach Alter zu unterscheiden, da die Kinder nun in beiden Fällen schulpflichtig sind.

Artikel 50 betrifft das Fördergrundschulwesen und legt fest, dass durch die Herabsenkung der Schulpflicht auf fünf Jahre nun auch schulpflichtige Kinder den Kindergarten besuchen. Deshalb wird die Formulierung angepasst und nach Alter anstatt nach Verpflichtung zum Schulbesuch unterschieden. Da die Schulpflicht nun auch auf die Fünfjährigen ausgeweitet wird, wird der Besuch der Primarschule durch die Vollendung des sechsten Lebensjahres definiert und nicht mehr durch den Beginn der Schulpflicht.

Artikel 50 Nummer 3 betrifft das Fördergrundschulwesen und legt Folgendes fest: Wenn in Abweichung des regulären Schulbesuchs ein sechsjähriges Kind den Kindergarten besucht, ist sein Alter zu präzisieren anstelle seiner Verpflichtung zum Schulbesuch, denn schulpflichtig ist es künftig schon mit fünf Jahren.

Artikel 51 betrifft den Unterricht in einer der anerkannten Religionen und demjenigen in nichtkonfessioneller Sittenlehre. Artikel 24 § 1 der belgischen Verfassung besagt: „Die von den öffentlichen Behörden organisierten Schulen bieten bis zum Ende der Schulpflicht die Wahl zwischen dem Unterricht in einer der anerkannten Religionen und demjenigen in nichtkonfessioneller Sittenlehre.“

Artikel 24 § 3 der belgischen Verfassung besagt: „Jeder hat ein Recht auf Unterricht unter Berücksichtigung der Grundfreiheiten und Grundrechte. Der Zugang zum Unterricht ist unentgeltlich bis zum Ende der Schulpflicht. Alle schulpflichtigen Schüler haben zu Lasten der Gemeinschaft ein Recht auf eine moralische oder religiöse Erziehung.“

Mit der Herabsenkung der Schulpflicht ist folglich auch den Fünfjährigen die Möglichkeit anzubieten, einem Religionsunterricht oder einem Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre zu folgen. Daher wird im Grundlagendekret definiert, dass die schulpflichtigen Vorschüler auf Antrag ihrer Erziehungsberechtigten dieses Angebot in Anspruch nehmen können. In diesem Fall teilen sie bei der Einschreibung diesbezüglich ihre Wahl schriftlich mit.

In seinem Gutachten N°62.493/VR/1 relativiert der Staatsrat und stellt fest, dass zur Umsetzung dieser durch die Verfassung auferlegten Regel für die Gemeinschaften mehrere Möglichkeiten angewandt werden können. Die Verfassung sieht keine konkrete Umsetzung vor.

Die Flämische Gemeinschaft hat bereits – unabhängig von der Herabsenkung der Schulpflicht auf fünf Jahre – für schulpflichtige Kinder, die noch einen Kindergarten besuchen, im Dekret vom 25. Februar 1997 über den Grundschulunterricht (Art. 13) eine entsprechende Regel formuliert: Kinder, die im schulpflichtigen Alter noch einen Kindergarten besuchen, können einen entsprechenden Religionsunterricht oder einen Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre in der Primarschule besuchen, die von den Erziehungsberechtigten ausgesucht wird. Wünschen die Eltern also, dass ihr Kind, welches den Kindergarten besucht und schulpflichtig ist, einen Religionsunterricht besucht, können die Kinder einem entsprechenden Unterricht in der Primarschule folgen.

Artikel 55 betrifft die Anforderungen an den Hausunterricht. Durch die Herabsenkung der Schulpflicht auf fünf Jahre wird auch die Möglichkeit des Hausunterrichts auf die Fünfjährigen ausgeweitet. Da allerdings im Kindergarten keine Kompetenzen, sondern

Entwicklungsziele erreicht werden sollen, gelten diese Entwicklungsziele auch für den Hausunterricht. Die Absätze 1 und 2 des abzuändernden Artikels werden dahingehend abgeändert, dass die Entwicklungsziele des Kindergartens ebenfalls aufgegriffen werden.

Artikel 56 betrifft den Arbeitsplan im Hausunterricht. Für jedes Kind, das im Hausunterricht beschult wird, ist gemäß Kapitel VIII quater über den Hausunterricht desselben Dekrets ein individueller Arbeitsplan zu erstellen, in dem Lernprozesse und Zeitplanungen enthalten sind. Da für die Primar- und Sekundarschüler ebenfalls die zu erreichenden Kompetenzen aufgegriffen werden, sind für die schulpflichtigen Kindergartenkinder die zu erreichenden Entwicklungsziele zu erwähnen.

Artikel 59 legt eine Übergangsbestimmung im Grundlagendekret fest, die besagt, dass vom 1. September 2020 bis zum 31. August 2024 die Kinder zum Kindergarten zugelassen werden, die zwischen drei und fünf Jahre alt sind. Siehe hierzu auch die Maßnahme „Verschiebung der Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zweieinhalb Jahre von 2021 auf 2024 (Artikel 87 und 135)“.

Artikel 79 betrifft die Zulassungsbedingungen zum Kindergarten. Die Formulierung „noch nicht schulpflichtig“ wird gestrichen, da jetzt auch schulpflichtige Kinder den Kindergarten besuchen. Zusätzlich wird das Alter begrenzt, um zu definieren, dass zur Primarschule zugelassene Kinder den Kindergarten nicht mehr besuchen dürfen.

Artikel 80 betrifft die Verlängerung des Kindergartenbesuchs. Bei der Verlängerung des Kindergartenbesuchs ist von einem sechsjährigen Kind zu sprechen anstelle eines „schulpflichtigen Kindes während des ersten Jahres der Schulpflicht“.

Artikel 81 betrifft den vorgezogenen Eintritt in die Primarschule. Der vorgezogene Eintritt in die Primarschule wird nur noch durch das Alter des Kindes definiert, da das Kind mit fünf Jahren bereits schulpflichtig ist. Daher wird das Wort „nichtschulpflichtig“ gestrichen.

Artikel 82 betrifft die Gründung einer Primarschule. Da durch die Herabsenkung der Schulpflicht auch die fünfjährigen Primarschüler schulpflichtig sind, ist das Wort „schulpflichtig“ überflüssig und wird gestrichen, da alle regulären Primarschüler für die Gründung einer Primarschule gezählt werden.

Artikel 84 betrifft die Organisation des Unterrichts in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre. Mit der Herabsenkung der Schulpflicht ist laut Artikel 24 der belgischen Verfassung nun auch den schulpflichtigen Vorschülern die Möglichkeit anzubieten, einem Religionsunterricht oder einem Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre zu folgen. Da dies den schulpflichtigen Vorschülern auf Anfrage der Erziehungsberechtigten optional angeboten wird, bedarf es hier eines zweiten Absatzes.

Artikel 85 betrifft die Organisation des Unterrichts in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre. Die Vorschüler folgen den Kursen in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre gemeinsam mit den Primarschülern.

Daher sind die Vorschüler, die einem dieser Unterrichte folgen, auch zu berücksichtigen bzw. mitzuzählen, um das Stellenkapital für die Kurse in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre zu definieren. Sie werden daher mit den Schülern der ersten Stufe zusammengezählt, um das Stellenkapital festzulegen.

Artikel 86 betrifft die Verwendung der Unterrichtsstunden für Religion und nichtkonfessionelle Sittenlehre. Bei der Verwendung der Unterrichtsstunden für Religion und nichtkonfessionelle Sittenlehre werden auch die schulpflichtigen Vorschüler berücksichtigt.

h

Artikel 88 legt eine Übergangsbestimmung im Regelgrundschuldekret fest, die besagt, dass vom 1. September 2020 bis zum 31. August 2024 die Kinder zum Kindergarten zugelassen werden, die zwischen drei und fünf Jahre alt sind. Siehe hierzu auch die Maßnahme „Verschiebung der Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zweieinhalb Jahre von 2021 auf 2024 (Artikel 87 und 135)“.

28. Ausdehnung der Aufgaben der Schulberatung für Inklusion und Integration auf die mittelständische Ausbildung (Artikel 126 und 127)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Momentan nimmt die Schulberatung für Inklusion und Integration nur auf Anfrage von Schulleitern und Schulträgern ihre Aufgaben wahr. Die Direktoren der Zentren für Aus- und Weiterbildung sollten allerdings auch die Möglichkeit haben, die Dienste der Schulberatung für Inklusion und Integration in Anspruch zu nehmen, damit die Lehrlinge ebenfalls berücksichtigt werden.

Daher schlägt die Regierung vor, die Artikel 15.1 und 15.3 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration dahingehend zu präzisieren.

Artikel 126 und 127 nehmen diese Abänderungen im Dekret vom 25. Juni 2012 vor.

29. Verschiebung der Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zweieinhalb Jahre von 2021 auf 2024 (Artikel 87 und 135)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Die Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zweieinhalb Jahre wird vom 1. September 2021 auf den 1. September 2024 verschoben.

Der Bedarf an Kinderbetreuung soll mittel- und langfristig erfüllt werden und auch die Zweieinhalbjährigen sollen ein qualitativvolles Angebot in angepasstem Rahmen vorfinden. Viele Schulen, Schulträger und eine eigens geschaffene Arbeitsgruppe hatten mit den Vorbereitungen zur Umsetzung der Herabsenkung für das Schuljahr 2021 begonnen, um Konzepte und Handreichungen auszuarbeiten und die erforderlichen infrastrukturellen und pädagogischen Voraussetzungen zu schaffen. Einige Schulen und Schulträger haben jedoch signalisiert, dass noch bauliche Hindernisse sowie konzeptuelle und organisatorische Hürden zu bewältigen sind. Zudem liegen bislang keine pädagogischen Konzepte für die Zweieinhalbjährigen vor. Vor diesem Hintergrund sind diverse Akteure mit der Bitte an die Regierung herangetreten, den Akteuren vor Ort mehr Zeit einzuräumen, um eine optimale Förderung der Zweieinhalbjährigen vorzubereiten.

Die Verschiebung der Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zweieinhalb Jahre hat einige Änderungen in den Dekreten der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Folge, die die Zugangsbedingungen zum Kindergarten sowie die Normen zur Gewährung des Stellenkapitals im Amt des Kindergartenassistenten betreffen.

Artikel 87 ändert das Regelgrundschuldekret ab. Da die Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zweieinhalb Jahre vom 1. September 2021 auf den 1. September

6

2024 verschoben wird und der Bedarf an Kindergartenassistenten an die Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten gekoppelt ist, werden die Übergangsbestimmungen bezüglich der Gewährung des Stellenkapitals im Amt des Kindergartenassistenten ebenfalls um drei Jahre verschoben bzw. verlängert.

Artikel 135 ändert das Inkrafttreten im Dekret vom 25. Juni 2018 zur Einführung des Amtes des Kindergartenassistenten in den Regelgrundschulen sowie zur Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zwei Jahre und sechs Monate ab. Artikel 25 desselben Dekrets vom 25. Juni 2018 regelt das Inkrafttreten der Artikel 7 und 13, die sich auf die Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten beziehen. Durch die Verschiebung der Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zweieinhalb Jahre vom 1. September 2021 auf den 1. September 2024 muss das Inkrafttreten der Artikel 7 und 13 des Dekretes vom 25. Juni 2018 zur Einführung des Amtes des Kindergartenassistenten in den Regelgrundschulen sowie zur Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zwei Jahre und sechs Monate geändert werden.

Dies bedeutet, dass die Änderungen der Zulassungsbedingungen zum Kindergarten im Fördergrundschulwesen (Artikel 7) sowie im Regelgrundschulwesen (Artikel 13) erst 2024 in Kraft treten werden und folglich die Kinder zum Kindergarten zugelassen sind, die mindestens zwei Jahre und sechs Monate alt sind.

30. Anpassung der Stellenkapital-Berechnung für das Amt Kommis-Daktylograph (Artikel 35 Nummer 2)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Gemäß Artikel 3 §1 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs-, sozialpsychologischen und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens mit Ausnahme der Universitäten erhält eine Sekundarschule ab 240 Schülern eine Stelle im Amt des Kommis-Daktylographen; eine Stelle im Amt des Direktionssekretärs wird erst ab 400 Schülern gewährt.

Der Kommis-Daktylograph ist eine im Sekretariatsbereich eingesetzte Hilfskraft. Derzeit ermöglicht das Abschlusszeugnis der Unterstufe des Sekundarschulwesens (Mittlere Reife) den Zugang zum Amt des Kommis-Daktylographen. Da mittlerweile eine höhere Qualifikation erforderlich sein kann, um den Anforderungen, die auch in kleineren Sekundarschulen auf Verwaltungsebene anfallen, gerecht zu werden, wird vorgeschlagen, dass die Stelle im Amt des Kommis-Daktylographen in eine Stelle im Amt des Direktionssekretärs umgewandelt werden kann.

Artikel 35 Nummer 2 schafft die Möglichkeit, die Stelle im Amt des Kommis-Daktylographen umzuwandeln und im Amt des Direktionssekretärs zu organisieren.

7

31. Verlängerung der Studiendauer des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts (Studienbereich: Krankenpflege) auf dreieinhalb Jahre (Artikel 105 und 106)

Inkrafttreten: 30. Juni 2020

Die Europäische Richtlinie 2005/36/EG zur Anerkennung von Berufsqualifikationen legt in Artikel 31 Nummer 3 Mindestanforderungen an die Ausbildung für Krankenpfleger fest. Um den Anforderungen der Richtlinie Genüge zu tun und folglich weiterhin europaweit gültige Abschlüsse verleihen zu können, schlägt die Regierung vor, die Studiendauer des Brevets in Krankenpflege von drei auf dreieinhalb Jahre zu verlängern. Die Regierung hatte am 11. April 2019 bereits die Verlängerung für eine Pilotphase im Studienjahr 2018-2019 beschlossen. Da die Pilotphase gut verlaufen ist, wird nun die rechtliche Grundlage für die Verlängerung geschaffen.

Artikel 3.2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule muss erweitert werden, da die Zulassungsbedingungen für das vierte Studienjahr der Brevetausbildung dekretal festgehalten werden müssen.

Artikel 105 aktualisiert den Verweis auf das 2015 verabschiedete föderale Gesetz, das die Ausübung des reglementierten Berufs des Krankenpflegers regelt und den Königlicher Erlass Nr. 10 von 1967 ablöst.

Artikel 106 legt die Zugangsbedingungen für das vierte Studienjahr der Brevetausbildung in Krankenpflege im Dekret vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule fest.

32. Verfügbarkeit des Stundenkapitals, das für eine Regelsekundarschule bei einem Schülerzuwachs von min. 7,5% am Stichtag des 30. September Neuberechnet wird, ab dem 1. September des Schuljahres (Artikel 48)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Stichtag für die Berechnung des Lehrerstundenkapitals ist der letzte Schultag des Monats Januar des vorherigen Schuljahres. Um bedeutenden Schülerzuwächsen Rechnung zu tragen, wurde durch das Dekret vom 6. Mai 2019 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2019 eine Neuberechnung des Lehrerstundenkapitals im Fall von bedeutenden Schülerzuwächsen (mindestens +7,5%) am letzten Schultag des Monats September eingeführt. Das Stundenkapital steht den Schulen ab dem 1. Oktober des Schuljahres zur Verfügung. Die Regierung schlägt vor, diese Bestimmung dahingehend anzupassen, dass die Schulen bereits ab dem ersten Schultag auf dieses zusätzliche Stundenkapital zur Verfügung zurückgreifen können. Organisieren die Schulen jedoch im Monat September mehr Stunden als die, auf die sie in Folge der Neuberechnung Ende September Anrecht haben, gehen diese Stunden zu Lasten des Schulträgers.

Artikel 48 nimmt diese Abänderung im Programmdekret vom 20. Mai 1997 vor.

33. Gastdozenten im Regelsekundarschulwesen (Artikel 41)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Das Dekret vom 5. Juni 1990 zur Festlegung der Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs I erlaubt den Regelsekundarschulen, Stundenkapital im Umfang von maximal einer Stelle in finanzielle Mittel umzuwandeln, allerdings nur um Weiterbildungen oder Coachings zur Unterstützung des Schulpersonals zu finanzieren und nicht um Lehrer/Gastdozenten einzustellen.

Da bereits Präzedenzfälle, in denen für ein handfestes Projekt unter Einbindung der Schulgemeinschaft Stundenkapital in finanzielle Mittel umgewandelt wurde, um damit dann Gastdozenten auf Honorarbasis einzustellen, vorliegen, empfiehlt sich eine entsprechende Anpassung des Dekrets.

Artikel 41 schafft im Dekret vom 5. Juni 1990 die Möglichkeit, Stundenkapital im maximalen Gegenwert einer Stelle in finanzielle Mittel umzuwandeln, um Gastdozenten einzustellen.

34. Festlegung der durch den Leiter der Regelschule einzureichenden Unterlagen zwecks Einberufung des Förderausschusses (Artikel 52, 53 und 54)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Das Grundlagendekret sieht vor, dass bei Uneinigkeit in der Förderkonferenz die Akte an den Förderausschuss weitergeleitet wird. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn eine Einschreibung in eine Förderschule oder eine Beendigung bzw. ein Abbruch eines Integrationsprojektes im Raum steht. Der Förderausschuss hat dann zu entscheiden, wo die Förderung des Kindes künftig erfolgt bzw. welche Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden.

Gleichzeitig besagt das Grundlagendekret, dass ein Integrationsprojekt nur beendet oder abgebrochen werden darf, wenn die Förderkonferenz ein neues Kaleido-Gutachten und die Stellungnahme der Eltern eingeholt hat.

Da der Förderausschuss nur dann eine fundierte und rechtmäßige Entscheidung treffen kann, wenn alle für eine begründete Entscheidung erforderlichen Unterlagen vorliegen, schlägt die Regierung vor, dekretal festzuhalten, welche Unterlagen dem Förderausschuss durch den Leiter der Regelschule zu übermitteln sind.

Darüber hinaus wird dem Präsidenten des Förderausschusses auferlegt, eine Akte an die Förderkonferenz zurückzusenden, wenn der Förderausschuss feststellt, dass diese unvollständig ist bzw. wichtige Etappen nicht eingehalten wurden. Ist die Akte unvollständig, reicht der Leiter der Regelschule die fehlenden Unterlagen innerhalb von fünf Werktagen nach. Wurde die festgelegte Prozedur nicht eingehalten, muss die Förderkonferenz innerhalb von 20 Werktagen erneut tagen. Im Falle von erneuter Uneinigkeit ist die vollständige Akte dem Förderausschuss innerhalb von acht Kalendertagen zu übermitteln.

Artikel 52 bezieht sich auf die Einschreibung eines Schülers, bei dem sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wurde, in eine Regelschule. Es wird festgelegt, welche Unterlagen durch den Leiter der Regelschule an den Förderausschuss zu übermitteln sind. Außerdem wird festgehalten, dass fehlende Unterlagen vom Förderausschuss beim Leiter der Regelschule angefragt werden können. Ferner wird die Möglichkeit geschaffen, dass der Förderausschuss die Akte zwecks erneuter Entscheidung an die Förderkonferenz

zurückschicken kann, wenn wichtige Etappen nicht eingehalten wurden, und in welchen Fristen dies zu geschehen hat.

Artikel 53 bezieht sich auf die Beendigung der sonderpädagogischen Förderung in einer Regelschule nach Ablauf eines Schuljahres. Es wird festgelegt, welche Unterlagen durch den Leiter der Regelschule an den Förderausschuss zu übermitteln sind. Außerdem wird festgehalten, dass fehlende Unterlagen vom Förderausschuss beim Leiter der Regelschule angefragt werden können. Ferner wird die Möglichkeit geschaffen, dass der Förderausschuss die Akte zwecks erneuter Entscheidung an die Förderkonferenz zurückschicken kann, wenn wichtige Etappen nicht eingehalten wurden, und in welchen Fristen dies zu geschehen hat.

Artikel 54 bezieht sich auf den Abbruch der sonderpädagogischen Förderung in einer Regelschule im Laufe eines Schuljahres. Es wird festgelegt, welche Unterlagen durch den Leiter der Regelschule an den Förderausschuss zu übermitteln sind. Außerdem wird festgehalten, dass fehlende Unterlagen vom Förderausschuss beim Leiter der Regelschule angefragt werden können. Ferner wird die Möglichkeit geschaffen, dass der Förderausschuss die Akte zwecks erneuter Entscheidung an die Förderkonferenz zurückschicken kann, wenn wichtige Etappen nicht eingehalten wurden, und in welchen Fristen dies zu geschehen hat.

35. Schulärztliche Untersuchung der im Hausunterricht eingeschriebenen Kinder und Jugendlichen (Artikel 129)

Inkrafttreten: 1. September 2020

Gemäß Titel 3 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen besteht der Auftrag von Kaleido in der frühzeitigen Förderung einer gesunden körperlichen, psychischen und sozialen Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft von minus neun Monaten bis etwa 20 Jahren (siehe Artikel 3.2 desselben Dekrets). Zur Erfüllung dieser Aufgabe führt Kaleido u.a. schulärztliche Untersuchungen durch, an der alle Kinder und Jugendlichen, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschult werden, zu festgelegten Zeitpunkten teilnehmen müssen. Alternativ können die Erziehungsberechtigten eine gleichwertige Untersuchung durch einen behandelnden Arzt durchführen lassen.

Die Kinder und Jugendlichen, die im Hausunterricht beschult werden, sind jedoch aktuell von dieser Verpflichtung ausgenommen. Dies stellt einerseits eine Ungleichbehandlung dar und hindert Kaleido andererseits daran, seinem dekretal festgelegten Auftrag bei diesen Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nachzukommen.

Die schulärztliche Untersuchung sollte im Sinne der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler unabhängig von der Unterrichtsform, für die die Erziehungsberechtigten sich entschieden haben, durchgeführt werden.

Daher schlägt die Regierung vor, die schulärztliche Untersuchung verpflichtend für die im Hausunterricht beschulten Kinder und Jugendlichen ab sechs Jahren einzuführen.

Artikel 129 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 31. März 2014 vor.

36. Unterrichts- und Prüfungsbefreiungen an der Autonomen Hochschule (Artikel 107)

Inkrafttreten: 1. September 2020

In Artikel 34.4 §2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule wird festgehalten, dass Studierende, die ein Studienjahr nicht bestanden haben, vom Prüfungsausschuss eine Unterrichts- und Prüfungsbefreiung in den Fächern, die sie mit mindestens 60% bestanden haben, erhalten können.

Die Dozenten der Autonomen Hochschule halten es in gewissen Fächern jedoch für sinnvoll, dass die Studierenden trotz Prüfungsbefreiung verpflichtend am Unterricht teilnehmen, damit sie im Folgejahr besser folgen können. Dies gilt vor allem für berufspraktische Fächer wie beispielsweise im Studienbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften in den Fächern, die sich mit der Pflege befassen, oder in der Fachdidaktik im Studienbereich Lehramt. Die Erfahrungen der Dozenten zeigen, dass Studierende, die solchen Fächern während eines Studienjahres aufgrund von Unterrichts- und Prüfungsbefreiungen nicht gefolgt sind, im Folgejahr nur schwer wieder in diese Fächer hineinfinden.

Durch die vorgeschlagene Abänderung steht es dem Prüfungsausschuss künftig frei, sowohl eine Unterrichts- als auch eine Prüfungsbefreiung zu gewähren oder den Studierenden lediglich eine der beiden Befreiungen zuzugestehen.

Artikel 107 schafft die Möglichkeit, dass die Prüfungsausschüsse der verschiedenen Studienjahre der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowohl eine Unterrichts- als auch eine Prüfungsbefreiung sowie lediglich eine Unterrichts- oder eine Prüfungsbefreiung gewähren können.

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung

H. MOLLERS



DEKRETVORENTWURF

Dekretvorentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2020

KAPITEL 1 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 2. OKTOBER 1968 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER ÄMTER DER PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES BEAUFTRAGT MIT DER AUFSICHT DIESER EINRICHTUNGEN

Artikel 1 – Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen wird wie folgt abgeändert:

1. Buchstabe C Buchstabe b) Nummer 14ter, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird aufgehoben.

2. In Buchstabe G) Buchstabe a), eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 27. Juni 2011 und vom 24. Juni 2013, wird folgende Nummer 5.1. eingefügt:

„5.1. Lehrer für Harfe“.

Art. 2 – Artikel 7 Buchstabe b) Nummer 10 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 15. Juli 1969, wird wie folgt ersetzt:

„10. Finanz- und Gebäudeverwalter;“

KAPITEL 2 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Art. 3 – Artikel 16 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 6, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und vom 26. Juni 2017, werden folgende Sätze eingefügt:

„In Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz des erforderlichen Befähigungsnachweises für das Amt des Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen ist, können in diesem Amt Personen bezeichnet werden, die über das Diplom des Primarschullehrers oder, falls sich die Zuständigkeit des Förderpädagogen ausschließlich auf den Kindergarten beschränkt, über das Diplom des Kindergärtners verfügen, ergänzt um zwei Jahre nützliche Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden, und zum Zeitpunkt der Bezeichnung bereits zu einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik im Umfang von mindestens 15 ECTS eingeschrieben sind. Als Nachweis dient eine von der Unterrichtseinrichtung, an der die Zusatzausbildung absolviert wird, ausgestellte Einschreibebestätigung. Die Bezeichnung in diesem Amt endet nach Ablauf von 2 Jahren von Amts wegen, wenn das betreffende Personalmitglied die Zusatzausbildung nicht innerhalb dieser Frist erfolgreich abgeschlossen hat.“

6

2. Absatz 8, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird aufgehoben.

Art. 4 – In Artikel 25 Absatz 1 Nummer 6 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 5 – In Artikel 91septies §2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 6 – In Artikel 91quinqüesdecies Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Zahl „3“ durch die Zahl „4“ ersetzt.

Art. 7 – In Artikel 91undequadragies Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge „und 91undecies“ durch die Wortfolge „91undecies mit Ausnahme von §2 Absatz 1, sowie 91duodecies“ ersetzt.

Art. 8 – In der Überschrift von Kapitel VIIdecies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge „pädagogische Koordinatoren für inklusive Schulen und“ gestrichen.

Art. 9 – In Artikel 91quadragiesquinqües desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge „das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und“ gestrichen.

Art. 10 – In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgendes Kapitel VIIundecies, das die Artikel 91quadragiessexies bis 91quinqüagies umfasst, eingefügt:

„KAPITEL VIIundecies – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR FINANZ- UND GEBÄUDEVERWALTER“

Art. 11 – In das Kapitel VIIundecies desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 91quadragiessexies eingefügt:

„Art. 91quadragiessexies – Prinzip

In Abweichung von Kapitel VII wird das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 91septies, 91octies §1 Absatz 1 und §2, 91undecies mit Ausnahme von §2 Absatz 1, sowie 91duodecies bis 91terdecies und 91quadragiesquater finden Anwendung auf das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters.“

Art. 12 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91quadragiessepties eingefügt:

„Art. 91quadragiessepties – Zulassungsbedingungen

Eine Person darf dieses Amt bekleiden, wenn sie:

1. die in Artikel 91quater Nummer 1 und Nummer 4 bis 6 angeführten Bedingungen erfüllt;

2. im Besitz eines der nachfolgenden Studiennachweise ist:

a) das Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer in der Studienrichtung Buchhaltung;

b) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaft, Wirtschaftsmanagement oder Buchhaltung, ergänzt um 5 Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Amt des Erzieher-Verwalters oder im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;

c) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts oder des technischen Übergangsunterrichts ergänzt um 5 Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Amt des Erzieher-Verwalters oder im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;

d) jedes Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer oder Abschlusszeugnis der Oberstufe des technischen oder berufsbildenden Sekundarschulwesens, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters in Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet auf Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt. Handelt es sich um ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens, sind zudem 5 Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurden, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, erforderlich. Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet;

e) ein Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer, ergänzt um mindestens 3 Dienstjahre, die im Amt des Erzieher-Verwalters erbracht wurden;

3. ihre Bewerbung in der Form und in der Frist, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind, eingereicht hat."

Art. 13 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91duodequintagies eingefügt:

„Art. 91duodequintagies – Aufruf und Bewerbung

Der Bewerbungsauf Ruf wird vom Schulträger in der Presse, per Aushang in den Schulen sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Finanz- und Gebäudeverwalters und die Zielsetzungen, die während der Bezeichnung verwirklicht werden sollen.

Die Bewerbung wird mittels eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung u.a. ein Motivationsschreiben bei, um die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen zu verwirklichen."

Art. 14 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91undequintagies eingefügt:

„Art. 91undequintagies – Bezeichnung

Der Schulträger entscheidet, welcher der Bewerber das Amt bekleiden soll.

Er stützt sich unter anderem auf das Motivationsschreiben des Bewerbers, ein oder mehrere Bewerbungsgespräche, die fachliche Kompetenz sowie auf die Berufserfahrung."

Art. 15 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91quintagies eingefügt:

„Art. 91quintagies – Vorübergehender Ersatz

§1 – Wenn die Bezeichnung des Finanz- oder Gebäudeverwalters beendet wird oder er aus dem Amt scheidet oder er aufgrund einer Urlaubsform oder Zurdispositionstellung vorübergehend vollzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn bis zum Ende des

darauffolgenden Schuljahres durch eine Person ersetzen, die die in Artikel 91^{quadrages-septies} angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

Wenn der Finanz- oder Gebäudeverwalter aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilweise abwesend ist, kann der Schulträger ihn durch eine oder mehrere Personen im Amt des Aufseher-Erziehers ersetzen.

§2 – Während des Zeitraums des vorübergehenden Ersatzes gelten für das gemäß §1 Absatz 1 ersetzende Personalmitglied die Artikel 91^{octies} §1 Absatz 1, 91^{duodecies}, 91^{ter-decies} und 91^{quadragesquater}."

Art. 16 - Artikel 121^{ter} Absatz 1 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 28. Juni 2010 und vom 6. Mai 2019, wird wie folgt ersetzt:
„2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;“

Art. 17 - Artikel 121^{sexies} §2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 18 - Artikel 169 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

„2. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ erhalten hat;“

Art. 19 - In das Kapitel XI^{bis} desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Artikel 169^{vicies} eingefügt:

„Art. 169^{vicies} – Personalmitglieder, die zum 31. August 2020 im Amt des Erzieher-Verwalters definitiv ernannt sind, gelten ab dem 1. September 2020 als definitiv ernannt im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters.“

Art. 20 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169^{viciessemel} eingefügt:

„Art. 169^{viciessemel} - In Abweichung von Artikel 91^{duodequintagies} und Artikel 91^{undequintagies} bezeichnet der Schulträger zum 1. September 2020 jene Personalmitglieder auf unbestimmte Dauer im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters, die während des gesamten Schuljahres 2019-2020 zeitweilig im Amt des Erzieher-Verwalters bezeichnet waren. Die Dienste, die das zum 1. September 2020 im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters bezeichnete Personalmitglied vor diesem Datum im Amt des Erzieher-Verwalters erbracht hat, werden für die Ermittlung des in Artikel 91^{septies} §3 Nummer 1 angeführten Amtsalters so berücksichtigt, als ob sie im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters erbracht worden wären.“

Art. 21 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169^{viciesbis} eingefügt:

„Art. 169^{viciesbis} – In Abweichung von Artikel 91^{quinquies}, 91^{sexies} und 91^{septies} §1 bezeichnet der Schulträger vom 1. September 2020 bis 31. Dezember 2020 das Personalmitglied im Amt des Fachbereichsleiters einer Fördersekundarschule, das im Schuljahr 2019-2020 das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen ausgeübt hat.“

KAPITEL 3 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. APRIL 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER EINRICHTUNGEN DES STAATLICHEN VOR-, PRIMAR-, FÖRDER- UND MITTELSCHULWESENS, DES TECHNISCHEN UNTERRICHTS, DES KUNSTUNTERRICHTS UND DES NORMALSCHULWESENS UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE

Art. 22 – Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2, ersetzt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender Buchstabe d) eingefügt:

„d) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts (Wahlfach/Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre);“

2. In Nummer 3 Buchstabe b) wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

3. In Nummer 3 wird folgender Buchstabe c) eingefügt:

„c) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts (Sport);

4. In Nummer 7 Buchstabe b), eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

5. In Nummer 7, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird folgender Buchstabe c) eingefügt:

„c) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts mit der betreffenden Fremdsprache als Grundrichtung oder Bestandteil der Grundrichtung der Ausbildung, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und um den Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache;“

6. In Nummer 8 Absatz 1 Buchstabe b), eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

7. In Nummer 8 Absatz 1, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Buchstabe c) eingefügt:

„c) für einen Förderpädagogen, der ausschließlich auf Ebene des Kindergartens tätig ist: das Diplom eines Kindergärtners ergänzt um zwei Jahre nützliche Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden, und um den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder ein Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird.“

8. In Nummer 8, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Als Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises gilt ebenfalls jede Person, die die Einstellungs- bzw. Bezeichnungsbedingungen für das Amt des Primarschullehrers erfüllt, zwei Jahre nützliche Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals aufweist, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden, und den Nachweis besitzt über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird.“

Art. 23 – Artikel 14 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1.1 Buchstabe c), eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird wie folgt ersetzt:

„c) einen der folgenden Nachweise im Bereich Kinderpflege:

c)1. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Kinderpflege;

c)2. das Brevet als Kinderpfleger;

c)3. das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Unterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten oder siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege;“

2. In Nummer 1.1 Buchstabe e), eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird die Wortfolge „das von der“ durch die Wortfolge „das vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit der“ und das Wort „Kinderbetreuer“ durch die Wortfolge „Kinderbetreuer oder als Familien- und Seniorenhelfer und Pflegehelfer“ ersetzt.

3. In Nummer 1.1 Buchstabe f), eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird die Wortfolge „in Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz eines der in den Buchstaben a) bis e) angeführten Befähigungsnachweises ist.“ aufgehoben.

4. In Nummer 1.1, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„In Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz eines der in den Buchstaben a) bis f) angeführten Befähigungsnachweises ist, gilt das Diplom des Kindergärtners als erforderlicher Befähigungsnachweis.“

5. In Nummer 3bis Buchstabe a), eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2005 und ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird das Wort „Sekundarunterrichts“ durch die Wortfolge „Sekundarunterrichts, vervollständigt durch einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediodothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder ein Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird“ ersetzt.

6. In Nummer 3bis Buchstabe b), eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2005 und ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird das Wort „Befähigungsnachweis“ durch die Wortfolge „Befähigungsnacheis und durch einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediodothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder ein Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird“ ersetzt.

7. Nummer 3bis, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2005 und ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird folgender Buchstabe c) eingefügt:

„c) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts, vervollständigt durch einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediodothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder ein Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird.“

Art. 24 – In Artikel 17.1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird das Wort „Kurse“ durch die Wortfolge „Kurse im ersten Anpassungsjahr des Sekundarschulwesens,“ ersetzt.

7

KAPITEL 4 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. JULI 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ZUWEISUNGEN DER VERWALTER, ERZIEHER-VERWALTER UND DIREKTIONSSEKRETÄRE IN DEN STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN UND NORMALSCHULUNTERRICHT

Art. 25 – In der Überschrift des Königlichen Erlasses vom 15. Juli 1969 zur Festlegung der Zuweisungen der Verwalter, Erzieher-Verwalter und Direktionssekretäre in den staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen und Normalschulunterricht wird die Wortfolge „ ,Erzieher-Verwalter“ gestrichen.

Art. 26 – Artikel 2 desselben Königlichen Erlasses wird aufgehoben.

KAPITEL 5 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. JULI 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ANWERBUNGSÄMTER, WELCHE DIE PERSONALMITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN UNTERRICHTSEINRICHTUNGEN BEKLEIDEN MÜSSEN, UM IN EIN AUSWAHLAMT ERNANNT ZU WERDEN

Art. 27 – In Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 22. Juli 1969 zur Festlegung der Anwerbungsämter, welche die Personalmitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen bekleiden müssen, um in ein Auswahlamt ernannt zu werden, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Zeile über den Erzieher-Verwalter aufgehoben.

KAPITEL 6 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. OKTOBER 1971 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PRIMARSCHULLEHRER, LEHRER UND INSPEKTOREN FÜR KATHOLISCHE, PROTESTANTISCHE, ISRAELITISCHE, ORTHODOXE, ISLAMISCHE UND ANGLIKANISCHE RELIGION IN DEN LEHRANSTALTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 28 - In Artikel 13 Absatz 1 Nummer 6 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 29 - Artikel 49 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

„2. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ erhalten hat;“

KAPITEL 7 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. JANUAR 1974 ERGANGEN IN ANWENDUNG VON ARTIKEL 160 DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Art. 30 – Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der

Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, ersetzt durch den Erlass der Exekutive vom 1. September 1993, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1, ersetzt durch das Dekret vom 6. Juni 2005 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird im einleitenden Satz die Wortfolge „pädagogischen Koordinatoren für inklusive Schulen,“ gestrichen.

2. In Nummer 2, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge „pädagogischen Koordinatoren für inklusive Schulen,“ gestrichen.

3. In Nummer 4 Buchstabe c) Spiegelstrich 1, ersetzt durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird das Wort „Erzieher-Kontoristen“ durch das Wort „Finanz- und Gebäudeverwalter“ ersetzt.

KAPITEL 8 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 30. JULI 1975 ÜBER DIE FÜR AUSREICHEND ERACHTETEN TITEL IM SEKUNDARUNTERRICHT, DER IN DEN OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSANSTALTEN DES MITTEL- ODER NORMALSCHULWESENS ERTEILT WIRD

Art. 31 – Artikel 12 §1 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- oder Normalschulwesens erteilt wird, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird aufgehoben.

2. Nummer 5, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 17. September 1976, wird aufgehoben.

KAPITEL 9 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES 30. JULI 1975 ÜBER DIE FÜR AUSREICHEND ERACHTETEN TITEL IM SEKUNDARUNTERRICHT, DER IN DEN FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSANSTALTEN DES MITTEL- UND NORMALSCHULWESENS ERTEILT WIRD, DAS PSYCHO-PÄDAGOGISCHE JAHR POSTSEKUNDARSCHULJAHR EINBEGRIFFEN

Art. 32 - Artikel 12 §1 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Jahr Postsekundarschuljahr einbegriffen, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird aufgehoben.

2. Nummer 5, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 17. September 1976, wird aufgehoben.

KAPITEL 10 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 30. JULI 1975 ÜBER DIE FÜR AUSREICHEND ERACHTETEN TITEL IN DEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSANSTALTEN DES TECHNISCHEN UND BERUFLICHEN SEKUNDARSCHULWESENS MIT VOLLEM LEHRPLAN UND DES FORTBILDUNGSSCHULWESENS

Art. 33 – Artikel 12 §1 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel in den subventionierten Unterrichtsanstalten des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 5 wird aufgehoben.

2. Nummer 6, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 17. September 1976, wird aufgehoben.

KAPITEL 11 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 27. JULI 1976 ZUR REGELUNG DER ZURDISPOSITIONSTELLUNG WEGEN STELLENMANGELS, DER WIEDEREINBERUFUNG IN DEN DIENST UND DER GEWÄHRUNG EINER WARTEGEHALTSSUBVENTION IM SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESEN

Art. 34 – In Artikel 5 §2 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen wird die Wortfolge „d'éducateur-économe“ durch die Wortfolge „eines Finanz- und Gebäudeverwalters“ ersetzt.

KAPITEL 12 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. APRIL 1977 ZUR FESTLEGUNG DER VORSCHRIFTEN UND BEDINGUNGEN FÜR DIE BERECHNUNG DER ANZAHL PLANSTELLEN IN BESTIMMTEN ÄMTERN DES ERZIEHUNGSHILFS-, SOZIALPSYCHOLOGISCHEN UND VERWALTUNGSPERSONALS DES SEKUNDAR- UND HOCHSCHULUNTERRICHTSWESENS MIT AUSNAHME DER UNIVERSITÄTEN

Art. 35 – Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs-, sozialpsychologischen und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens mit Ausnahme der Universitäten, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 1998, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 Nummer 1, ersetzt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird das Wort „Erzieher-Verwalters“ durch das Wort „Finanz- und Gebäudeverwalters“ ersetzt.

2. In §1, abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

„Die Stelle im Amt des Kommis-Daktylographen kann umgewandelt und im Amt des Direktionssekretärs organisiert oder subventioniert werden.“

3. In §2 Absatz 1 wird das Wort „Erzieher-Verwalters“ durch das Wort „Finanz- und Gebäudeverwalters“ ersetzt.

4. In §4 Nummer 1 wird das Wort „Erzieher-Verwalters“ durch das Wort „Finanz- und Gebäudeverwalters“ ersetzt.

Art. 36 – In Artikel 15 desselben Königlichen Erlasses wird die Wortfolge „d'éducateur-économe“ durch die Wortfolge „eines Finanz- und Gebäudeverwalters“ ersetzt.

Art. 37 – In Artikel 17 Buchstabe a) desselben Königlichen Erlasses wird die Wortfolge „d'éducateur-économe“ durch die Wortfolge „eines Finanz- und Gebäudeverwalters“ ersetzt.

Art. 38 – In Artikel 21 desselben Königlichen Erlasses wird die Wortfolge „d'éducateur-économe“ durch die Wortfolge „eines Finanz- und Gebäudeverwalters“ ersetzt.

KAPITEL 13 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 23. OKTOBER 1979 ZUR GEWÄHRUNG EINER JAHRESENDZULAGE AN GEWISSE INHABER EINES ZU LASTEN DER STAATSKASSE BESOLDETEN AMTES

Art. 39 – Artikel 4 §3 des Königlichen Erlasses vom 23. Oktober 1979 über die Gewährung einer Jahresendprämie an Inhaber eines von der Staatskasse besoldeten Amtes, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 3. Dezember 1987, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

„1. in den Genuss eines Elternschaftsurlaubs oder Elternurlaubs gekommen ist;“

2. 3. Folgende Nummer 1.1 wird eingefügt:

„1.1. im Rahmen einer Geburt, wie in den Artikeln 39 und 42 bis 43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 vorgesehen, abwesend war ;“

KAPITEL 14 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 30. MÄRZ 1982 ÜBER DIE SEKUNDARSCHULZENTREN UND ZUR FESTLEGUNG DES RATIONALISIERUNGS- UND PROGRAMMIERUNGSPLANS DES VOLLZEITSEKUNDARUNTERRICHTS

Art. 40 – In Artikel 36 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 30. März 1982 über die Sekundarschulzentren und zur Festlegung des Rationalisierungs- und Programmierungsplans des Vollzeitsekundarunterrichts wird die Wortfolge „d'éducateur-économe“ durch die Wortfolge „eines Finanz- und Gebäudeverwalters“ ersetzt.

KAPITEL 15 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 5. JUNI 1990 ZUR FESTLEGUNG DER ANZAHL UNTERRICHTSSTUNDEN/LEHRPERSON IM VOLLZEITSEKUNDARUNTERRICHT DES TYP S I

Art. 41 – In Artikel 4.1 §1 des Dekrets vom 5. Juni 1990 zur Festlegung der Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs I, eingefügt durch das Dekret vom 12. Januar 2012, wird vor der Wortfolge „zu finanzieren“ die Wortfolge „oder zur Einstellung von Gastdozenten auf Honorarbasis zur Organisation spezifischer Projekte unter Einbindung der Schulgemeinschaft“ eingefügt.

KAPITEL 16 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 1990 ZUR BESTIMMUNG DER WEISE, WIE DIE DIENSTPOSTEN FÜR DAS PERSONAL IM FÖRDERSCHULWESEN FESTGELEGT WERDEN

Art. 42 – In Artikel 5quater des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, aufgehoben durch das Dekret vom 26. Juni 2017 und wieder eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Zur Erfüllung der Aufgaben, die in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen festgelegt sind, wird dem Zentrum für Förderpädagogik eine Vollzeitstelle zur Verfügung gestellt.“

Art. 43 – Artikel 5sexies Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird aufgehoben.

Art. 44 – In Artikel 24 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

„Organisiert eine Förderschule, die am letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres mindestens 150 Schüler zählt, gemeinsam mit einer Regelschule eine inklusive Schule, wird unbeschadet von Absatz 1 eine zusätzliche Stelle im Amt des Fachbereichsleiters organisiert oder subventioniert. Ein Viertel dieser Stelle ergibt sich aus der Umwandlung des gemäß Artikel 5ter gewährten Stundenkapitals.“

Art. 45 – In Artikel 33 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird das Wort „Erzieher-Verwalter“ durch das Wort „Finanz- und Gebäudeverwalter“

ersetzt.

KAPITEL 17 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 16. DEZEMBER 1991 ÜBER DIE AUS- UND WEITERBILDUNG IM MITTELSTAND UND IN KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN

Art. 46 – Artikel 17 § 1 Absatz 1 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen wird wie folgt abgeändert:

1. Spiegelstrich 1 wird wie folgt ersetzt:

„- 6 Mitglieder, die die beruflichen Vereinigungen vertreten, die entweder die durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. April 2014 über die Organisation der Vertretung von Selbständigen und KMB festgelegten Bedingungen erfüllen oder ihren Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben und diesen vorerwähnten nationalen beruflichen Vereinigungen angeschlossen sind;“

2. Spiegelstrich 2 wird wie folgt ersetzt:

„- 4 Mitglieder, die die überberuflichen Vereinigungen vertreten, die entweder die durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. April 2014 über die Organisation der Vertretung von Selbständigen und KMU festgelegten Bedingungen erfüllen oder ihren Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben und diesen vorerwähnten nationalen überberuflichen Vereinigungen angeschlossen sind;“

KAPITEL 18 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 9. NOVEMBER 1994 BEZÜGLICH DER LAUFBAHNUNTERBRECHUNG IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 47 – In Artikel 3bis §2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird nach dem Wort „Direktionssekretärs“ die Wortfolge „Direktionssekretärs, das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters“ eingefügt.

KAPITEL 19 – ABÄNDERUNG DES PROGRAMMDEKRETS 1997 VOM 20. MAI 1997

Art. 48 – In Artikel 3bis des Programmdekrets 1997 vom 20. Mai 1997, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 1999, abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2003 und abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 2 kann der Schulträger bereits am ersten Schultag auf das in Artikel 3 §3 erwähnte Stundenkapital zurückgreifen. Stehen dem Schulträger in Anwendung der Neuberechnung gemäß Artikel 3 §3 weniger Stunden zur Verfügung als er am ersten Schultag eingerichtet hat, gehen diese Stunden zu Lasten des Schulträgers.“

7

KAPITEL 20 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 49 – Artikel 21 §2 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „die noch nicht schulpflichtig sind“ durch die Wortfolge „die zwischen zwei Jahre und sechs Monate und fünf Jahre alt sind“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „schulpflichtige Kinder“ durch „Kinder ab sechs Jahre“ ersetzt.

3. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 kann zum einen ein sechsjähriges Kind noch den Kindergarten besuchen und zum anderen ein fünfjähriges Kind die Primarschule. Unter einem sechsjährigen Kind versteht man ein Kind, das bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres, in dem das Schuljahr beginnt, das Alter von sechs Jahren erreicht.“

Art. 50 – Artikel 21.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „noch nicht schulpflichtig sind“ durch die Wortfolge „zwischen zwei Jahre und sechs Monate und fünf Jahre alt sind“ ersetzt.

2. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „schulpflichtige Kinder“ durch „Kinder ab sechs Jahre“ ersetzt.

3. In §3 Absatz 1 wird die Wortfolge „noch nicht schulpflichtig ist und mindestens zwei Jahre und sechs Monate alt ist“ ersetzt durch die Wortfolge „zwischen zwei Jahre und sechs Monate und fünf Jahre alt ist“.

4. In §3 Absatz 3 wird die Wortfolge „ein schulpflichtiges Kind während des ersten Jahres der Schulpflicht“ durch „ein sechsjähriges Kind“ ersetzt.

5. In §3 Absatz 3 wird folgender Satz eingefügt:

„Unter einem sechsjährigen Kind versteht man ein Kind, das bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres, in dem das Schuljahr beginnt, das Alter von sechs Jahren erreicht.“

Art. 51 – In Artikel 34 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Schulpflichtige Kinder, die den Kindergarten besuchen, können auf Antrag der Erziehungsberechtigten einen Religionsunterricht oder einen Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre in der angegliederten Primarschule besuchen. Die Erziehungsberechtigten treffen ihre Wahl mittels einer schriftlichen Erklärung bis zum letzten Werktag vor Beginn des Schuljahres beziehungsweise bei Einschreibung während des Jahres.“

Art. 52 – Artikel 93.14 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Die bisherigen Absätze 1 bis 3 werden zu §1.

2. Folgender §2 wird eingefügt:

„§2 - Die in §1 Absatz 1 angeführte Akte umfasst mindestens folgende Unterlagen:

1. das in Artikel 93.7 angeführte Gutachten;
2. ein Bericht zur bisherigen Lernbegleitung und Förderung des Schülers, erstellt vom Leiter der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde;
3. eine Kopie des letzten Zeugnisses des Schülers;
4. das Protokoll der Förderkonferenz;
5. eine schriftliche Stellungnahme des Klassenleiters der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde, falls er nicht persönlich zur Sitzung des Förderausschusses erscheinen kann.

Die in Absatz 1 Nummer 2, 3 und 5 angeführten Unterlagen sind lediglich einzureichen, wenn der Schüler in der Vergangenheit bereits beschult wurde.

Es steht den Erziehungsberechtigten frei, eine schriftliche Stellungnahme einzureichen.“

3. Folgender §3 wird eingefügt:

„§3 - Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die vom Leiter der Regelschule übermittelte Akte unvollständig ist, informiert er den Leiter der Regelschule darüber. Der Leiter der Regelschule reicht die fehlenden Unterlagen innerhalb von fünf Werktagen nach Mitteilung der fehlenden Unterlagen nach. Werden die Unterlagen nicht innerhalb dieser Frist nachgereicht, verbleibt der Schüler in der Schule, in der er vor der Abhaltung der Förderkonferenz bereits beschult wurde.

Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die gemäß der Artikel 93.11 bis 93.13 festgelegte Prozedur nicht eingehalten wurde, sendet er die Akte zwecks erneuter Entscheidung durch die Förderkonferenz per Einschreiben an den Leiter der Regelschule zurück.

In dem in Absatz 2 angeführten Fall ruft der Leiter der Regelschule die Förderkonferenz erneut ein. Die Förderkonferenz trifft innerhalb einer Frist von 20 Werktagen nach Versand des im vorhergehenden Absatz erwähnten Einschreibens erneut eine Entscheidung. Wurde kein Einvernehmen in der Förderkonferenz erzielt, übermittelt der Leiter der Regelschule die vollständige Akte innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Abschluss der Beratungen in der Förderkonferenz dem Förderausschuss, der die Akte gemäß §1 Absätze 1 bis 3 bearbeitet.“

Art. 53 – Artikel 93.21 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Die bisherigen Absätze 1 bis 3 werden zu §1.

2. Folgender §2 wird eingefügt:

„§2 - Die in §1 Absatz 1 angeführte Akte umfasst mindestens folgende Unterlagen:

1. das in Artikel 93.20 §1 Absatz 2 Nummer 2 angeführte Gutachten;
2. ein Bericht zur bisherigen Lernbegleitung und Förderung des Schülers, erstellt vom Leiter der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde;
3. eine Kopie des letzten Zeugnisses des Schülers;
4. das Protokoll der Förderkonferenz;
5. eine schriftliche Stellungnahme des Klassenleiters der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde, falls er nicht persönlich zur Sitzung des Förderausschusses erscheinen kann.

Es steht den Erziehungsberechtigten frei, eine schriftliche Stellungnahme einzureichen.“

3. Folgender §3 wird eingefügt:

„§3 - Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die vom Leiter der Regelschule übermittelte Akte unvollständig ist, informiert er den Leiter der Regelschule darüber. Der Leiter der Regelschule reicht die fehlenden Unterlagen innerhalb von fünf Werktagen nach Mitteilung der fehlenden Unterlagen nach. Werden die Unterlagen nicht innerhalb dieser Frist nachgereicht, verbleibt der Schüler in der Schule, in der er vor der Abhaltung der Förderkonferenz bereits beschult wurde.

Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die gemäß der Artikel 93.11 bis 93.13 festgelegte Prozedur nicht eingehalten wurde, sendet er die Akte zwecks erneuter Entscheidung durch die Förderkonferenz per Einschreiben an den Leiter der Regelschule zurück.



In dem in Absatz 2 angeführten Fall ruft der Leiter der Regelschule die Förderkonferenz erneut ein. Die Förderkonferenz trifft innerhalb einer Frist von 20 Werktagen nach Versand des im vorhergehenden Absatz erwähnten Einschreibens erneut eine Entscheidung. Wurde kein Einvernehmen in der Förderkonferenz erzielt, übermittelt der Leiter der Regelschule die vollständige Akte innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Abschluss der Beratungen in der Förderkonferenz dem Förderausschuss, der die Akte gemäß §1 Absätze 1 bis 3 bearbeitet.“

Art. 54 – Artikel 93.22 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender §4 wird eingefügt:

„§4 - Die in §3 Absatz 1 angeführte Akte umfasst mindestens folgende Unterlagen:

1. das in §1 Nummer 1 angeführte Gutachten;
2. ein Bericht zur bisherigen Lernbegleitung und Förderung des Schülers, erstellt vom Leiter der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde;
3. eine Kopie des letzten Zeugnisses des Schülers;
4. das Protokoll der Förderkonferenz;
5. eine schriftliche Stellungnahme des Klassenleiters der Schule, in der der Schüler bisher beschult wurde, falls er nicht persönlich zur Sitzung des Förderausschusses erscheinen kann.

Es steht den Erziehungsberechtigten frei, eine schriftliche Stellungnahme einzureichen.“

2. Folgender §5 wird eingefügt:

„§5 - Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die vom Leiter der Regelschule übermittelte Akte unvollständig ist, informiert er den Leiter der Regelschule darüber. Der Leiter der Regelschule reicht die fehlenden Unterlagen innerhalb von fünf Werktagen nach Mitteilung der fehlenden Unterlagen nach. Werden die Unterlagen nicht innerhalb dieser Frist nachgereicht, verbleibt der Schüler in der Schule, in der er vor der Abhaltung der Förderkonferenz bereits beschult wurde.

Stellt der Präsident des Förderausschusses fest, dass die gemäß der Artikel 93.11 bis 93.13 festgelegte Prozedur nicht eingehalten wurde, sendet er die Akte zwecks erneuter Entscheidung durch die Förderkonferenz per Einschreiben an den Leiter der Regelschule zurück.

In dem in Absatz 2 angeführten Fall ruft der Leiter der Regelschule die Förderkonferenz erneut ein. Die Förderkonferenz trifft innerhalb einer Frist von 20 Werktagen nach Versand des im vorhergehenden Absatz erwähnten Einschreibens erneut eine Entscheidung. Wurde kein Einvernehmen in der Förderkonferenz erzielt, übermittelt der Leiter der Regelschule die vollständige Akte innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Abschluss der Beratungen in der Förderkonferenz dem Förderausschuss, der die Akte gemäß §3 Absätze 1 bis 3 bearbeitet.“

Art. 55 – Artikel 93.50 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Der Hausunterricht genügt den in den Artikeln 5 bis 13 angeführten Anforderungen und ermöglicht den schulpflichtigen Kindern das Erreichen von Entwicklungszielen für den Kindergarten und Kompetenzniveaus für die Primar- und Sekundarschule. Das jeweilige Kompetenzniveau ist gleichwertig mit den Kompetenzen, den Kernkompetenzen, den Kompetenzerwartungen und den Bezügen zu den Kompetenzerwartungen, die für das Unterrichtswesen definiert sind.“

2. In Absatz 2 wird zwischen den Wörtern „Maße“ und „fachbezogene“ die Wortfolge „die in Artikel 11 angeführten Entwicklungsziele,“ eingefügt.

Art. 56 – In Artikel 93.52 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird zwischen den Wörtern „erreichenden“ und „Kompetenzen“ die Wortfolge „Entwicklungszielen und“ eingefügt.

Art. 57 – Artikel 96.3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird aufgehoben.

Art. 58 – In Artikel 98 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird folgender §6 eingefügt:

„§6 – Unbeschadet von §1 umfasst der Auftrag des Finanz- und Gebäudeverwalters vor allem folgende Aufgaben:

1. Materielle Verwaltung der Unterrichtseinrichtung, d.h.:
 - a) Abwicklung aller Bestellungen unter Beachtung der Bestimmungen zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen;
 - b) Überprüfung aller Rechnungen der Schule und Freigabe zur Unterzeichnung durch die Schulleitung;
 - c) Entgegennahme von Lieferungen und Verwaltung der Lager;
2. Finanzielle Verwaltung der Unterrichtseinrichtung, d.h.:
 - a) Verrichtung der Buchführung und des Rechnungswesens gemäß den gesetzlichen Vorschriften;
 - b) Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben der gesamten Schule;
 - c) Führung der Kasse;
 - d) Verwaltung der Spesenabrechnungen;
 - e) Erstellung und Aktualisierung der Inventarliste;
3. Vorbereitung der jährlichen Budget- und Investitionsplanung;
4. Überprüfung aller Verträge der Schule und Freigabe zur Unterzeichnung durch die Schulleitung;
5. Koordination der finanziellen Abwicklung der Erasmus+-Projekte;
6. Allgemeines Gebäudemanagement sowie Planung und Supervision infrastruktureller Veränderungen in der Schule;
7. Ansprechpartner für wirtschaftliche und finanzielle Belange;
8. Supervision und Koordination des in der Schule beschäftigten Arbeits- und Dienstleistungspersonals;
9. Administrative, logistische und technische Unterstützung der Schulleitung;
10. Teilnahme an Personalversammlungen;
11. Persönliche Fort- und Weiterbildung;
12. Aufgaben, die dazu beitragen das Schulprojekt zu verwirklichen.

Im Abweichung von Absatz 1 gehören die in Absatz 1 Nummer 2 angeführten Aufgaben nicht zum Auftrag des Finanz- und Gebäudeverwalters, falls diese Aufgaben von einem gemäß den Bestimmungen des Dekretes von 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestellten schulexternen Rechnungspflichtigen wahrgenommen werden. In diesem Fall unterstützt der Finanz- und Gebäudeverwalter den schulexternen Rechnungspflichtigen bei der Verrichtung dieser Aufgaben.“

Art. 59 – In das Kapitel XII desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 123septies eingefügt:

„Art. 123septies – In Abweichung von Artikel 21 §2 Absatz 1 und Artikel 21.1 §2 Absatz 1 und §3 Absätze 1 und 2 sind vom 1. September 2020 bis zum 31. August 2024 die Kinder zum Kindergarten zugelassen, die zwischen drei und fünf Jahre alt sind.“

KAPITEL 21 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 60 – Artikel 33 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 6, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und vom 26. Juni 2017, werden folgende Sätze eingefügt:

„In Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz des erforderlichen Befähigungsnachweises für das Amt des Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen ist, können in diesem Amt Personen eingestellt werden, die über das Diplom des Primarschullehrers oder, falls sich die Zuständigkeit des Förderpädagogen ausschließlich auf den Kindergarten beschränkt, über das Diplom des Kindergärtners verfügen, ergänzt um zwei Jahre nützliche Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden, und zum Zeitpunkt der Einstellung bereits zu einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik im Umfang von mindestens 15 ECTS eingeschrieben sind. Als Nachweis dient eine von der Unterrichtseinrichtung, an der die Zusatzausbildung absolviert wird, ausgestellte Einschreibebestätigung. Die Einstellung in diesem Amt endet nach Ablauf von 2 Jahren von Amts wegen, wenn das betreffende Personalmitglied die Zusatzausbildung nicht innerhalb dieser Frist erfolgreich abgeschlossen hat.“

2. Absatz 8, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird aufgehoben.

Art. 61 – In Artikel 40 Nummer 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 62 – In Artikel 53 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „ihres Stundenplanes“ durch die Wortfolge „ihres Stundenplans in dem betreffenden Amt in der betreffenden Schule“ ersetzt.

Art. 63 – In Artikel 62.6 §2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 64 – In Artikel 62.14 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Zahl „3“ durch die Zahl „4“ ersetzt.

Art. 65 – In Artikel 62.37 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge „und 62.10“ durch die Wortfolge „62.10 mit Ausnahme von §2 Absatz 1, sowie 62.11“ ersetzt.

Art. 66 – In der Überschrift von Kapitel IVdecies desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge „pädagogische Koordinatoren für inklusive Schulen und“ gestrichen.

Art. 67 – In Artikel 62.43 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge „das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und“ gestrichen.

Art. 68 - In Titel I desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgendes Kapitel IV undecies, das die Artikel 62.44 bis 62.48 umfasst, eingefügt:
„KAPITEL IV undecies – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR FINANZ- UND GEBÄUDEVERWALTER“

Art. 69 – In Kapitel IV undecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.44 eingefügt:
„Art. 62.44 – Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters ausschließlich in Form einer Einstellung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 62.6, 62.7 §1 Absatz 1 und §2, 62.10 mit Ausnahme von §2 Absatz 1, sowie 62.11 bis 62.12 und 62.42 finden Anwendung auf das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters.“

Art. 70 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.45 eingefügt:

„Art. 62.45 – Zulassungsbedingungen

Eine Person darf dieses Amt bekleiden, wenn sie:

1. die in Artikel 62.3 Nummer 1 und Nummern 4 bis 6 angeführten Bedingungen erfüllt;
2. im Besitz eines der nachfolgenden Studiennachweise ist:

a) das Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer in der Studienrichtung Buchhaltung;

b) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaft, Wirtschaftsmanagement oder Buchhaltung, ergänzt um 5 Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Amt des Erzieher-Verwalters oder im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;

c) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts oder des technischen Übergangsunterrichts ergänzt um 5 Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Amt des Erzieher-Verwalters oder im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;

d) jedes Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer oder Abschlusszeugnis der Oberstufe des technischen oder berufsbildenden Sekundarschulwesens, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters in Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet auf Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt. Handelt es sich um ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens, sind zudem 5 Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Rahmen einer Tätigkeit erbracht wurden, die im Zusammenhang mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters steht, erforderlich. Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet;

e) ein Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer, ergänzt um mindestens 3 Dienstjahre, die im Amt des Erzieher-Verwalters erbracht wurden;

3. ihre Bewerbung in der Form und in der Frist, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind, eingereicht hat.“

Art. 71 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.46 eingefügt:

„Art. 62.46 – Aufruf und Bewerbung

Der Bewerbungsauftrag wird vom Schulträger in der Zeitung sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.



Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Finanz- und Gebäudeverwalters und die Zielsetzungen, die während der Einstellung verwirklicht werden sollen.

Die Bewerbung wird mittels eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung u.a. ein Motivationsschreiben bei, um die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen zu verwirklichen.“

Art. 72 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.47 eingefügt:

„Art. 62.47 – Einstellung

Der Schulträger entscheidet, welcher der Bewerber das Amt bekleiden soll.

Er stützt sich unter anderem auf das Motivationsschreiben des Bewerbers, ein oder mehrere Bewerbungsgespräche, die fachliche Kompetenz sowie auf die Berufserfahrung.“

Art. 73 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.48 eingefügt:

„Art. 62.48 – Vorübergehender Ersatz

§1 – Wenn die Einstellung des Finanz- oder Gebäudeverwalters beendet wird oder er aus dem Amt scheidet oder er aufgrund einer Urlaubsform oder Zurdispositionstellung vorübergehend vollzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn bis zum Ende des darauffolgenden Schuljahres durch eine Person ersetzen, die die in Artikel 62.45 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

Wenn der Finanz- oder Gebäudeverwalter aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn durch eine oder mehrere Personen im Amt des Aufseher-Erziehers ersetzen.

§2 – Während des Zeitraums des vorübergehenden Ersatzes gelten für das gemäß §1 Absatz 1 ersetzende Personalmitglied die Artikel 62.7 §1 Absatz 1, 62.11, 62.12 und 62.42.“

Art. 74 – Artikel 69.2 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 28. Juni 2010 und vom 6. Mai 2019, wird wie folgt ersetzt:

„2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;“

Art. 75 – Artikel 69.5 §2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 76 – Artikel 80 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 6, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

„6. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ erhalten hat;“

2. Nummer 7, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird aufgehoben.

Art. 77 – In Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Artikel 119.19 eingefügt:

„Art. 119.19 – Personalmitglieder, die zum 31. August 2020 im Amt des Erzieher-Verwalters definitiv eingestellt sind, gelten ab dem 1. September 2020 als definitiv eingestellt im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters.“

Art. 78 - In denselben Titel wird folgender Artikel 119.20 eingefügt:

„Art. 119.20 - In Abweichung von Artikel 62.46 und 62.47 stellt der Schulträger zum 1. September 2020 jene Personalmitglieder auf unbestimmte Dauer im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters ein, die während des gesamten Schuljahres 2019-2020 zeitweilig im Amt des Erzieher-Verwalters eingestellt waren. Die Dienste, die das zum 1. September 2020 im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters eingestellte Personalmitglied vor diesem Datum im Amt des Erzieher-Verwalters erbracht hat, werden für die Ermittlung des in Artikel 62.6 §3 Nummer 1 angeführten Amtsalters so berücksichtigt, als ob sie im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters erbracht worden wären.“

KAPITEL 22 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 26. APRIL 1999 ÜBER DAS REGELGRUNDSCHULWESEN

Art. 79 - In Artikel 5 Absatz 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird die Wortfolge „noch nicht schulpflichtig ist und mindestens zwei Jahre und sechs Monate alt ist“ durch die Wortfolge „zwischen zwei Jahre und sechs Monate und fünf Jahre alt ist“ ersetzt.

Art. 80 - Artikel 7 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„In Abweichung von Artikel 5 kann ein sechsjähriges Kind den Kindergarten besuchen.“

Art. 81 - In Artikel 10 Absatz 1 desselben Dekrets wird das Wort „nichtschulpflichtiges“ gestrichen.

Art. 82 - In Artikel 33 §1 Absatz 1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird das Wort „schulpflichtige“ gestrichen.

Art. 83 - In Artikel 52.5 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird das Wort „beschäftigen“ durch die Wortfolge „beschäftigen, wobei maximal ein Drittel des Stellenkapitals genutzt werden darf, um Personalmitglieder einzustellen, die Inhaber des in Artikel 7 Nummer 8 Buchstabe c) des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Befähigungsnachweises sind“ ersetzt

Art. 84 - In Artikel 65 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

„Auf Antrag der Erziehungsberechtigten erhält jeder schulpflichtige Vorschüler zwei Stunden Unterricht in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre in der angegliederten Primarschule.“

Art. 85 - Artikel 68 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird das Wort „Klassen“ durch das Wort „Primarschulklassen“ ersetzt.

2. In §1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Die schulpflichtigen Vorschüler, die auf Antrag der Erziehungsberechtigten dem Unterricht in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre folgen, besuchen zu diesem Zweck die angegliederte Primarschule.“

3. In §3, abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2010, wird folgender Satz eingefügt:

„Die schulpflichtigen Vorschüler, die auf Antrag der Erziehungsberechtigten dem Unterricht in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre in der angegliederten Primarschule

h

folgen, werden mit den Schülern der ersten Stufe zusammengezählt."

Art. 86 – Artikel 70 §1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird nach der Wortfolge „Sobald sich ein Schüler“ die Wortfolge „bzw. ein schulpflichtiger Vorschüler“ eingefügt.

2. In Absatz 4 wird nach der Wortfolge „Folgt im Laufe eines Schuljahres kein Schüler“ die Wortfolge „bzw. kein schulpflichtiger Vorschüler“ eingefügt.

Art. 87 – Artikel 84quater desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Im Schuljahr 2019-2020“ durch die Wortfolge „In den Schuljahren 2019-2020 bis 2022-2023“ ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Angabe „2020-2021“ durch die Angabe „2023-2024“ ersetzt.

Art. 88 – In Kapitel IX desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 23. Oktober 2000, vom 18. Juni 2018 und vom 25. Juni 2018, wird folgender Artikel 84quinquies eingefügt:

„Art. 84quinquies - In Abweichung von Artikel 5 sind vom 1. September 2020 bis zum 31. August 2024 die Kinder zum Kindergarten zugelassen, die zwischen drei und fünf Jahre alt sind.“

KAPITEL 23 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 30. JUNI 2003 ÜBER DRINGENDE MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2003

Art. 89 – In Artikel 11 §2 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, ersetzt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird das Wort „umgehend“ durch die Wortfolge „sowie ein Personalmitglied, das infolge einer spezifischen ministeriellen Genehmigung eingestellt wurde zwecks Gewährleistung der Einzelbetreuung eines Kindes mit besonderen, medizinisch begründeten Bedürfnissen, umgehend“ ersetzt.

Art. 90 – In Artikel 11.19 Absatz 6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird am Ende des Satzes folgende Wortfolge eingefügt:

„ , wobei dem Personalmitglied, solange ihm noch Krankheitstage zur Verfügung stehen, während dieser Zeitspanne keine Krankheitstage abgezogen werden für jeden Tag, an dem es im Rahmen der Wiedereingliederung auf Grundlage des individuellen Einstiegsplans:

1. mindestens drei Arbeitsstunden erbringt, vorausgesetzt, dass es auf Grundlage seines regulären Stundenplans beziehungsweise Arbeitsplans an diesem Tag mehr als drei Arbeitsstunden leisten müsste;

2. mindestens eine Arbeitsstunde erbringt, vorausgesetzt, dass es auf Grundlage seines regulären Stundenplans beziehungsweise Arbeitsplans an diesem Tag drei Arbeitsstunden oder weniger leisten müsste.“

KAPITEL 24 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 91 – Artikel 20 §1 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren wird wie folgt abgeändert:

6

1. In Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und vom 26. Juni 2017, werden folgende Sätze eingefügt:

„In Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz des erforderlichen Befähigungsnachweises für das Amt des Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen ist, können in diesem Amt Personen bezeichnet werden, die über das Diplom des Primarschullehrers oder, falls sich die Zuständigkeit des Förderpädagogen ausschließlich auf den Kindergarten beschränkt, über das Diplom des Kindergärtners verfügen, ergänzt um zwei Jahre nützliche Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden, und zum Zeitpunkt der Bezeichnung bereits zu einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik im Umfang von mindestens 15 ECTS eingeschrieben sind. Als Nachweis dient eine von der Unterrichtseinrichtung, an der die Zusatzausbildung absolviert wird, ausgestellte Einschreibebestätigung. Die Bezeichnung in diesem Amt endet nach Ablauf von 2 Jahren von Amts wegen, wenn das betreffende Personalmitglied die Zusatzausbildung nicht innerhalb dieser Frist erfolgreich abgeschlossen hat.“

2. Absatz 7, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird aufgehoben.

Art. 92 – In Artikel 25 §1 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Angabe „31. Mai“ durch die Angabe „30. April“ ersetzt.

Art. 93 – In Artikel 29 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 94 – In Artikel 56.5 §2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 95 – In der Überschrift von Kapitel IV undecies desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge „pädagogische Koordinatoren für inklusive Schulen und“ gestrichen.

Art. 96 – In Artikel 56.20 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge „werden das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und“ durch das Wort „wird“ ersetzt.

Art. 97 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgendes Kapitel IV duodecies, das den Artikel 56.21 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL IV duodecies – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR FINANZ- UND GEBÄUDEVERWALTER“

Art. 98 – In Kapitel IV duodecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.21 eingefügt:

„Art. 56.21 – In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters anhand einer Bezeichnung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.“

Art. 99 – In Artikel 64.5 §2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 100 - Artikel 64.13 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010 und abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird wie folgt ersetzt:

„2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;“

Art. 101 - In Artikel 64.16 §2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 102 - Artikel 78 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt

„3. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ erhalten hat;“

2. Nummer 4, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird aufgehoben.

KAPITEL 25 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 19. APRIL 2004 ÜBER DIE VERMITTLUNG UND DEN GEBRAUCH DER SPRACHEN IM UNTERRICHTSWESEN

Art. 103 - In Artikel 26bis Nummer 5 des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird das Wort „Sekundarunterrichts“ durch die Wortfolge „Sekundarunterrichts oder eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts“ ersetzt.

KAPITEL 26 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 6. JUNI 2005 ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2005

Art. 104 - Artikel 33 des Dekrets vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt ersetzt:

„Die Beurlaubung erfolgt entweder vollzeitig oder für die Hälfte eines vollen Stundenplans. Die Dauer des Elternurlaubs beläuft sich bei einer vollzeitigen Beurlaubung auf maximal vier Monate und bei einer teilzeitigen Beurlaubung auf maximal acht Monate. Der Urlaub ist aufteilbar, wobei der vollzeitige Elternurlaub mit Zeitspannen von mindestens einem Monat und der teilzeitige Elternurlaub mit Zeitspannen von mindestens zwei Monaten gewährt wird. Der vollzeitige und der teilzeitige Elternurlaub können kombiniert werden, wobei die Gesamtdauer von umgerechnet vier Monaten Vollzeitbeurlaubung nicht überschritten werden darf.“

2. Absatz 3, eingefügt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt ersetzt:

„In Abweichung von Absatz 2 kann der Urlaub auch für einen Zeitraum gewährt werden, der kürzer ist als ein vollzeitiger beziehungsweise zwei teilzeitige Monate, wobei dieser Zeitraum für die Festlegung der zur Verfügung stehenden vier vollzeitigen beziehungsweise acht teilzeitigen Monate als Zeitspanne von einem vollzeitigen beziehungsweise zwei teilzeitigen Monaten gilt.“

KAPITEL 27 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005 ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE

Art. 105 - In Artikel 2.7 §1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule, ersetzt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird im einleitenden Satz die

7

Wortfolge „des Königlichen Erlasses Nr. 78 vom 10. November 1967 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe“ durch die Wortfolge „des Koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe“ ersetzt.

Art. 106 – Artikel 3.2 §4 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 4 wird die Wortfolge „in einer Schule“ gestrichen.
2. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:

„Zum vierten Studienjahr der Brevetausbildung in Krankenpflege sind jene Studenten zugelassen, die über eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss des dritten Studienjahres zur Erlangung des Brevets eines Krankenpflegers, des Brevets eines Krankenpflegers - Geistesgesundheit und Psychiatrie, des Diploms eines graduierten Krankenpflegers, des Brevets eines Krankenpflegeassistenten oder des Brevets eines Krankenpflegeassistenten - Geistesgesundheit und Psychiatrie oder die Bescheinigung über die Gleichstellung mit einer der vorerwähnten Bescheinigungen verfügen und die die in Artikel 3.8 festgelegte Einschreibegebühr entrichtet haben.“

Art. 107 – In Artikel 3.34 §2 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und Prüfungsbefreiung“ durch die Wortfolge „und/oder Prüfungsbefreiung“ ersetzt.

Art. 108 - In Artikel 5.23 Absatz 1 Nummer 6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 109 – In Artikel 5.38 §1 Nummer 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird die Wortfolge „insofern der Bewerber die entsprechenden in Artikel 5.2 vorgesehenen Befähigungsnachweise besitzt oder insofern er zuvor während drei aufeinanderfolgenden Jahren die in Artikel 5.18 vorgesehene Abweichung für das zu vergebende Amt erhalten hat unter der Bedingung, dass die einzelnen Abweichungen sich über einen Mindestzeitraum von fünfzehn Wochen erstrecken“ durch die Wortfolge „unter der Bedingung, dass der Bewerber die in Artikel 5.15 Nummer 5 festgelegte Bedingung erfüllt“ ersetzt.

Art. 110 – Artikel 5.52 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:
„3. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ erhalten hat;“
2. Nummer 4, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird aufgehoben.

Art. 111 – In Artikel 5.86 §2 Absatz 1 Nummer 6 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 112 – In Artikel 5.88 §1 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge „alle zwei Jahre“ durch die Wortfolge „mindestens alle fünf Jahre“ ersetzt.

Art. 113 – In Artikel 5.97 Absatz 2 Nummer 6 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 114 - In Artikel 5.102 §1 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge „alle zwei Jahre“ durch die Wortfolge „mindestens alle fünf Jahre“ ersetzt.

Art. 115 - In Artikel 5.105.4 §2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 116 - In Artikel 5.105.8 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Satz eingefügt:

„Sie unterstehen unmittelbar dem Direktor, der ihnen gegenüber Weisungsbefugnis hat.“

Art. 117 - In Artikel 5.105.11 §1 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Zahl „471“ durch die Zahl „471/I“ ersetzt.

Art. 118 - Artikel 9.11septies desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Zahl „2020“ durch die Zahl „2022“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „2020-2021 spätestens am 31. Dezember 2020“ durch die Wortfolge „2022-2023 spätestens am 31. Dezember 2022“ ersetzt.

KAPITEL 28 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 21. APRIL 2008 ZUR AUFWERTUNG DES LEHRERBERUFS

Art. 119 - Artikel 103 Nummer 9 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird aufgehoben.

Art. 120 - In Artikel 11.1.3 §2 Nummer 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 19. April 2010, wird das Wort „Elternschaftsurlaubs“ durch die Wortfolge „Elternschaftsurlaubs oder Elternurlaubs“ ersetzt.

Art. 121 - In der Anlage II desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 16. Juli 2012 und abgeändert durch die Dekrete vom 20. Juni 2016 und vom 26. Juni 2017, wird folgende Nummer 4 eingefügt:

„4. ab dem 1. Januar 2021

Gehaltstabellen - Beträge in EUR

Tabelle der Jahresklasse (18 Jahre)

Arbeiter
Unterhaltsarbeiter
Küchengehilfe
14.282,48 – 16.241,03
03 (1) x 125,89
02 (2) x 67,34
10 (2) x 144,62

Facharbeiter
Qualifizierter Unterhaltsarbeiter
Koch
14.784,96 – 19.223,37
03 (1) x 162,20
05 (2) x 225,41
06 (2) x 308,92
02 (2) x 485,62

Erster Facharbeiter
Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter
Erster Koch
14.892,88 – 19.893,93

Erster Facharbeiter-Vorarbeiter
Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter
Vorarbeiter
Erster Koch – Teamchef

03 (1) x 162,22
05 (2) x 256,19
08 (2) x 404,18

15.426,92 – 21.034,93
03 (1) x 253,19
05 (2) x 323,00
08 (2) x 404,18“

KAPITEL 29 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. MAI 2009 ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DER AUSBILDUNG 2009

Art. 122 – Artikel 12 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. Das Wort „Anhang“ wird durch das Wort „Anhang 1“ ersetzt.
2. Folgender Absätze 2 und 3 werden eingefügt:

„Schulleiter ohne pädagogische Ausbildung absolvieren zusätzlich zu der Fachausbildung, deren wesentliche Elemente im Anhang 1 festgelegt sind, ein zusätzliches Modul für Grund- oder Sekundarschulleiter ohne pädagogische Ausbildung, dessen wesentliche Elemente im Anhang 2 für Grundschulleiter und im Anhang 3 für Sekundarschulleiter festgelegt sind.“

Unter einem Schulleiter ohne pädagogische Ausbildung versteht man einen Schulleiter, der nicht über das Diplom eines Kindergärtners, eines Primarschullehrers, eines Lehrbefähigten für die Unter- oder Oberstufe des Sekundarunterrichts, eines Studiennachweises des Hochschulwesens zweiten Grades im pädagogischen Bereich oder über eine Lehrbefähigung von mindestens 15 ECTS verfügt.“

Art. 123 – Artikel 13 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „als Sekundarschulleiter“ gestrichen.
2. Absatz 2 Spiegelstriche 1 und 2 werden durch folgende Nummern 1 und 2 ersetzt:
„1. bei den schulträgerübergreifenden-Modulen der Fachausbildung und deren zusätzliche Module für Grund- und Sekundarschulleiter ohne pädagogische Ausbildung: die Regierung;
2. bei dem schulträgerinternen Modul der Fachausbildung: der jeweilige Schulträger.“

Art. 124 – Der bisherige einzige Anhang desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird zu Anhang 1.

Art. 125 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, werden die Anhänge 2 und 3, die im Anhang festgelegt sind, eingefügt.

KAPITEL 30 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2012 ÜBER DIE SCHULINSPEKTION, DIE SCHULENTWICKLUNGSBERATUNG UND DIE SCHULBERATUNG FÜR INKLUSION UND INTEGRATION

Art. 126 – Artikel 15.1 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird nach der Wortfolge „im Unterrichtswesen“ die Wortfolge „und in der mittelständischen Ausbildung“ eingefügt, die Wortfolge „oder des Schulträgers“ durch die Wortfolge „ , des Schulträgers, des IAWM oder eines Direktors eines ZAWM“ und die Wortfolge „sowie die Schulische Weiterbildung“ durch die Wortfolge „ , die Schulische Weiterbildung sowie die mittelständische Ausbildung“ ersetzt.
2. In Nummer 5 wird nach der Wortfolge „im Unterrichtswesen“ die Wortfolge „und in der mittelständischen Ausbildung“ eingefügt.

h

Art. 127 – In Artikel 15.3 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird nach dem Wort „Schulleiter“ die Wortfolge „, einem Direktor eines ZAWM“ und nach dem Wort „Schulgemeinschaft“ die Wortfolge „oder den Personalmitgliedern der mittelständischen Ausbildung“ eingefügt.

Art. 128 – In Artikel 20 §2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

KAPITEL 31 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Art. 129 – In Artikel 3.15 §1 Nummer 1 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird nach der Wortfolge „sowie der Schüler des Förderschulwesens“ die Wortfolge „und in einem Zweijahresrhythmus der im Hausunterricht beschulten schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen ab sechs Jahren“ eingefügt.

Art. 130 – In Artikel 6.24 Absatz 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 131 – Artikel 6.78 Absatz 1 Nummer 3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
„3. wenn der Bewertungsbericht des Personalmitglieds mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ schließt und es bereits im vorhergehenden Schuljahr einen Bewertungsbericht mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend“ erhalten hat;“

Art. 132 – In Artikel 6.83 §2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets wird die Wortfolge „mit dem Vermerk „ungenügend““ durch die Wortfolge „mit dem Vermerk „mangelhaft“ oder „ungenügend““ ersetzt.

Art. 133 – In Artikel 6.87 §1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, werden zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 beläuft sich die monatliche Prämie im Falle des Koordinators für den Bereich Gesundheitswissenschaften auf 616,15 Euro brutto.

Der in den Absätzen 1 und 2 angeführte Betrag der Prämie wird im Falle einer Teilzeitbeschäftigung anteilmäßig zur Beschäftigung gekürzt.“

Art. 134 – Artikel 10.7 §2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 beläuft sich die monatliche Prämie im Falle des Koordinators für den Bereich Gesundheitswissenschaften auf 616,15 Euro brutto.

Der in den Absätzen 1 und 2 angeführte Betrag der Prämie wird im Falle einer Teilzeitbeschäftigung anteilmäßig zur Beschäftigung gekürzt.“

2. In Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge „gemäß Absatz 1“ durch die Wortfolge „gemäß den Absätzen 1 bis 3“ ersetzt.

6

KAPITEL 32 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2018 ZUR EINFÜHRUNG DES AMTES DES KINDERGARTENASSISTENTEN IN DEN REGELGRUNDSCHULEN SOWIE ZUR HERABSENKUNG DES EINTRITTSALTERS IN DEN KINDERGARTEN AUF ZWEI JAHRE UND SECHS MONATE

Art. 135 – In Artikel 25 Nummer 2 des Dekrets vom 25. Juni 2018 zur Einführung des Amtes des Kindergartenassistenten in den Regelgrundschulen sowie zur Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zwei Jahre und sechs Monate wird die Angabe „1. September 2021“ durch die Angabe „1. September 2024“ ersetzt.

KAPITEL 33 – INKRAFTTRETEN

Art. 136 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2020 in Kraft mit Ausnahme von

1. Artikel 89, der mit Wirkung vom 1. September 2019 in Kraft tritt;
2. Artikel 3 Nummer 3, 16, 22 Nummern 6, 7 und 8, Artikel 60 Nummer 1, 74, 83, 91 Nummer 1, 92, 100 und 118, die am Tag der Verabschiedung in Kraft treten;
3. Artikel 105 und 106, die am 30. Juni 2020 in Kraft treten;
4. Artikel 46, 133 und 134, die am 1. Juli 2020 in Kraft treten;
5. Artikel 1 Nummer 2, 3 Nummer 2, 22 Nummern 1-5, 23 Nummern 1-4, 24, 60 Nummer 2, Artikel 62, 91 Nummer 2, 103 und 121, die am 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung

H. MOLLERS

6

ANHANG

ANHANG 1

Zusätzliches Modul für Grundschulleiter ohne pädagogische Ausbildung	Studienpunkte
• Elementare Kenntnisse in Bezug auf das Bildungssystem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ○ Die Geschichte des Unterrichtswesens in Belgien und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ○ Die Funktionsweise des Bildungswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ○ Die geltende Gesetzgebung im Bildungswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ○ Die gesellschaftliche Rolle der Schule	1
• Besonderheiten der Organisation Schule ○ Schule als soziales Gebilde ○ Schule als Expertenorganisation ○ Verantwortung des Schulleiters bei der Steuerung der Prozesse zur Unterrichtsentwicklung, Personalentwicklung und Organisationsentwicklung	2,5
• Allgemeine Didaktik ○ Grundbegriffe allgemeiner Didaktik ○ Pädagogisch-didaktischer Orientierungsrahmen ○ Unterrichtsqualität: Was ist guter Unterricht? Empirisches zu Lehren und Lernen ○ Konzeptionelle Grundlage der Rahmenpläne in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ○ Vorbereitung von Unterricht – Rahmenpläne und Curricula als Planungshilfen für kompetenzorientierten Unterricht	3
• Grundschuldidaktik ○ Entwicklungspsychologie ○ Rolle des Lehrers ○ Gruppendynamische Prozesse im Unterricht ○ Störungen im Unterricht: mögliche Ursachen, Prävention, Umgang ○ Lehrmethoden, Lern- und Arbeitsstrategien ○ Hospitationen in Grundschulen mit Schwerpunkt Unterricht und Tätigkeitsfeld der Schulleitung	3,5
Total	10

6

ANHANG 2

Zusätzliches Modul für Sekundarschulleiter ohne pädagogische Ausbildung	Studienpunkte
• Elementare Kenntnisse in Bezug auf das Bildungssystem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ○ Die Geschichte des Unterrichtswesens in Belgien und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ○ Die Funktionsweise des Bildungswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ○ Die geltende Gesetzgebung im Bildungswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ○ Die gesellschaftliche Rolle der Schule	1
• Besonderheiten der Organisation Schule ○ Schule als soziales Gebilde ○ Schule als Expertenorganisation ○ Verantwortung des Schulleiters bei der Steuerung der Prozesse zur Unterrichtsentwicklung, Personalentwicklung und Organisationsentwicklung	2,5
• Allgemeine Didaktik ○ Grundbegriffe allgemeiner Didaktik ○ Pädagogisch-didaktischer Orientierungsrahmen ○ Unterrichtsqualität: Was ist guter Unterricht? Empirisches zu Lehren und Lernen ○ Konzeptionelle Grundlage der Rahmenpläne in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ○ Vorbereitung von Unterricht – Rahmenpläne und Curricula als Planungshilfen für kompetenzorientierten Unterricht	3
• Sekundarschuldidaktik/Fachdidaktik ○ Entwicklungspsychologie ○ Rolle des Lehrers ○ Gruppendynamische Prozesse im Unterricht ○ Störungen im Unterricht: mögliche Ursachen, Prävention, Umgang ○ Lehrmethoden, Lern- und Arbeitsstrategien ○ Hospitationen in Sekundarschulen mit Schwerpunkt Unterricht und Tätigkeitsfeld der Schulleitung	3,5
Total	10

4

14/01/2020

Gouvernement de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement – 2020

CONTENU

Le présent avant-projet de décret modifie diverses dispositions en matière de personnel et d'organisation dans l'enseignement.

Il contient entre autres des modifications dans les domaines suivants :

- réforme de la fonction d'éducateur-économiste;
- affectation d'instituteurs primaires en première année d'adaptation dans l'enseignement secondaire;
- création d'un emploi supplémentaire de chef de département auprès du centre de pédagogie de soutien;
- augmentation barémique pour le personnel ouvrier;
- adaptation des conditions d'accès aux fonctions de chef d'établissement dans l'enseignement fondamental;
- obligation scolaire à partir de cinq ans;
- élargissement des missions de la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration à la formation dans les classes moyennes;
- report de 2021 à 2024 de l'abaissement à deux ans et six mois de l'âge d'entrée en section maternelle;
- prolongation de la durée des études dans l'enseignement professionnel secondaire complémentaire;
- chargés de cours invités dans l'enseignement secondaire ordinaire.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Avant-projet	31

EXPOSE DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent avant-projet de décret est construit selon le schéma habituel : chaque chapitre adapte un texte réglementaire particulier, et ce, dans l'ordre chronologique.

Afin d'avoir rapidement une meilleure vue d'ensemble, cet exposé des motifs ne suit pas strictement l'ordre des chapitres, mais s'articule autour d'un thème ou d'une mesure et contient en même temps le commentaire des différents articles. Les articles connexes sont énumérés.

1. Réforme de la fonction d'éducateur-économiste (articles 2, 10 à 15, 19, 20, 26, 27, 30, 3°, 31 à 34, 35, 1°, 3° et 4°, 36 à 38, 40, 45, 47, 58, 68 à 73, 77, 78, 97 et 98)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

La procédure actuelle de sélection des candidats à la fonction d'éducateur-économiste dans l'enseignement secondaire nécessite d'urgence une modernisation, et ce, pour plusieurs raisons :

1. À l'heure actuelle, le statut de l'enseignement communautaire ne prévoit pas de désignation à titre temporaire, mais simplement une nomination définitive dans cette fonction de sélection. Un membre du personnel souhaitant occuper la fonction de sélection doit par conséquent mettre un terme à sa nomination dans sa fonction d'origine. Il n'est pas possible de revêtir la fonction de sélection dans le cadre d'un congé pour exercer une autre fonction.

2. Les conditions d'accès à la fonction de sélection d'éducateur-économiste sont assez restrictives. Ainsi, la fonction d'éducateur-économiste, qui doit surtout assurer des tâches comptables, est seulement accessible aux membres du personnel qui, dans l'enseignement communautaire, revêtent la fonction de surveillant-éducateur, de secrétaire-bibliothécaire ou d'instituteur primaire. Or, ces personnes ne disposent pas nécessairement des connaissances disciplinaires requises pour occuper cet emploi. Contrairement à ce qui se passe pour d'autres fonctions de sélection et de promotion, réformées il y a quelques années, ni les personnes extérieures ni les personnes engagées dans d'autres fonctions ne peuvent revêtir cette fonction.

3. Le statut de l'enseignement communautaire prévoit que la commission de sélection ne prend en compte, pour le classement des candidats, que l'ancienneté de service, l'ancienneté de fonction, les bulletins de signalement et rapports d'inspection, ainsi que les titres. La motivation, les compétences sociales ou l'expérience professionnelle du candidat ne sont en revanche pas prises en compte.

Il est donc proposé d'assouplir la procédure de sélection applicable aux éducateurs-économistes.

En outre, comme la notion d'éducateur-économiste est surannée et ne dit pas grand-chose de la fonction réelle, il est proposé de désigner dorénavant la fonction par la notion de « gestionnaire financier et immobilier ».

Pour pouvoir revêtir la fonction de gestionnaire financier et immobilier, le candidat doit être porteur de l'un des titres suivants :

- a. un bachelor/graduat dans la section « comptabilité »;

b. un certificat d'enseignement secondaire supérieur dans la section sciences économiques, économie, gestion économique ou comptabilité, complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans acquise dans la fonction d'éducateur-économe ou dans le cadre d'une activité liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

c. un certificat d'enseignement secondaire général supérieur ou technique de transition, complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans la fonction d'éducateur-économe ou dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

d. tout diplôme de l'enseignement supérieur de type court ou de l'enseignement secondaire technique ou professionnel supérieur, délivré après avoir suivi avec fruit une formation dont les matières principales sont liées à la fonction de gestionnaire financier et immobilier. Le Gouvernement décide, sur l'avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. S'il s'agit d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur, une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, est en outre nécessaire. Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein.

En raison d'un régime transitoire, un diplôme de l'enseignement supérieur de type court, complété par au moins trois années d'ancienneté dans la fonction d'éducateur-économe, est également considéré comme titre requis.

Sont admissibles tant les membres du personnel occupés dans l'enseignement que les personnes extérieures. Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction. Il fonde sa sélection sur la lettre de motivation présentée par le candidat, sur un ou plusieurs entretiens, sur la compétence disciplinaire et sur l'expérience professionnelle. La désignation ou l'engagement, selon le cas, s'opère pour une période indéterminée. Une nomination est possible dès l'âge de 50 ans si le membre du personnel a une ancienneté de service de minimum cinq ans et que le bulletin de signalement porte au moins en conclusion la mention « suffisant ».

Le gestionnaire financier et immobilier a droit aux mêmes types de congé à temps plein et à temps partiel octroyés jusqu'à présent. En ce qui concerne le droit à une interruption de carrière, il est proposé d'octroyer à l'avenir au gestionnaire financier et immobilier l'accès à une interruption de carrière à 1/5^e ou 1/4, et ce, par analogie avec le secrétaire de direction.

Le remplacement temporaire d'un gestionnaire financier et immobilier est régi comme suit :

1. en cas d'absence à temps plein, le remplacement dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier est assuré par un membre du personnel qui remplit les conditions d'accès à ladite fonction. Si l'absence dure plus de deux années scolaires, il faut lancer un appel aux candidats;
2. En cas d'absence à temps partiel, le remplacement intervient dans la fonction de surveillant-éducateur.

Les missions du gestionnaire financier et immobilier sont fixées comme suit dans le décret organique du 31 août 1998 :

1. gestion matérielle de l'établissement d'enseignement :
 - a. passer toutes les commandes dans le respect des dispositions relatives aux marchés publics;
 - b. vérifier toutes les factures de l'école et les transmettre à la direction pour signature;
 - c. réceptionner les livraisons et gérer les stocks;
2. gestion financière de l'établissement d'enseignement :
 - a. tenir la comptabilité conformément aux prescriptions légales;
 - b. gérer les recettes et dépenses de toute l'école;
 - c. tenir la caisse;
 - d. gérer les décomptes de frais;
 - e. établir et actualiser l'inventaire;
3. préparation du projet annuel du budget et des investissements;
4. vérification de tous les contrats de l'école et transmission à la direction pour signature;
5. coordination de l'exécution financière des projets Erasmus+;
6. gestion immobilière générale ainsi que planification et supervision des changements infrastructurels dans l'école;
7. personne de contact pour les questions économiques et financières;
8. supervision et coordination du personnel ouvrier et des gens de service occupés dans l'école;
9. soutien administratif, logistique et technique à la direction de l'école;
10. participation à des réunions du personnel;
11. participation personnelle à des recyclages et formations continuées;
12. accomplissement de tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement.

Les tâches mentionnées au 2° ne relèvent pas de la mission du gestionnaire financier et immobilier, si elles sont assurées par un comptable externe désigné conformément aux dispositions du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Dans ce cas, le gestionnaire financier et immobilier appuie le comptable externe dans l'accomplissement de ces tâches.

Relèvent également des missions du gestionnaire financier et immobilier toutes les tâches qui incombent au personnel éducatif. La mission du gestionnaire financier et immobilier comprend à la fois les tâches du personnel éducatif et celles introduites pour lui. Le chef d'établissement ou le pouvoir organisateur définit la mission du membre du personnel; ce faisant, il peut charger le gestionnaire financier et immobilier de missions qui incombent au personnel éducatif.

Une disposition transitoire établit que les membres du personnel, nommés dans la fonction d'éducateur-économe ou ayant occupé à titre temporaire cette fonction toute l'année scolaire 2019-2020, sont reconduits dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier au 1^{er} septembre 2020. Les services prestés auparavant sont pris en considération dans la nouvelle fonction.

L'article 2 renomme, dans l'arrêté royal du 2 octobre 1968, la fonction de sélection « éducateur-économe » en « gestionnaire financier et immobilier ».

Les dispositions statutaires sont ancrées dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire par les articles 10 à 15. Les articles 68 à 73 ainsi que les articles 97 et 98 ancrent les mêmes dispositions respectivement dans le statut des

enseignants de l'enseignement libre subventionné et de l'enseignement officiel subventionné.

Les articles 19, 20, 77 et 78 fixent deux dispositions dérogatoires à la procédure de recrutement définie pour le gestionnaire financier et immobilier dans le statut de l'enseignement communautaire et dans celui de l'enseignement libre subventionné. Ces dispositions dérogatoires garantissent que les membres du personnel travaillant déjà dans la fonction d'éducateur-économe seront reconduits dans la nouvelle fonction de gestionnaire financier et immobilier. Ainsi, les membres du personnel qui, au 31 août 2020, sont engagés à titre définitif dans la fonction d'éducateur-économe seront, à partir du 1^{er} septembre 2020, engagés à titre définitif dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier. Les membres du personnel qui, pendant toute l'année scolaire 2019-2020, étaient engagés à titre temporaire dans la fonction d'éducateur-économe sont, au 1^{er} septembre 2020, engagés à durée indéterminée dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier. Pour calculer l'ancienneté de service requise pour la nomination, les services que le membre du personnel a prestés avant cette date dans la fonction d'éducateur-économe sont pris en considération comme s'ils l'avaient été dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier.

L'article 58 insère la mission du gestionnaire financier et immobilier dans le décret du 31 août 1998. La mission du gestionnaire financier et immobilier comprend à la fois les tâches du personnel éducatif et celles introduites pour lui par le présent article. Le chef d'établissement ou le pouvoir organisateur définit la mission du membre du personnel; ce faisant, il peut charger le gestionnaire financier et immobilier de missions qui incombent au personnel éducatif.

Par exemple, la gestion financière de l'établissement d'enseignement organisé par la Communauté germanophone est assurée par le Ministère, de sorte que le gestionnaire financier et immobilier est chargé d'autres tâches dans l'enseignement communautaire.

L'article 26 abroge, dans l'arrêté royal du 15 juillet 1969, l'ancienne description de fonction pour les éducateurs-économes et l'article 25 adapte l'intitulé du même arrêté royal.

L'article 27 abroge, dans l'arrêté royal du 22 juillet 1969, les dispositions concernant les fonctions de recrutement donnant accès, dans l'enseignement communautaire, à la fonction de sélection « éducateur-économe ».

Les articles 31 à 33 abrogent les titres jugés suffisants pour la fonction d'éducateur-économe dans l'enseignement subventionné. Parallèlement, les titres jugés suffisants pour la fonction de secrétaire de direction dans l'enseignement subventionné sont abrogés, la fonction ayant été réformée par le décret du 18 juin 2018 portant des mesures en matière d'enseignement.

Les articles 30, 3^o, 34, 35, 1^o, 3^o et 4^o, 36 à 38, 40 et 45 remplacent, dans différents textes législatifs, la notion d'éducateur-économe par la notion de gestionnaire financier et immobilier.

L'article 47 adapte l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière. Par conséquent, les gestionnaires financiers et immobiliers ne peuvent plus seulement bénéficier d'une interruption de carrière complète ou à mi-temps, mais aussi d'une interruption de carrière correspondant à 1/4 ou 1/5^e d'un horaire complet. Depuis l'adoption de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, la jurisprudence du Conseil d'État et celle de la Cour constitutionnelle ont

été modifiées de sorte que ces dispositions doivent être considérées comme essentielles et ne peuvent être adoptées que par le Parlement. Vu cette modification de la jurisprudence, toutes les adaptations de cet arrêté se font désormais par voie de décret.

2. Adaptation des conditions d'accès à la fonction de pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire (articles 3, 3°, 22, 6°, 7° et 8°, 60, 1°, 83 et 91, 1°)

Entrée en vigueur : Date d'adoption

Le présent chapitre adapte les conditions en matière de titres pour la fonction de pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire. Actuellement, un membre du personnel a accès à cette fonction s'il est porteur d'un master en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie ou du diplôme d'instituteur primaire complété par une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie et justifie d'une expérience professionnelle utile d'au moins deux ans en tant qu'enseignant.

Étant donné qu'il s'est avéré extrêmement difficile, depuis l'introduction de la fonction, de pourvoir aux emplois mis à disposition dans la fonction de pédagogue de soutien avec du personnel qualifié, que de nombreux postes sont encore vacants alors que les besoins en soutien élémentaire rencontrés par les écoles sont élevés, il est proposé qu'à l'avenir le diplôme d'instituteur maternel, complété par une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie et une expérience professionnelle utile d'au moins deux ans en tant qu'enseignant donne également accès à la fonction de pédagogue de soutien. Il est toutefois précisé que ce diplôme ne sera considéré comme titre requis que si le pédagogue de soutien opère exclusivement en section maternelle. Au niveau de l'enseignement primaire, la fonction de pédagogue de soutien reste limitée aux membres du personnel porteurs de l'un des diplômes valables jusqu'alors et mentionnés initialement.

Il est en outre établi que chaque pouvoir organisateur peut utiliser, au maximum, un tiers du capital périodes lui octroyé pour engager des pédagogues de soutien porteurs du diplôme d'instituteur maternel complété par une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie et une expérience professionnelle utile d'au moins deux ans en tant qu'enseignant.

Il est proposé, comme mesure complémentaire d'aide aux écoles dans le domaine du soutien élémentaire, qu'à l'avenir, en cas de pénurie d'enseignants, des membres du personnel puissent être désignés ou, selon le cas, engagés, dans la fonction de pédagogue de soutien s'ils sont porteurs du diplôme d'instituteur primaire ou, si la compétence du pédagogue de soutien se limite exclusivement à la section maternelle, du diplôme d'instituteur maternel, justifient d'une expérience professionnelle utile d'au moins deux ans en tant qu'enseignants et suivent, au moment de la désignation, une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie. La preuve est apportée en présentant la confirmation d'inscription délivrée par l'établissement d'enseignement où la formation complémentaire est suivie. La désignation ou, selon le cas, l'engagement dans cette fonction prend fin d'office après deux ans si le membre du personnel concerné n'a pas, dans ce délai, suivi avec fruit la formation complémentaire. Il faut noter que cette forme de désignation ou, selon le cas, d'engagement, est une désignation ou, selon le cas, un engagement par dérogation; le membre du personnel concerné n'accumule pas de jours de service tant que la formation complémentaire n'a pas été suivie avec fruit. En outre, il ne peut ni bénéficier d'une priorité ni obtenir une désignation ou, selon le cas, un engagement à durée indéterminée.

Par ailleurs, l'accès à la fonction est possible pour toutes les personnes qui ne sont certes pas porteuses du diplôme d'instituteur primaire, mais se sont – dans le passé – mises en ordre pour ce poste au niveau du statut en bénéficiant de trois dérogations et remplissent, par conséquent, les conditions mises à l'engagement ou, selon le cas, à la désignation dans cette fonction. À l'avenir, ces personnes pourront, elles aussi, occuper la fonction de pédagogue de soutien si elles ont suivi la formation complémentaire requise en pédagogie de soutien et justifient d'une expérience professionnelle utile d'au moins deux ans en tant qu'enseignant.

L'article 22, 6°, 7° et 8°, adapte l'arrêté royal du 22 avril 1969 relatif aux titres requis. Si le pédagogue de soutien est exclusivement occupé en section maternelle, le diplôme d'instituteur maternel complété par une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien et une expérience professionnelle utile d'au moins deux ans en tant qu'enseignant vaut aussi comme titre requis.

L'article 83 adapte le décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire et établit que le pouvoir organisateur peut utiliser, au maximum, un tiers du capital périodes lui octroyé pour engager des pédagogues de soutien en vue d'engager des membres du personnel porteurs du diplôme d'instituteur maternel complété par une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie et justifiant d'une expérience professionnelle utile d'au moins deux ans en tant qu'enseignant.

Les articles 3, 3°, 60, 1°, et 91, 1°, adaptent le statut de l'enseignement communautaire, libre subventionné et officiel subventionné en ce qui concerne la désignation de membres du personnel dans la fonction de pédagogue de soutien en cas de pénurie d'enseignants.

3. Priorité lors de l'extension d'une nomination définitive (adaptation du statut de l'enseignement libre subventionné) (article 62)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2021

Le statut de l'enseignement libre subventionné prévoit jusqu'à présent que des membres du personnel engagés à titre définitif à temps partiel sont, lors de l'extension de leur horaire et lors de procédures de recrutement, prioritaires par rapport aux membres du personnel qui ne sont pas encore engagés à titre définitif. À la demande du pouvoir organisateur de l'enseignement libre subventionné, cette disposition sera adaptée par analogie avec le statut de l'enseignement communautaire de sorte que la priorité ne sera accordée que lorsqu'il s'agit de compléter un engagement à titre définitif existant déjà dans l'école en question, en l'occurrence lorsqu'il s'agit d'une extension d'un engagement à titre définitif dans une fonction dans laquelle le membre du personnel est déjà nommé pour quelques heures au sein de l'école concernée.

L'article 62 apporte la modification correspondante dans le statut de l'enseignement libre subventionné.

4. Adaptation des conditions en matière de titres pour les assistants en maternelle (articles 23, 1° à 4°, 3, 2°, 60, 2° et 91, 2°)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2021

Après avoir introduit dans l'enseignement, en septembre 2018, la fonction d'assistant en maternelle, il est proposé de procéder à quelques adaptations en ce qui concerne les titres requis pour ladite fonction. Pour l'instant, il est prévu notamment que le brevet de puériculteur donne accès à la fonction d'assistant en maternelle. Le brevet, à l'origine une formation de deux ans, correspond – pour le niveau de qualification – au certificat d'études et au certificat de qualification de la 6^e année de l'enseignement secondaire professionnel. Étant donné que les possibilités de formation dans le domaine de la puériculture se sont développées et que d'autres diplômes dans ce domaine, en partie supérieurs, sont aujourd'hui délivrés, il est proposé d'adapter la législation relative aux titres afin que ces personnes puissent être correctement prises en considération dans le cadre de la procédure de recrutement. Outre le brevet de puériculteur sont désormais aussi considérés comme titre requis pour la fonction d'assistant en maternelle le certificat de l'enseignement secondaire supérieur dans le domaine de la puériculture ou le certificat d'études de 6^e année de l'enseignement secondaire professionnel complété par le certificat de qualification de 6^e ou 7^e année dans le domaine de la puériculture.

En outre, il est proposé que le certificat d'aide familiale et seniors et d'aide-soignant, délivré par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone en coopération avec la « Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien - KPVDB » (association du personnel de soins en Belgique) ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement habilite à l'exercice de la fonction.

L'attestation d'aidant maternel, délivrée par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone, complétée par le certificat de réussite d'une formation continue d'au moins 120 heures dans le domaine de la garde d'enfants, n'était jusqu'à présent classée qu'en tant que titre jugé suffisant; elle n'habilitait à l'exercice de la fonction d'assistant en maternelle que dans la mesure où aucun candidat porteur d'un titre supérieur (p. ex., certificat de l'enseignement secondaire supérieur dans le domaine de l'éducation, dans le domaine « accueil de groupe d'enfants », certificat d'études dans le domaine de la puériculture, certificat d'études et certificat de qualification de 6^e année de l'enseignement secondaire professionnel dans le domaine « aide familiale », certificat de garde d'enfants délivré par la KPVDB) n'était disponible sur le marché du travail. Cette situation s'avère extrêmement préjudiciable tant pour les membres du personnel concernés que pour les directions d'écoles. Cela va de pair, pour les membres du personnel, avec une insécurité d'emploi plus élevée et, pour les directions d'écoles, avec une insécurité de planification non négligeable, étant donné que les personnes concernées – tant qu'elles n'ont pas de contrat de travail à durée indéterminée – courent toujours le risque d'être évincées, et ce, même lorsqu'elles ont travaillé à la plus grande satisfaction du chef d'établissement. Il est donc proposé d'adapter la législation de sorte que l'attestation d'aidant maternel, complétée par le certificat de réussite d'une formation continue d'au moins 120 heures dans le domaine de la garde d'enfants, soit désormais considéré comme requis à part entière. Un candidat porteur uniquement de l'attestation d'aidant maternel et non du certificat de réussite de la formation continue, ne peut être engagé que via une dérogation, à savoir en cas de pénurie d'enseignants.

Étant donné en outre qu'il y a sur le marché du travail un certain nombre d'instituteurs maternels diplômés qui ne trouvent pas d'emploi en tant qu'instituteurs maternels, il est proposé que le diplôme d'instituteur maternel habilite également à l'avenir à l'exercice de la fonction d'assistant en maternelle, dans la mesure où aucun candidat porteur d'un titre supérieur (p. ex., certificat de l'enseignement secondaire dans le domaine de l'éducation, dans le domaine « accueil de groupe d'enfants », certificat d'études dans le domaine de la puériculture, certificat d'études et certificat de qualification de 6^e année de l'enseignement secondaire professionnel dans le domaine « aide familiale », certificat de

garde d'enfants délivré par la KPVDB) n'est disponible sur le marché du travail. Cette adaptation permettra aux instituteurs maternels qui ne trouvent pas d'emploi d'instituteur maternel en Communauté germanophone d'être néanmoins occupés en section maternelle.

L'article 23, 1° à 4°, procède aux adaptations nécessaires dans l'arrêté du 22 avril 1969 relatifs aux titres.

Les article 3, 2°, 60, 2° et 91, 2°, adaptent le statut de l'enseignement communautaire, de l'enseignement libre subventionné et de l'enseignement officiel subventionné.

5. Affectation d'instituteurs primaires en première année d'adaptation dans l'enseignement secondaire (article 24)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2021

Depuis quelques années déjà, le diplôme d'instituteur primaire est considéré comme titre requis pour dispenser des cours généraux dans l'enseignement professionnel ou dans des écoles secondaires spécialisées. C'est surtout dans les écoles techniques et professionnelles que des instituteurs primaires sont souvent affectés dans le niveau différencié afin de dispenser des cours généraux comme l'allemand, les mathématiques ou le français.

Étant donné cependant que la première année d'adaptation ne relève pas de l'enseignement professionnel dans toutes les écoles organisant un niveau différencié, il est proposé d'adapter en conséquence la législation relative aux titres, de sorte qu'à l'avenir, les instituteurs primaires affectés en première année d'adaptation dans l'enseignement général soient également considérés d'emblée comme porteurs du titre requis et puissent accumuler ainsi des jours de service.

L'article 24 procède à l'adaptation nécessaire dans l'arrêté du 22 avril 1969 relatif aux titres.

6. Adaptation des barèmes pour les évaluateurs externes porteurs d'un master (article 117)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Dans le cadre du décret portant des mesures en matière d'enseignement - 2019, la rémunération des inspecteurs scolaires, conseillers en développement scolaire et inspecteurs de religion porteurs d'un master a été revalorisée afin de rendre les postes plus attrayants et de s'assurer que la rémunération de ces personnes ne soit pas inférieure à celle des chargés de mission pédagogique, occupés au niveau I au sein du Ministère. Ils bénéficient désormais non plus de l'échelle de traitement 471, mais de l'échelle 471/I.

Il est maintenant proposé de prévoir la même rémunération pour les évaluateurs externes porteurs d'un master. Pour l'instant, ils bénéficient de l'échelle de traitement 471. Afin de ne pas créer de désavantage concurrentiel et de ne pas diminuer l'attrait des emplois, il est proposé de rémunérer également à l'avenir les évaluateurs externes porteurs d'un master conformément à l'échelle 471/I.

L'article 117 procède à l'adaptation nécessaire dans le décret du 27 juin 2005.

7. Création de la fonction de professeur de harpe dans l'enseignement artistique à horaire réduit (article 1^{er}, 2^o)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2021

À la demande de l'académie de musique de la Communauté germanophone, le Gouvernement propose d'inclure la fonction de recrutement « professeur de harpe » dans la liste des fonctions de recrutement de l'enseignement artistique à horaire réduit.

L'article 1^{er}, 2^o, procède à l'adaptation nécessaire dans l'arrêté du 2 octobre 1968 relatif aux fonctions.

8. Création d'un emploi supplémentaire de chef de département auprès du centre de pédagogie de soutien (articles 1^{er}, 1^o, 8, 9, 21, 30, 1^o et 2^o, 57, 66, 67, 95, 96 et 119)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Depuis quelques années, le centre de pédagogie de soutien organise une école inclusive en collaboration avec la commune de Butgenbach. Dans l'école fondamentale commune de Butgenbach, des cours sont dispensés à la fois à des enfants de l'enseignement ordinaire et à des enfants nécessitant un soutien pédagogique spécialisé. Les cours sont donnés sous la forme d'un enseignement par équipe. En outre, du personnel paramédical est mis à la disposition de l'école pour l'encadrement et le soutien lors de thérapies individuelles.

L'école fondamentale commune est dirigée par la directrice de l'école ordinaire et le directeur du centre de pédagogie de soutien qui coopèrent, ce dernier étant soutenu par une coordinatrice pédagogique pour les écoles inclusives (0,75 ETP) et par un coordinateur paramédical pour les écoles inclusives (0,5 ETP). Les deux coordinateurs appartiennent au personnel du centre de pédagogie de soutien.

Toutefois, la pratique sur le terrain a montré qu'une coordination pédagogique correspondant à 0,75 ETP est insuffisante. Afin de renforcer la direction du côté du centre de pédagogie de soutien, il est dès lors proposé de remplacer l'emploi de la coordinatrice pédagogique par un emploi à temps plein de cheffe de département.

À la suite d'une mesure transitoire, le membre du personnel qui, au cours de l'année scolaire 2019-2020, a occupé la fonction de coordinateur pédagogique pour les écoles inclusives est désigné *ad interim* à la fonction de chef de département du 1^{er} septembre 2020 au 31 décembre 2020. Pendant cette période, il incombera au pouvoir organisateur de lancer officiellement un appel aux candidats pour cet emploi afin que celui-ci puisse être attribué conformément au statut le 1^{er} janvier 2021.

L'article 1^{er}, 1^o, abroge le poste de coordinateur pédagogique pour les écoles inclusives dans l'arrêté royal du 2 octobre 1968 (arrêté relatif aux fonctions).

Les articles 8, 9 et 21 modifient le statut de l'enseignement communautaire du 22 mars 1969. Les dispositions contenues dans ledit décret et concernant le coordinateur pédagogique pour les écoles inclusives sont abrogées. Un régime transitoire prévoit que le

membre du personnel qui, au cours de l'année scolaire 2019-2020, a revêtu la fonction de coordinateur pédagogique pour les écoles inclusives est désigné *ad interim* à la fonction de chef de département du 1^{er} septembre 2020 au 31 décembre 2020.

L'article 30, 1^o et 2^o, abroge les dispositions relatives au coordinateur pédagogique contenues dans l'arrêté royal du 15 janvier 1974 (relatif aux congés).

L'article 44 fixe, dans le décret relatif au capital emplois dans l'enseignement spécialisé (décret du 27 juin 1990), les normes pour la création d'un quatrième emploi de chef de département. L'article 43 abroge dans le même décret les dispositions relatives à la création d'un emploi dans la fonction de coordinateur pédagogique pour les écoles inclusives.

L'article 57 abroge les dispositions relatives au coordinateur pédagogique contenues dans le décret organique du 31 août 1998.

Les articles 66 et 67 modifient le statut de l'enseignement libre subventionné du 14 décembre 1998. Les dispositions contenues dans ledit décret et concernant le coordinateur pédagogique pour les écoles inclusives sont abrogées.

Les articles 95 et 96 modifient le statut de l'enseignement officiel subventionné du 29 mars 2004. Les dispositions contenues dans ledit décret et concernant le coordinateur pédagogique pour les écoles inclusives sont abrogées.

L'article 119 abroge les dispositions relatives au coordinateur pédagogique dans le décret du 21 avril 2008.

9. Pécule de vacances et prime de fin d'année (articles 39 et 120)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Par la présente mesure, le Gouvernement propose d'harmoniser les types de congé pris en considération pour calculer le pécule de vacances et la prime de fin d'année. Cette disposition fait partie de l'accord sectoriel 2019-2024.

Jusqu'à présent, les périodes d'interruption de carrière pour congé parental et de congé de maternité ont été incluses dans le calcul du pécule de vacances, mais pas celles pour congé parental classique.

Pour déterminer la prime de fin d'année, les périodes de congé parental classique et – bien que cela ne soit pas explicitement mentionné dans l'arrêté royal du 23 octobre 1979 – les périodes de congé de maternité ont été prises en considération. En revanche, les périodes d'interruption de carrière pour congé parental ne l'ont pas été jusqu'à présent.

Les amendements proposés visent un rapprochement des types de congé pris en considération lors du calcul de la prime de fin d'année et du pécule de vacances. La législation est adaptée de telle sorte que, désormais, le congé de maternité, l'interruption de carrière pour congé parental et le congé parental classique seront pris en considération tant pour calculer le pécule de vacances que pour déterminer la prime de fin d'année.

L'article 39 adapte la base de calcul pour la prime de fin d'année dans l'arrêté royal du 23 octobre 1979.

L'article 120 procède à cette modification dans le décret du 21 avril 2008 pour le pécule de vacances.

10. Adaptation des dispositions concernant l'imputation de jours de maladie pendant la reprise à temps partiel (article 90)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Le Gouvernement propose d'adapter les dispositions concernant l'imputation de jours de maladie pendant la reprise à temps partiel. Il s'agit de la mise en œuvre d'une action prévue dans l'accord sectoriel 2019-2024.

La reprise à temps partiel introduite il y a quelques années permet à des membres du personnel, absents pendant au moins trois mois pour cause de maladie, de reprendre le service à temps partiel, dans la mesure où le médecin contrôle, le médecin traitant et l'employeur marquent à l'avance leur accord quant à cette reprise. La reprise à temps partiel s'effectue sur la base d'un plan individuel de reprise. Au début, au moins deux heures de cours ou de travail devront être prestées. Une augmentation progressive du nombre d'heures par semaine interviendra ensuite sur la base d'une concertation entre le membre du personnel, l'employeur et le médecin contrôle. Cette reprise prend fin après une période de six mois au plus.

Au cours de la reprise à temps partiel, le membre du personnel est considéré comme absent pour cause de maladie, et les jours de maladie sont déduits en continu de son quota aussi longtemps que celui-ci n'est pas épuisé.

Le Gouvernement propose qu'à l'avenir, au cours de la reprise à temps partiel, aucun jour de maladie ne soit déduit du quota disponible pour chaque jour où le membre du personnel :

- preste au moins trois heures de travail dans le cadre de la reprise, à condition que plus de trois heures de travail soient prestées ce jour-là sur la base de son horaire normal;
- preste au moins une heure de travail dans le cadre de la reprise, à condition que trois heures de travail ou moins soient prestées ce jour-là sur la base de son horaire normal.

L'article 90 procède aux adaptations correspondantes dans le décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes dans l'enseignement - 2003.

11. Adaptation des dispositions relatives au remplacement en cas d'absence (article 89)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

En application de la législation, un membre du personnel ne peut être remplacé que s'il est absent pendant plus de cinq jours ouvrables consécutifs.

Pour s'occuper d'enfants ayant des besoins spécifiques médicalement justifiés, des membres du personnel sont, dans des cas individuels et après autorisation ministérielle, engagés afin de s'occuper de ces enfants qui, pour des raisons médicales, doivent bénéficier d'un encadrement individuel. Si ces membres du personnel sont absents pour cause de maladie, les enfants concernés doivent souvent rester chez eux étant donné que l'école, au niveau du personnel, n'est pas en mesure d'assurer correctement et sans risque

la tâche du membre du personnel absent. Étant donné qu'il est inadmissible qu'un enfant soumis à l'obligation scolaire ne puisse fréquenter l'école parce qu'un membre du personnel est absent, le Gouvernement propose de modifier la réglementation relative au remplacement en cas d'absence de manière qu'un membre du personnel engagé sur autorisation ministérielle pour assurer l'encadrement individuel d'un enfant ayant des besoins spécifiques médicalement justifiés puisse être immédiatement remplacé, à savoir dès le premier jour d'absence.

L'article 89 apporte les adaptations correspondantes dans le décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes dans l'enseignement - 2003.

12. Adaptation des dispositions relatives au congé parental (article 104)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Le Gouvernement propose que le congé parental classique, pour l'instant uniquement octroyé à temps plein pour un maximum de quatre mois si le membre du personnel a un enfant qui n'a pas 18 ans accomplis, puisse à l'avenir être sollicité soit pour quatre mois à temps plein, soit pour huit mois à mi-temps.

Comme jusqu'à présent, le congé peut être réparti, c'est-à-dire que les quatre ou huit mois, selon le cas, ne doivent pas nécessairement être pris en une fois. Il est en outre possible de prendre le congé en partie à temps plein et en partie à mi-temps (par exemple, deux mois de congé à temps plein et quatre à mi-temps), étant entendu que la durée maximale, convertie en temps plein, ne peut dépasser la durée totale admissible de quatre mois.

Le congé parental à temps plein est accordé pour des périodes d'au moins un mois, et le congé parental à temps partiel pour des périodes d'au moins deux mois. Le congé peut être accordé pour des périodes plus courtes. Dans ce cas, un mois à temps plein ou deux à mi-temps, selon le cas, sont cependant déduits des quatre à temps plein ou huit à temps partiel disponibles.

L'article 104 apporte les adaptations correspondantes dans le décret du 6 juin 2005 portant des mesures dans l'enseignement - 2005.

13. Augmentation barémique pour le personnel ouvrier (article 121)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2021.

Il a été convenu dans l'accord sectoriel 2019-2024 d'augmenter de 2 % les traitements du personnel ouvrier au 1^{er} janvier 2021. Le Gouvernement propose de transposer cette mesure en adaptant le décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant.

L'article 121 adapte les valeurs barémiques dans le décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant.

14. Adaptation de la prime pour le coordinateur pour le domaine « sciences sanitaires » auprès de Kaleido Ostbelgien (articles 133 et 134)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2020

Conformément au décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, Kaleido Ostbelgien est notamment compétent pour la prévention de la propagation de maladies infectieuses dans la tranche d'âge 0-20 ans. Jusqu'à l'année scolaire 2018-2019, cette attribution n'a porté « que » sur la tranche d'âge 3-20 ans; depuis le 1^{er} septembre 2019, la petite enfance (0-3 ans) a été ajoutée.

Il va de soi que les maladies contagieuses ne suivent pas les horaires d'ouverture d'un organisme ou les temps de travail habituels du personnel. C'est pourquoi une grande flexibilité est nécessaire, étant donné que les mesures correspondantes doivent parfois être prises très rapidement (par exemple, dans le cas d'une méningite).

Jusqu'à présent, c'est la coordinatrice pour le domaine « sciences sanitaires » qui est responsable à cet égard auprès de Kaleido. Pour ce service de garde, elle ne perçoit aucune rétribution. Étant donné que, maintenant, Kaleido prend également en charge ce domaine d'activité pour la petite enfance, il est temps de procéder à cette rectification et d'honorer cette importante activité. C'est pourquoi le Gouvernement propose de porter l'ancienne allocation mensuelle de la coordinatrice pour le domaine « sciences sanitaires » de 357,09 € (bruts, non indexés) à 616,15 € (bruts, non indexés). Il est précisé que le montant de la prime perçue par un coordinateur auprès de Kaleido est proportionnellement réduit dans le cas d'un emploi à temps partiel.

Les articles 133 et 134 adaptent, dans le décret du 31 mars 2014, le montant de l'indemnité que le coordinateur pour le domaine « sciences sanitaires » perçoit.

15. Adaptation des conditions en matière de titres pour les maîtres spéciaux dans l'enseignement fondamental (articles 22, 1^o à 5^o, et 103)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2021

Le Gouvernement propose d'adapter les titres requis pour les maîtres spéciaux de morale non confessionnelle, de sport et de première langue étrangère dans l'enseignement fondamental. Jusqu'ici, seuls les instituteurs primaires disposant d'une formation complémentaire correspondante ou les agrégés pour l'enseignement secondaire inférieur dans la discipline correspondante ou disposant de la formation complémentaire ont accès à ces fonctions. Les instituteurs maternels disposant d'une formation complémentaire en éthique sont également porteurs du titre requis pour la fonction de maître de morale non confessionnelle.

Le Gouvernement propose d'adapter les titres requis de manière que les agrégés de l'enseignement secondaire supérieur dans la discipline concernée ou, selon le cas, disposant d'une formation complémentaire correspondante aient également accès à ces trois fonctions.

L'article 22, 1^o à 5^o, procède aux adaptations nécessaires dans l'arrêté du 22 avril 1969 relatif aux titres.

L'article 103 procède aux adaptations nécessaires dans le décret du 19 avril 2004.

16. Emploi d'adjoint auprès de la haute école autonome (article 118)

Entrée en vigueur : Date d'adoption

Étant donné que la Haute école autonome (HEA) a été chargée d'élaborer un nouveau cursus de bachelor en animation de la jeunesse et en travail social, l'école dispose, à la suite d'une adaptation décrétaie, d'un emploi supplémentaire d'adjoint, qui représente 0,8 équivalent temps plein, et ce, depuis le 1^{er} juillet 2018. Il s'agit d'un emploi à durée déterminée, pouvant être organisé jusqu'au 31 décembre 2020. La mission de l'adjoint consiste non seulement à élaborer le contenu du nouveau cursus de bachelor et à organiser celui-ci, mais aussi à élaborer le contenu d'une formation correspondante d'accompagnateur de stage et à organiser celle-ci. Cet emploi supplémentaire est occupé depuis janvier 2019.

Étant donné que – notamment en raison des retards pris dans l'occupation de l'emploi – la mise en œuvre de la première année d'études ne pourra vraisemblablement commencer qu'en septembre 2021 et qu'il faut encore, en outre, assurer une série de tâches après le lancement de la formation (par exemple, l'accréditation), le Gouvernement propose d'adapter la législation de sorte que l'emploi supplémentaire d'adjoint ne soit pas mis à la disposition de la HEA avant le 31 décembre 2020, comme prévu, mais d'ici le 31 décembre 2022.

L'article 118 procède aux adaptations nécessaires dans le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome.

17. Évaluation du directeur et des chefs de département de la HEA (articles 112 et 114)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Le Gouvernement propose d'adapter le statut de la HEA de manière que les chefs de département et le directeur de la HEA ne doivent plus être évalués tous les deux ans, mais au moins tous les cinq ans. Cette modification s'effectue par analogie avec les dispositions déjà applicables depuis longtemps aux chefs de département, sous-directeurs et chefs d'établissement de l'enseignement secondaire ordinaire.

18. Adaptation des conditions d'accès aux fonctions de chef d'établissement dans l'enseignement fondamental (articles 16, 74, 100 et 122 à 125)

Entrée en vigueur : Date d'adoption du décret, à l'exception des articles 122 à 125, lesquels entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2020.

Pour l'instant, la fonction de chef d'établissement dans le fondamental est uniquement accessible aux personnes porteuses du diplôme d'instituteur primaire, d'instituteur maternel, de régent (AESI) ou d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur (AESS) ou au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du second degré dans le domaine pédagogique.

Étant donné qu'il s'avère de plus en plus difficile, dans l'enseignement fondamental, de trouver des candidats chef d'établissement, un assouplissement de la législation est recherché et il est proposé, par analogie avec l'enseignement secondaire, que la fonction de chef d'établissement soit à l'avenir accessible à toutes les personnes porteuses au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré (graduat/bachelor).

Parallèlement, il est prévu que des personnes occupant la fonction de chef d'établissement, mais n'ayant pas de formation pédagogique, devront suivre un module complémentaire dans le cadre de la formation spécialisée de chef d'établissement afin d'être également en mesure de développer les cours avec les connaissances de base *ad hoc*.

Les articles 121sexies, § 3, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire et l'article 69.5, § 3, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné prévoient que la désignation du chef d'établissement prend fin d'office lorsque le chef d'établissement, pendant cette période, n'a pas réussi une formation spécifique de chef d'établissement reconnue par le Gouvernement. Ces articles prévoient également que le Gouvernement soumet au Parlement pour approbation les éléments essentiels d'une formation spécialisée.

Dans ce contexte, le Gouvernement propose que les chefs d'établissement ne disposant pas de formation pédagogique suivent obligatoirement un module complémentaire dans le cadre de leur formation spécialisée. Les éléments essentiels dudit module sont fixés dans l'annexe du projet de décret.

Par ailleurs, les chefs d'établissement de l'enseignement secondaire ne disposant pas de formation pédagogique doivent également suivre un module complémentaire dans le cadre de leur formation spécialisée.

Les éléments essentiels de ces modules complémentaires ont été fixés après examen et analyse des formations pédagogiques de base existant en Belgique et à l'étranger pour des profils aux exigences comparables. Ont été également prises en compte les exigences pédagogiques actuellement en vigueur pour les chefs d'établissement en Communauté germanophone.

L'article 16 modifie les conditions d'accès pour la fonction de chef d'établissement dans l'enseignement communautaire.

L'article 74 modifie les conditions d'accès pour la fonction de chef d'établissement dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 100 modifie les conditions d'accès pour la fonction de chef d'établissement dans l'enseignement officiel subventionné.

Les articles 122, 123 et 124 modifient le décret du 25 mai 2009 et y insèrent les modules complémentaires pour les chefs d'établissement de l'enseignement fondamental et secondaire ne disposant pas de formation pédagogique, ainsi que leur définition.

19. Évaluation des secrétaires de direction (articles 7 et 65)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

En matière d'évaluation, les mêmes dispositions que pour toutes les autres fonctions de sélection dans l'enseignement s'appliquent aux secrétaires de direction, à savoir qu'ils sont évalués au moins tous les cinq ans par le chef d'établissement, et que l'évaluation prend la

forme d'un rapport d'évaluation, et ce, après qu'un entretien d'évaluation a eu lieu entre le chef d'établissement et le secrétaire de direction.

La législation prévoit en outre que le secrétaire de direction doit, en amont de l'évaluation, rédiger un rapport dans lequel il présente un bilan de son activité au cours des dernières années et formule des propositions pour la poursuite du développement scolaire. Ce rapport servira de base à l'entretien d'évaluation. Il s'avère toutefois que cette formalité a peu de sens pour la fonction de secrétaire de direction, qui assure prioritairement des tâches administratives et ne participe pas directement au développement de l'école et des cours. Le Gouvernement propose dès lors d'adapter la législation afin que l'évaluation du secrétaire de direction s'opère sans présentation d'un tel rapport écrit.

L'article 7 procède à cette modification dans le statut de l'enseignement communautaire.

L'article 65 procède à cette modification dans le statut de l'enseignement libre subventionné.

Le statut de l'enseignement officiel subventionné ne doit pas être modifié.

20. Adaptation du capital périodes attribué au centre de pédagogie de soutien (article 42)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Depuis l'année scolaire 2004-2005, l'Institut Robert Schuman occupe, sous forme d'heures TCS, un professionnel chargé de l'encadrement en cas de difficultés de lecture et d'écriture. Le membre du personnel est chargé de mener des tests dans le domaine de l'acquisition de la langue écrite auprès de tous les élèves du premier degré et d'accomplir des tâches de conseil et de coordination dans le domaine de la promotion de la lecture et de l'écriture. Ce professionnel élabore, spécifiquement pour le niveau différencié, des plans de soutien, des mesures de soutien toutes classes confondues, les met en œuvre et crée du matériel de soutien individuel. Il accompagne et conseille par ailleurs les professeurs d'allemand de tous les niveaux et accorde une aide à l'élaboration et la mise en œuvre de mesures de compensation en ce qui concerne la langue écrite. Étant donné que le RSI n'a pas de fonction équivalente pour cette activité, le membre du personnel n'a aucune perspective quant à l'obtention d'un contrat à durée indéterminée ou d'une nomination à titre définitif.

Étant donné que la mise à disposition de personnel qualifié en vue d'assurer le soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires relève de la compétence du centre de pédagogie de soutien (ZFP), le Gouvernement propose – en vue de corriger la situation statutaire – d'augmenter d'une unité le capital emplois dudit centre et d'y affecter désormais le membre du personnel en question, afin qu'il puisse, à l'avenir, exercer les tâches susmentionnées auprès du RSI en tant que membre du personnel du ZFP.

L'article 43 procède à cette modification dans le décret du 27 juin 1990.

21. Adaptation des conditions d'accès à la fonction d'assistant médiathécaire (article 23, 5° à 7°)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

À la demande de la Haute école autonome, le Gouvernement propose d'adapter les titres pour l'assistant médiathécaire. Actuellement, le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur et le graduat/bachelor en bibliothéconomie complété par un titre pédagogique, donnent accès à cette fonction. Il est proposé de modifier la législation de sorte que l'assistant médiathécaire doive également être porteur d'un certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire, délivré par une école supérieure de la Communauté germanophone ou de toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement. Il est en outre proposé de définir également, en plus des diplômes susmentionnés, le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur, complété par le certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire, comme titre requis pour la fonction d'assistant médiathécaire.

L'article 23, 5° à 7°, procède à cette modification dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

**22. Licenciement de membres du personnel à la suite d'une évaluation négative
(articles 4, 5, 17, 18, 28, 29, 61, 63, 75, 76, 93, 94, 99, 101, 102, 108, 110, 111,
113, 115, 128, 130, 131 et 132)**

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Pour l'instant, un membre du personnel nommé ou engagé à titre définitif, selon le cas, est licencié d'office lorsqu'il a obtenu, au cours de deux années scolaires consécutives, un rapport d'évaluation portant la mention « insuffisant ». Un membre du personnel désigné ou, selon le cas, engagé à durée indéterminée est licencié d'office lorsqu'il a obtenu un rapport d'évaluation portant la mention « insuffisant » et avait déjà, au cours de l'année scolaire précédente, obtenu un rapport avec la mention « insatisfaisant » ou « insuffisant ». Afin de garantir la qualité, le Gouvernement propose d'adapter cette règle de manière qu'un membre du personnel désigné ou, selon le cas, engagé à durée indéterminée ou nommé ou, selon le cas, engagé à titre définitif soit à l'avenir licencié lorsqu'il reçoit un rapport d'évaluation portant la mention « insatisfaisant » ou « insuffisant » après avoir déjà reçu, au cours de l'année scolaire précédente, un rapport d'évaluation portant la mention « insuffisant » ou « insatisfaisant ».

Pour les membres du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion, leur désignation ou leur engagement, selon le cas, prend fin lorsqu'ils reçoivent un rapport d'évaluation portant la mention « insuffisant ». Le Gouvernement propose d'adapter cette règle de manière que la désignation ou l'engagement, selon le cas, se termine à l'avenir lorsque le membre du personnel obtient un rapport d'évaluation portant la mention « insatisfaisant » ou « insuffisant ».

Les articles 4, 5, 17 et 18 procèdent à cette modification dans le statut de l'enseignement communautaire :

- L'article 4 concerne les membres du personnel désignés à durée indéterminée.
- L'article 5 concerne les chefs de département.
- L'article 17 concerne les chefs d'établissement.
- L'article 18 concerne les membres du personnel nommés à titre définitif.

Les articles 28 et 29 procèdent à cette modification dans le statut des maîtres et professeurs de religion dans l'enseignement communautaire :

- L'article 28 concerne les membres du personnel désignés à durée indéterminée.

- L'article 29 concerne les membres du personnel nommés à titre définitif.

Les articles 61, 63, 75 et 76 apportent ces modifications dans le statut de l'enseignement libre subventionné.

- L'article 61 concerne les membres du personnel désignés à durée indéterminée.
- L'article 63 concerne les chefs de département.
- L'article 75 concerne les chefs d'établissement.
- L'article 76 concerne les membres du personnel engagés à titre définitif.

Les articles 93, 94, 99, 101 et 102 apportent ces modifications dans le statut de l'enseignement officiel subventionné.

- L'article 93 concerne les membres du personnel désignés à durée indéterminée.
- L'article 94 concerne le secrétaire administratif en chef.
- L'article 99 concerne le directeur d'académie.
- L'article 101 concerne les chefs d'établissement.
- L'article 102 concerne les membres du personnel nommés à titre définitif.

Les articles 108, 110, 111, 113 et 115 procèdent à ces modifications dans le statut de la HEA.

- L'article 108 concerne les membres du personnel désignés à durée indéterminée.
- L'article 110 concerne les membres du personnel nommés à titre définitif.
- L'article 111 concerne les chefs de département.
- L'article 113 concerne le directeur.
- L'article 115 concerne les chargés de recherches, les évaluateurs externes et les adjoints.

L'article 128 procède à cette modification dans le statut des inspecteurs scolaires, conseillers en développement scolaire et adjoints pour l'inclusion et l'intégration.

Les articles 130, 131 et 132 procèdent à ces modifications dans le statut de Kaleido.

- L'article 130 concerne les membres du personnel désignés à durée indéterminée.
- L'article 131 concerne les membres du personnel nommés à titre définitif.
- L'article 132 concerne les fonctions de sélection et de promotion.

23. Autorité du directeur de la HEA envers les adjoints, chargés de recherches et évaluateurs externes (article 116)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Le Gouvernement propose de préciser dans la législation relative à la Haute école autonome que les adjoints, chargés de recherches et évaluateurs externes relèvent directement du directeur et que celui-ci a autorité sur eux. Pour l'évaluation externe, il était certes déjà prévu dans le statut de la haute école que le département « Évaluation externe » relève du directeur. Par la présente adaptation, cette autorité est maintenant aussi ancrée dans le statut des personnes concernées.

L'article 116 procède à cette modification dans l'article 5.105.8 du décret du 27 juin 2005.

24. Adaptation du délai de candidature dans le statut de l'enseignement officiel subventionné (article 92)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2021

Le statut de l'enseignement officiel subventionné (EOS) exige, dans le cadre de la procédure de recrutement, que les candidats souhaitant faire valoir leur priorité pour l'année scolaire suivante doivent introduire leur candidature auprès du pouvoir organisateur pour le 31 mai au plus tard. Pour pouvoir s'atteler assez tôt à la planification et à l'organisation de l'année scolaire suivante, le Gouvernement propose, à la demande de l'EOS, d'avancer au 30 avril le délai de candidature dans cet enseignement.

L'article 92 apporte la modification dans le statut de l'enseignement officiel subventionné.

25. Corrections de texte (Articles 6, 64 et 109)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

L'article 6 corrige un renvoi au statut de l'enseignement communautaire en ce qui concerne la fonction de cadre intermédiaire.

L'article 64 corrige un renvoi dans le statut de l'enseignement libre subventionné en ce qui concerne la fonction de cadre intermédiaire.

L'article 109 procède à une correction de texte en ce qui concerne le calcul de l'ancienneté dans le statut des membres du personnel de la Haute école autonome.

26. Composition du conseil d'administration de l'IAWM (article 46)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2020

La fédération des employeurs en Communauté germanophone s'est adressée à plusieurs reprises au Ministre et à l'IAWM pour proposer sa collaboration constructive au sein du conseil d'administration de ce dernier. Le Gouvernement propose dès lors d'élargir le conseil d'administration à un membre ayant voix délibérative proposé par les organisations interprofessionnelles d'employeurs.

Si l'association professionnelle ou interprofessionnelle a son siège en Communauté germanophone, elle doit prouver qu'elle est affiliée à une fédération nationale qui remplit les conditions énoncées à l'article 3 ou 4 de la loi du 24 avril 2014 relative à l'organisation de la représentation des indépendants et des PME (anciennement, lois relatives à l'organisation des Classes moyennes, coordonnées par l'arrêté royal du 28 mai 1979).

L'article 46 procède à cette modification dans le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME.

27. Obligation scolaire à partir de cinq ans (articles 49, 50, 51, 55, 56, 59, 79, 80, 81, 82, 84, 85, 86 et 88)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Le 14 mars 2019, la Chambre a approuvé la prolongation de l'obligation scolaire en ce sens qu'à partir du 1^{er} septembre 2020, les enfants de cinq ans seront également soumis à l'obligation scolaire (modification de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire).

Cette loi entraîne quelques modifications dans les décrets de la Communauté germanophone, les aspects suivants étant concernés : les normes de création, la structure et les conditions d'admission de l'enseignement fondamental ordinaire et spécialisé, l'offre d'un cours de religion ou de morale non confessionnelle pour les élèves de maternelle soumis à l'obligation scolaire, et ce, conjointement avec l'école primaire ainsi que les exigences mises à l'enseignement à domicile et le contrôle de ce dernier.

L'article 49 concerne l'enseignement fondamental ordinaire et établit que, par l'abaissement de la scolarité obligatoire à cinq ans, des enfants soumis à l'obligation scolaire fréquentent désormais aussi la section maternelle. C'est pourquoi la formulation est adaptée et la différenciation se fait en fonction de l'âge et non plus de l'obligation de fréquentation scolaire. Étant donné que l'obligation scolaire est maintenant aussi étendue aux enfants de cinq ans, la fréquentation de l'école primaire est définie comme étant liée à l'âge de six ans accomplis et non plus au début de la scolarité obligatoire. Si, par dérogation à la fréquentation scolaire régulière, un enfant de cinq ans fréquente l'école primaire ou un enfant de six ans la section maternelle, il faut, dans ce cas aussi opérer, une distinction d'après l'âge étant donné que les enfants sont désormais, dans les deux cas, soumis à l'obligation scolaire.

L'article 50 concerne l'enseignement fondamental spécialisé et établit que, par l'abaissement de l'obligation scolaire à cinq ans, des enfants soumis à l'obligation scolaire fréquentent désormais aussi la section maternelle. C'est pourquoi la formulation est adaptée et la différenciation se fait en fonction de l'âge et non plus de l'obligation de fréquentation scolaire. Étant donné que l'obligation scolaire est maintenant aussi étendue aux enfants de cinq ans, la fréquentation de l'école primaire est définie comme étant liée à l'âge de six ans accomplis et non plus au début de la scolarité obligatoire.

L'article 50, 3^o, concerne l'enseignement fondamental spécialisé et dispose que : si, par dérogation à la fréquentation scolaire régulière, un enfant de six ans fréquente la section maternelle, il faut dans ce cas préciser son âge plutôt que l'obligation de fréquenter l'école, étant donné qu'il est désormais soumis à l'obligation scolaire dès l'âge de cinq ans.

L'article 51 porte sur l'enseignement de l'une des religions reconnues et sur celui de la morale non confessionnelle. L'article 24, § 1^{er}, de la Constitution belge prévoit que : « Les écoles organisées par les pouvoirs publics offrent, jusqu'à la fin de l'obligation scolaire, le choix entre l'enseignement d'une des religions reconnues et celui de la morale non confessionnelle. »

L'article 24, § 3, de la Constitution belge prévoit que : « Chacun a droit à l'enseignement dans le respect des libertés et droits fondamentaux. L'accès à l'enseignement est gratuit jusqu'à la fin de l'obligation scolaire. Tous les élèves soumis à l'obligation scolaire ont droit, à charge de la communauté, à une éducation morale ou religieuse. »

En raison de l'abaissement de l'obligation scolaire, il faut également offrir aux enfants de cinq ans la possibilité de suivre un cours de religion ou de morale non confessionnelle. Le décret organique détermine dès lors que les élèves de maternelle soumis à l'obligation scolaire peuvent bénéficier d'une telle offre à la demande des personnes chargées de leur éducation. Dans ce cas, celles-ci communiquent leur choix à cet égard par écrit lors de l'inscription.

Dans son avis n° 62.493/VR/1, le conseil d'État relativise et constate que plusieurs possibilités peuvent être appliquées pour la mise en œuvre de cette règle

constitutionnelle par les communautés. La Constitution ne prévoit pas de mise en œuvre concrète.

Indépendamment de l'abaissement de l'obligation scolaire à cinq ans, la Communauté flamande a déjà formulé dans l'article 13 du décret du 25 février 1997 relatif à l'enseignement fondamental une telle règle pour les enfants soumis à l'obligation scolaire qui fréquentent encore la section maternelle : les enfants soumis à l'obligation scolaire qui fréquentent encore une section maternelle peuvent suivre les cours de religion ou de morale non confessionnelle au sein de l'école primaire choisie par les personnes chargées de leur éducation. Ainsi, si les parents souhaitent que leur enfant fréquentant la section maternelle et soumis à l'obligation scolaire, suive un cours de religion, les enfants peuvent le faire au sein de l'école primaire.

L'article 55 concerne les exigences imposées pour l'enseignement à domicile. Par l'abaissement de l'obligation scolaire à cinq ans, la possibilité de l'enseignement à domicile est également étendue aux enfants de cinq ans. Toutefois, étant donné qu'aucune compétence, mais des objectifs de développement doivent être atteints en section maternelle, ces objectifs de développement valent aussi pour l'enseignement à domicile. Les alinéas 1^{er} et 2 de l'article à modifier le sont de manière que les objectifs de développement de la section maternelle soient également repris.

L'article 56 concerne le plan de travail en cas d'enseignement à domicile. Pour chaque enfant qui suit un enseignement à domicile, il faut établir, conformément au chapitre VIII^{quater} du décret relatif à l'enseignement à domicile, un plan de travail individuel reprenant les processus d'apprentissage et les calendriers. Étant donné que les compétences à atteindre sont également reprises pour les élèves de l'enseignement primaire et secondaire, il faut mentionner les objectifs de développement à atteindre par les enfants de maternelle soumis à l'obligation scolaire.

L'article 59 fixe dans le décret organique une disposition transitoire prévoyant que, du 1^{er} septembre 2020 au 31 août 2024, les enfants entre trois et cinq ans seront admis en section maternelle. Voir également la mesure « Report de 2021 à 2024 de l'abaissement à deux ans et six mois de l'âge d'entrée en section maternelle (articles 87 et 135) ».

L'article 79 porte sur les conditions d'admission en section maternelle. La formulation « non encore soumis à l'obligation scolaire » est supprimée, étant donné que désormais, des enfants soumis à l'obligation scolaire fréquentent également la section maternelle. En outre, l'âge est limité afin de définir que des enfants admis à l'école primaire ne peuvent plus fréquenter la section maternelle.

L'article 80 concerne la fréquentation prolongée de la section maternelle. En ce qui concerne la fréquentation prolongée de la section maternelle, il faut parler d'un enfant de six ans et non plus d'un enfant « soumis à l'obligation scolaire pendant la première année ».

L'article 81 concerne l'entrée précoce à l'école primaire. L'entrée précoce à l'école primaire ne sera plus définie que par l'âge de l'enfant étant donné qu'il est déjà soumis à l'obligation scolaire dès cinq ans. C'est pourquoi les mots « non soumis à l'obligation scolaire » sont supprimés.

L'article 82 concerne la création d'une école primaire. Étant donné que, par l'abaissement de l'obligation scolaire, les élèves de l'enseignement primaire âgés de cinq ans sont également soumis à l'obligation scolaire, les mots « soumis à l'obligation scolaire » sont superflus et supprimés, puisque que tous les élèves réguliers de l'enseignement

primaire sont comptabilisés pour la création d'une école primaire.

L'article 84 porte sur l'organisation du cours de religion ou de morale non confessionnelle. En raison de l'abaissement de l'obligation scolaire, il faut – selon l'article 24 de la Constitution belge – offrir désormais aussi la possibilité de suivre un cours de religion ou de morale non confessionnelle aux élèves de maternelle soumis à l'obligation scolaire. Étant donné que cette possibilité est offerte, en option, aux élèves de maternelle soumis à l'obligation scolaire à la demande des personnes chargées de leur éducation, il est nécessaire d'insérer un second alinéa.

L'article 85 porte sur l'organisation du cours de religion ou de morale non confessionnelle. Les élèves de maternelle assisteront aux cours de religion ou de morale non confessionnelle conjointement avec les élèves de l'enseignement primaire.

Par conséquent, les élèves de maternelle qui suivent l'un de ces cours doivent aussi être pris en compte pour définir le capital emplois pour les cours de religion ou de morale non confessionnelle. Ils sont donc comptabilisés avec les élèves du premier degré pour établir le capital emplois.

L'article 86 concerne l'utilisation des périodes de cours de religion et de morale non confessionnelle. En ce qui concerne l'utilisation des périodes de cours de religion et de morale non confessionnelle, les élèves de maternelle soumis à l'obligation scolaire seront également pris en considération.

L'article 88 fixe dans le décret organique une disposition transitoire prévoyant que, du 1^{er} septembre 2020 au 31 août 2024, les enfants entre trois et cinq ans seront admis en section maternelle. Voir également la mesure « Report de 2021 à 2024 de l'abaissement à deux ans et six mois de l'âge d'entrée en section maternelle (articles 87 et 135) ».

28. Élargissement des missions de la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration à la formation dans les classes moyennes (articles 126 et 127)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Actuellement, la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration intervient seulement à la demande des chefs d'établissement et pouvoirs organisateurs. Les directeurs des centres pour la formation et la formation continue devraient cependant avoir la possibilité de solliciter les services de la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration afin que les apprentis soient également pris en considération.

C'est pourquoi le Gouvernement propose de préciser en ce sens les articles 15.1 et 15.3 du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, à la guidance en développement scolaire et à la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration.

Les articles 126 et 127 procèdent à ces modifications dans le décret du 25 juin 2012.

29. Report de 2021 à 2024 de l'abaissement à deux ans et six mois de l'âge d'entrée en section maternelle (articles 87 et 135)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

L'abaissement de l'âge d'entrée en section maternelle à deux ans et demi est reporté du 1^{er} septembre 2021 au 1^{er} septembre 2024.

Les besoins en matière d'accueil d'enfants doivent être satisfaits à moyen et à long terme, et les enfants de deux ans et demi doivent aussi bénéficier d'une offre de qualité dans un cadre adapté. De nombreuses écoles, pouvoirs organisateurs et un groupe de travail mis spécialement en place ont commencé les préparatifs en vue de la mise en œuvre de l'abaissement pour l'année scolaire 2021, afin d'élaborer de nouveaux concepts ainsi que des aides et de créer les conditions infrastructurelles et pédagogiques nécessaires. Quelques écoles et pouvoirs organisateurs ont toutefois indiqué qu'il faut encore surmonter des obstacles, tant physiques que conceptuels et organisationnels. Par ailleurs, aucun concept pédagogique n'a encore été développé pour les enfants de deux ans et demi. Face à ce constat, certains acteurs ont prié le Gouvernement de leur accorder plus de temps sur le terrain afin de préparer un accompagnement optimal des enfants de deux ans et demi.

Le report de l'abaissement à deux ans et demi de l'âge d'entrée à la maternelle a entraîné quelques modifications dans les décrets de la Communauté germanophone, modifications qui concernent les conditions d'accès à l'école maternelle ainsi que les normes d'octroi du capital emplois dans la fonction d'assistant en maternelle.

L'article 87 modifie le décret relatif à l'enseignement fondamental ordinaire. Étant donné que l'abaissement à deux ans et demi de l'âge d'entrée à la maternelle est reporté du 1^{er} septembre 2021 au 1^{er} septembre 2024 et que le nombre d'assistants en maternelle nécessaires est lié à cet abaissement, les dispositions transitoires concernant l'octroi du capital emplois dans la fonction d'assistant en maternelle sont également reportées ou, selon le cas, prolongées de trois ans.

L'article 135 modifie l'entrée en vigueur dans le décret du 25 juin 2018 créant la fonction d'assistant en maternelle dans les écoles fondamentales ordinaires et abaissant à deux ans et six mois l'âge d'entrée en section maternelle. L'article 25 du même décret du 25 juin 2018 régit l'entrée en vigueur des articles 7 et 13, qui portent sur l'abaissement de l'âge d'entrée en maternelle. En raison du report, du 1^{er} septembre 2021 au 1^{er} septembre 2024, de l'abaissement de l'âge d'entrée en maternelle à deux ans et demi, l'entrée en vigueur des articles 7 et 13 du décret du 25 juin 2018 créant la fonction d'assistant en maternelle dans les écoles fondamentales ordinaires et abaissant à deux ans et demi l'âge d'entrée en section maternelle doit être modifiée.

Cela signifie que les modifications des conditions d'accès à l'école maternelle dans l'enseignement fondamental spécialisé (article 7) et dans l'enseignement fondamental ordinaire (article 13) n'entreront en vigueur qu'en 2024 et que, par conséquent, seront admis en maternelle les enfants qui seront âgés d'au moins deux ans et six mois.

30. Adaptation du calcul du capital emplois pour la fonction de commis-dactylographe (article 35, 2°)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Conformément à l'article 3, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire, une école secondaire obtient un emploi dans la fonction de

commis-dactylographe à partir de 240 élèves; un emploi dans la fonction de secrétaire de direction n'est octroyé qu'à partir de 400 élèves.

Le commis-dactylographe est un auxiliaire occupé dans le domaine du secrétariat. Pour l'instant, le certificat de l'enseignement secondaire inférieur (enseignement moyen) donne accès à la fonction de commis-dactylographe. Étant donné qu'entre-temps, une qualification supérieure peut être nécessaire afin de satisfaire aux exigences que rencontrent également les petits établissements secondaires au niveau administratif, il est proposé que l'emploi dans la fonction de commis-dactylographe puisse être transformé en emploi dans la fonction de secrétaire de direction.

L'article 35, 2°, crée la possibilité de transformer l'emploi dans la fonction de commis-dactylographe et de l'organiser dans la fonction de secrétaire de direction.

31. Prolongation de la durée des études dans l'enseignement professionnel secondaire complémentaire (section « soins infirmiers »), portée à trois ans et demi (articles 105 et 106)

Entrée en vigueur : 30 juin 2020

Dans son article 31, 3°, la directive européenne 2005/36/CE relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles fixe les exigences minimales pour la formation des infirmiers. Afin de satisfaire aux exigences de la directive et, par conséquent, de pouvoir continuer à délivrer des diplômes valables à l'échelle européenne, le Gouvernement propose que la durée des études du brevet en soins infirmiers soit portée de trois à trois ans et demi. Le 11 avril 2019, le Gouvernement avait déjà décidé de la prolongation pour une phase pilote au cours de l'année académique 2018-2019. Étant donné que la phase pilote s'est bien déroulée, la base juridique pour la prolongation est maintenant créée.

L'article 3.2 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome doit être élargi étant donné que les conditions d'admission en quatrième année académique de la formation au brevet doivent être fixées par décret.

L'article 105 actualise le renvoi à la loi fédérale adoptée en 2015, laquelle régit l'exercice de la profession réglementée d'infirmier et abroge l'arrêté royal n° 10 de 1967.

L'article 106 fixe les conditions d'accès à la quatrième année académique de la formation au brevet en soins infirmiers dans le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome.

32. Disponibilité, au 1^{er} septembre de l'année scolaire, du capital périodes recalculé au 30 septembre pour une école secondaire ordinaire en cas d'accroissement de la population scolaire d'au moins 7,5 % (article 48)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Le jour de référence pour calculer le capital périodes professoral est le dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente. Pour tenir compte d'importantes augmentations de la population scolaire, le décret du 6 mai 2019 portant des mesures en matière d'enseignement - 2019 a introduit une nouvelle méthode de calcul du capital périodes en cas d'importantes augmentations du nombre d'élèves (+7,5 % au moins) le

dernier jour du mois de septembre. Le capital périodes est disponible pour les écoles à partir du 1^{er} octobre de l'année scolaire. Le Gouvernement propose d'adapter cette disposition de manière que les écoles puissent recourir à ce capital périodes supplémentaire dès le premier jour d'école. Si, toutefois, les écoles organisent au mois de septembre plus d'heures que celles auxquelles elles ont droit à la suite du nouveau calcul opéré fin septembre, ces heures sont à la charge du pouvoir organisateur.

L'article 48 procède à cette modification dans le décret-programme du 20 mai 1997.

33. Chargés de cours invités dans l'enseignement fondamental ordinaire (article 41)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Le décret du 5 juin 1990 fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I permet aux écoles secondaires ordinaires de transformer le capital périodes en moyens financiers à concurrence d'un emploi, mais seulement pour financer des mesures de formation continue ou de coaching visant à soutenir le personnel scolaire, et non pas pour engager des enseignants/chargés de cours.

Étant donné qu'il existe des précédents où, pour un projet solide, du capital périodes a été transformé en moyens financiers avec la participation de la communauté scolaire, et ce, afin d'engager des chargés de cours invités, rémunérés sous la forme d'honoraires, il convient d'adapter le décret en ce sens.

L'article 41 crée, dans le décret du 5 juin 1990, la possibilité de transformer du capital périodes en moyens financiers à concurrence d'un emploi en vue d'engager des chargés de cours invités.

34. Définition des documents à introduire par le directeur d'une école ordinaire en vue de la convocation de la commission de soutien (articles 52, 53 et 54)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

Le décret organique prévoit que le dossier sera transmis à la commission de soutien en cas de désaccord au sein de la conférence de soutien. C'est généralement le cas lorsqu'il s'agit d'une inscription dans une école spécialisée ou d'une résiliation ou d'une rupture d'un projet d'intégration. La commission de soutien doit alors décider où l'enfant sera soutenu à l'avenir ou, selon le cas, quels seront les moyens mis à disposition à cet effet.

Parallèlement, le décret organique prévoit qu'un projet d'intégration ne peut cesser ou être interrompu que si la conférence de soutien a sollicité un nouvel avis de Kaleido et a demandé aux parents de prendre position.

Étant donné que la commission de soutien ne peut prendre une décision solide et légitime que si tous les documents requis pour une décision motivée sont disponibles, le Gouvernement propose de fixer par décret les documents que le directeur de l'école ordinaire doit communiquer à la commission de soutien.

En outre, le président de la commission de soutien a l'obligation de renvoyer un dossier à la conférence de soutien lorsque la commission de soutien constate qu'il est incomplet ou que des étapes importantes n'ont pas été respectées. Si le dossier est incomplet, le

directeur de l'école ordinaire introduit les documents manquants dans un délai de cinq jours ouvrables. Si la procédure fixée n'a pas été respectée, la conférence de soutien doit à nouveau siéger dans les vingt jours ouvrables. Dans le cas d'un nouveau désaccord, le dossier complet sera transmis à la commission de soutien dans un délai de huit jours calendriers.

L'article 52 se rapporte à l'inscription dans une école ordinaire d'un élève chez lequel a été constatée la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé. Il fixe les documents que le directeur de l'école ordinaire doit communiquer à la commission de soutien. En outre, il détermine que la commission de soutien pourra demander les documents manquants au directeur de l'école ordinaire. De plus, il crée la possibilité, pour la commission de soutien, de renvoyer le dossier à la conférence de soutien en vue d'une nouvelle décision si d'importantes étapes n'ont pas été respectées, et fixe les délais dans lesquels cela doit être fait.

L'article 53 porte sur la cessation du soutien pédagogique spécialisé dans une école ordinaire au terme d'une année scolaire. Il fixe les documents que le directeur de l'école ordinaire doit communiquer à la commission de soutien. En outre, il détermine que la commission de soutien pourra demander les documents manquants au directeur de l'école ordinaire. De plus, il crée la possibilité, pour la commission de soutien, de renvoyer le dossier à la conférence de soutien en vue d'une nouvelle décision si d'importantes étapes n'ont pas été respectées, et fixe les délais dans lesquels cela doit être fait.

L'article 54 porte sur l'interruption du soutien pédagogique spécialisé dans une école ordinaire en cours de l'année scolaire. Il fixe les documents que le directeur de l'école ordinaire doit communiquer à la commission de soutien. En outre, il détermine que la commission de soutien pourra demander les documents manquants au directeur de l'école ordinaire. De plus, il crée la possibilité, pour la commission de soutien, de renvoyer le dossier à la conférence de soutien en vue d'une nouvelle décision si d'importantes étapes n'ont pas été respectées, et fixe les délais dans lesquels cela doit être fait.

35. Inspection médicale scolaire pour les enfants et les jeunes inscrits dans l'enseignement à domicile (article 129)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

En vertu du titre 3 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, la mission de Kaleido consiste à encourager précocement un développement sain de tous les enfants et les jeunes de la Communauté germanophone, de moins de neuf mois jusqu'à environ 20 ans (voir l'article 3.2 du même décret), et ce, au niveau physique, mental et social. Pour remplir cette mission, Kaleido mène, entre autres, une inspection médicale scolaire à laquelle tous les enfants et les jeunes scolarisés en Communauté germanophone doivent participer aux dates fixées. Les personnes chargées de l'éducation peuvent également faire réaliser un examen de niveau équivalent par un médecin traitant.

Toutefois, les enfants et les jeunes scolarisés dans l'enseignement à domicile sont actuellement exclus de cette obligation. D'une part, il s'agit d'une inégalité de traitement et, d'autre part, cela empêche Kaleido de remplir sa mission décréte auprès de ces enfants et jeunes en Communauté germanophone.

L'inspection médicale scolaire devrait être menée dans le sens de l'égalité des chances et de l'égalité de traitement de tous les élèves, indépendamment du type d'enseignement choisi par les personnes chargées de leur éducation.

C'est pourquoi le Gouvernement propose que l'inspection médicale scolaire devienne obligatoire à partir de six ans pour les enfants et les jeunes scolarisés dans l'enseignement à domicile.

L'article 129 procède à cette modification dans le décret du 31 mars 2014.

36. Dispenses de cours et d'examens à la haute école autonome (article 107)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2020

L'article 34.4, § 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome détermine que les étudiants n'ayant pas réussi une année d'études peuvent obtenir du jury une dispense de cours et d'examens pour les disciplines où ils ont réussi avec au moins 60 %.

Les chargés de cours de la haute école autonome estiment cependant utile que, dans certaines disciplines, les étudiants participent obligatoirement aux cours en dépit d'une dispense d'examen afin qu'ils puissent mieux suivre l'année suivante. Cela vaut surtout pour les cours de pratique professionnelle, comme les matières ayant trait aux soins de santé dans la section « sciences sanitaires et infirmières » ou à la didactique disciplinaire dans la section « fonction enseignante ». L'expérience des chargés de cours montre que les étudiants n'ayant pas suivi ces cours pendant une année académique en raison de dispenses de cours et d'examens, ont du mal à se retrouver dans ces matières l'année suivante.

La proposition de modification permettra à l'avenir au jury d'accorder librement aux étudiants à la fois une dispense de cours et d'examens ou seulement l'une des deux.

L'article 107 crée la possibilité, pour les jurys des différentes années d'études de la haute école en Communauté germanophone, d'accorder tant une dispense de cours et d'examens qu'uniquement l'une des deux.

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

H. MOLLERS

AVANT-PROJET DE DECRET

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement – 2020

Chapitre 1^{er} – Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Article 1^{er} – À l'article 6 de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le C., b), le 14^{ter}, inséré par le décret du 6 mai 2019, est abrogé;
- 2° dans le G., le a), inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié par les décrets des 27 juin 2011 et 24 juin 2013, est complété par un 5.1 rédigé comme suit :
« 5.1 professeur de harpe ».

Art. 2 – Dans l'article 7, b), du même arrêté royal, le 10°, remplacé par l'arrêté royal du 15 juillet 1969, est remplacé par ce qui suit :

« 10° gestionnaire financier et immobilier; »

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire

Art. 3 – À l'article 16 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° l'alinéa 6, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 26 juin 2017, est complété par les phrases suivantes :

« À défaut d'un candidat porteur du titre requis pour la fonction de pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire, peuvent être désignées dans cette fonction les personnes qui sont porteuses du diplôme d'instituteur primaire ou, dans le cas où la compétence du pédagogue de soutien se limite exclusivement à la section maternelle, du diplôme d'instituteur maternel, complété par une expérience professionnelle utile de deux ans dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant – les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein – et qui, au moment de la désignation, sont inscrits dans une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie. La preuve est apportée en présentant la confirmation d'inscription délivrée par l'établissement d'enseignement où la formation complémentaire est suivie. La désignation dans cette fonction prend fin d'office après deux ans si le membre du personnel concerné n'a pas, dans ce délai, suivi avec fruit la formation complémentaire. »;

- 2° l'alinéa 8, inséré par le décret du 25 juin 2018, est abrogé.

Art. 4 – Dans l'article 25, alinéa 1^{er}, 6°, du même arrêté royal, inséré par le décret du 21 avril 2008, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « obtient l'évaluation » et les mots « "insuffisant" alors qu'il avait déjà obtenu ».

Art. 5 – Dans l'article 91septies, § 2, alinéa 1^{er}, 7°, du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 6 – Dans l'article 91quinqüesdecies, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013 et remplacé par le décret du 18 juin 2018, le mot « 3° » est remplacé par le mot « 4° ».

Art. 7 – Dans l'article 91undequadragies, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 18 juin 2018, les mots « et 91undecies » sont remplacés par les mots « 91undecies, à l'exception du § 2, alinéa 1^{er}, ainsi que 91duodecies ».

Art. 8 – L'intitulé du chapitre VIIdecies du même arrêté royal, inséré par le décret du 6 mai 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VIIdecies – Dispositions spécifiques pour les coordinateurs paramédicaux dans des écoles inclusives ».

Art. 9 – Dans l'article 91quadragiesquinqües du même arrêté royal, inséré par le décret du 6 mai 2019, les mots « de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives ainsi qu'à celle » sont abrogés.

Art. 10 Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, il est inséré un chapitre VIIundecies, comportant les articles 91quadragiessexies à 91quintagies, intitulé comme suit :

« Chapitre VIIundecies – Dispositions spécifiques pour les gestionnaires financiers et immobiliers ».

Art. 11 – Dans le chapitre VIIundecies du même arrêté royal, il est inséré un article 91quadragiessexies rédigé comme suit :

« Art. 91quadragiesquinqües – *Principe*

Par dérogation au chapitre VII, la fonction de gestionnaire financier et immobilier est attribuée exclusivement sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif, conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 91septies, 91octies, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, 91undecies, à l'exception du § 2, alinéa 1^{er}, ainsi que les articles 91duodecies à 91terdecies et 91quadragiesquater s'appliquent à la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

Art. 12 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 91quadragiessepties rédigé comme suit :

« Art. 91quadragiessepties – *Conditions d'admission*

Une personne peut exercer cette fonction si :

1° elle remplit les conditions énumérées à l'article 91quater, 1° et 4° à 6°;

2° elle est porteuse de l'un des titres suivants :

a) le diplôme de l'enseignement supérieur de type court obtenu dans la section « Comptabilité »;

b) le certificat d'enseignement secondaire supérieur dans la section sciences économiques, économie, gestion économique ou comptabilité, complété par une

expérience professionnelle utile de cinq ans acquise dans la fonction d'éducateur-économe ou dans le cadre d'une activité liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

c) le certificat d'enseignement secondaire général supérieur ou technique de transition, complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

d) tout diplôme de l'enseignement supérieur de type court ou de l'enseignement secondaire technique ou professionnel supérieur délivré après avoir suivi avec fruit une formation dont les matières principales sont liées à la fonction de gestionnaire financier et immobilier. Le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. S'il s'agit d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur, une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, est en outre nécessaire. Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

e) un diplôme de l'enseignement supérieur de type court, complété par au moins trois années d'ancienneté dans la fonction d'éducateur-économe;

3° elle a introduit sa candidature dans les formes et délais fixés dans l'appel à candidats. »

Art. 13 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*duodequintagies* rédigé comme suit :

« Art. 91*duodequintagies* – Appel aux candidats et candidature

L'appel aux candidats est publié par le pouvoir organisateur dans la presse, dans les écoles par voie d'affichage et sous toute autre forme appropriée.

L'appel aux candidats mentionne le profil requis pour la fonction de gestionnaire financier et immobilier ainsi que les objectifs à atteindre au cours de la désignation.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y annexe entre autres une lettre de motivation expliquant la manière de réaliser les objectifs visés à l'alinéa précédent. »

Art. 14 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*undequintagies* rédigé comme suit :

« Art. 91*undequintagies* – Désignation

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction.

Il fonde sa sélection entre autres sur la lettre de motivation présentée par le candidat, sur un ou plusieurs entretiens, sur la compétence disciplinaire et sur l'expérience professionnelle. »

Art. 15 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*quintagies* rédigé comme suit :

« Art. 91*quintagies* – Remplacement temporaire

§ 1er – Lorsque la désignation du gestionnaire financier et immobilier prend fin, que celui-ci démissionne de sa fonction ou est temporairement absent, dans le cadre d'un temps plein, en raison d'un des types de congé ou de mise en disponibilité, le pouvoir

organisateur peut le remplacer jusqu'à la fin de l'année scolaire suivante par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 91*quadragessepties*, à l'exception du 3°.

Lorsque le gestionnaire financier et immobilier est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer par une ou plusieurs personnes dans la fonction de surveillant-éducateur.

§ 2 – Pendant le remplacement temporaire, les articles 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 91*duodecies*, 91*terdecies* et 91*quadragesquater* s'appliquent au membre du personnel qui en remplace un autre en vertu du § 1^{er}, alinéa 1^{er}. »

Art. 16 – À l'article 121*ter*, alinéa 1^{er}, 2°, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 28 juin 2010 et 6 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

« 2° disposer au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré; ».

Art. 17 – Dans l'article 121*sexies*, § 2, alinéa 1^{er}, 7°, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié par le décret du 28 juin 2010, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 18 – Dans l'article 169 du même arrêté royal, le 2°, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« 2° tout rapport d'évaluation du membre du personnel portant en conclusion la mention "insatisfaisant" ou "insuffisant" et le fait que ledit membre du personnel ait déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une de ces deux mentions au cours de l'année scolaire précédente; ».

Art. 19 – Dans le chapitre XI*bis* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, il est inséré un article 169*vicies* rédigé comme suit :

« Art. 169*vicies* – Les membres du personnel qui, au 31 août 2020, sont nommés à titre définitif dans la fonction d'éducateur-économiste seront, à partir du 1^{er} septembre 2020, nommés à titre définitif dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

Art. 20 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 169*viciessemel* rédigé comme suit :

« Art. 169*viciessemel* – Par dérogation aux articles 91*duodequintagies* et 91*undequintagies*, le pouvoir organisateur désigne à durée indéterminée dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier, au 1^{er} septembre 2020, tout membre du personnel qui, pendant toute l'année scolaire 2019-2020, était désigné à titre temporaire dans la fonction d'éducateur-économiste. Pour calculer l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 91*septies*, § 3, 1°, les services que le membre du personnel désigné au 1^{er} septembre 2020 dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier a prestés avant cette date dans la fonction d'éducateur-économiste sont pris en considération comme s'ils avaient été prestés dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

Art. 21 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 169*viciesbis* rédigé comme suit :

« Art. 169*viciesbis* – Par dérogation aux articles 91*quinquies*, 91*sexies* et 91*septies*, § 1^{er}, le pouvoir organisateur désigne, du 1^{er} septembre 2020 au 31 décembre 2020, dans la fonction de chef de département d'une école secondaire spécialisée, le membre du personnel qui a exercé la fonction de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives au cours de l'année scolaire 2019-2020. »

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements

Art. 22 – À l'article 7 de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, les modifications suivantes sont apportées :

1. le 2°, remplacé par le décret du 24 juin 2013, est complété par un d) rédigé comme suit :

« d) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur (option/formation complémentaire en morale non confessionnelle); »;

2. dans le 3°, b), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3. le 3° est complété par un c) rédigé comme suit :

« c) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur (sport);

4. dans le 7°, b), inséré par le décret du 21 avril 2008, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule ;

5. le 7°, inséré par le décret du 21 avril 2008, est complété par un c) rédigé comme suit :

le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur mentionnant la langue étrangère comme orientation de base ou élément de l'orientation de base de la formation, accompagné de l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et de la preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question; »;

6° dans le 8, alinéa 1^{er}, 1°, b), inséré par le décret du 29 juin 2015, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule ;

7° le 8°, alinéa 1^{er}, inséré par le décret du 29 juin 2015 est complété par un c) rédigé comme suit :

« c) pour un pédagogue de soutien qui est occupé exclusivement dans une section maternelle : le diplôme d'instituteur maternel, complété par une expérience professionnelle utile de deux ans dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant – les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein – et par une attestation sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur en Communauté germanophone ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement. »;

8° le 8°, inséré par le décret du 29 juin 2015 et modifié par le décret du 20 juin 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Est également considérée comme étant porteuse du titre requis toute personne qui remplit les conditions mises à l'engagement ou, selon le cas, à la désignation pour la fonction d'instituteur primaire, complétées par une expérience professionnelle utile de deux ans dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant – les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein – et d'une attestation sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur en Communauté germanophone ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement. ».

Art. 23 – À l'article 14 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1.1, le c), inséré par le décret du 25 juin 2018, est remplacé par ce qui suit :

« c) l'un des titres suivants dans le domaine de la puériculture :

c)1. le certificat d'enseignement secondaire supérieur obtenu dans la section « Puériculture »;

c)2. le brevet de puéricultrice;

c)3. le certificat d'études de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « puériculture », complété par le certificat de qualification de sixième ou septième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « puériculture »;

2° dans le 1.1, le e), inséré par le décret du 25 juin 2018, est remplacé par ce qui suit :

« e) le certificat de garde d'enfants ou d'aide familiale et seniors et d'aide-soignant délivré par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone en coopération avec la « Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien - KPVDB » (association du personnel de soins en Belgique) ou un titre reconnu comme équivalent par le Gouvernement »;

3° dans le 1.1, le f), inséré par le décret du 25 juin 2018, les mots « à défaut d'un candidat porteur de l'un des titres mentionnés aux a) à e) » sont abrogés;

4° le 1.1, inséré par le décret du 25 juin 2018, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« À défaut d'un candidat porteur de l'un des titres mentionnés aux a) à f), le diplôme d'instituteur maternel vaut titre requis. »;

5° dans le 3bis, le a), inséré par le décret du 20 juin 2016, les modifications et remplacé par le décret du 25 mai 2009, est complété par les mots « , complété par un certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire, délivré par une école supérieure en Communauté germanophone ou toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement »;

6° dans le 3bis, le b), inséré par le décret du juin 2015 et remplacé par le décret du 25 mai 2009, est complété par les mots « et par un certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire, délivré par une école supérieure en Communauté germanophone ou toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement »;

7° le 3bis, inséré par le décret du juin 27 juin 2015 et remplacé par le décret du 25 mai 2009, est complété par un c) rédigé comme suit :

« c) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur, complété par un certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire, délivré par une école supérieure en Communauté germanophone ou toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement; ».

Art. 24 – Dans l'article 17.1 du même arrêté royal, inséré par le décret du 5 mai 2014 et modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, les mots « en première année d'adaptation de l'enseignement secondaire, » sont insérés entre les mots « cours généraux » et les mots « dans l'enseignement secondaire professionnel ».

Chapitre 4 – Modification de l'arrêté royal du 15 juillet 1969 fixant les attributions des administrateurs, des éducateurs-économistes et secrétaires de direction dans les établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et normal de l'État

Art. 25 – Dans l'intitulé de l'arrêté royal du 15 juillet 1969 fixant les attributions des administrateurs, des éducateurs-économistes et secrétaires de direction dans les établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et normal de l'État, les mots « , des éducateurs-économistes » sont abrogés.

Art. 26 – L'article 2 du même arrêté royal est abrogé.

Chapitre 5 – Modification de l'arrêté royal du 22 juillet 1969 déterminant les fonctions de recrutement dont doivent être titulaires les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'État, pour pouvoir être nommés aux fonctions de sélection

Art. 27 – Dans l'article 2 de l'arrêté royal du 22 juillet 1969 déterminant les fonctions de recrutement dont doivent être titulaires les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'État, pour pouvoir être nommés aux fonctions de sélection, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, la ligne concernant l'éducateur-économiste est abrogée.

Chapitre 6 - Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone

Art. 28 – Dans l'article 13, alinéa 1^{er}, 6^o, de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, inséré par le décret du 21 avril 2008, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « obtient l'évaluation » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 29 – Dans l'article 49 du même arrêté royal, le 2^o, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« 2^o tout rapport d'évaluation du membre du personnel portant en conclusion la mention "insatisfaisant" ou "insuffisant" et le fait que ledit membre du personnel ait déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une de ces deux mentions au cours de l'année scolaire précédente; ».

Chapitre 7 – Modification de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire

Art. 30 – À l'article 1^{er} de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, remplacé par l'arrêté de l'Exécutif du 1^{er} septembre 1993, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans la phrase introductive du 1^o, remplacé par le décret du 6 juin 2005 et modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, les mots « des coordinateurs pédagogiques et paramédicaux dans des écoles inclusives » sont remplacés par les mots « des coordinateurs paramédicaux »;

2^o dans le 2^o, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, les mots « des coordinateurs pédagogiques et paramédicaux dans des écoles inclusives » sont remplacés par les mots « les coordinateurs paramédicaux »;

3^o dans le 4^o, c), premier tiret, remplacé par le décret du 6 juin 2005, les mots « éducateurs-économistes » sont remplacés par les mots « gestionnaires financiers et immobiliers ».

Chapitre 8 – Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés

Art. 31 – À l'article 12, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 4° est abrogé.

2° le 5°, inséré par l'arrêté royal du 17 septembre 1976, est abrogé.

Chapitre 9 – Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psychopédagogique

Art. 32 – À l'article 12, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psychopédagogique, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 4° est abrogé;

2° le 5°, inséré par l'arrêté royal du 17 septembre 1976, est abrogé.

Chapitre 10 – Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale

Art. 33 – À l'article 12, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 5° est abrogé;

2° le 6°, inséré par l'arrêté royal du 17 septembre 1976, est abrogé.

Chapitre 11 – Modification de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné

Art. 34 – Dans l'article 5, § 2, 2°, de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné, les mots « d'éducateur-économe » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

Chapitre 12 – Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire

Art. 35 – À l'article 3 de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions

de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire, remplacé par le décret du 29 juin 1998, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, remplacé par le décret du 6 mai 2019, les mots « d'éducateur-économe » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier »;

2° dans le § 1^{er}, modifié par le décret du 6 mai 2019, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un nouvel alinéa rédigé comme suit :

« Un emploi dans la fonction de commis-dactylographe peut être transformé et organisé ou subventionné dans la fonction de secrétaire de direction. »;

3° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « surveillant-éducateur » sont remplacés par les mots « gestionnaire financier et immobilier »;

4° dans le § 4, 1°, les mots « d'éducateur-économe » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

Art. 36 – Dans l'article 15 du même arrêté royal, les mots « d'éducateur-économe » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

Art. 37 – Dans l'article 17, a), du même arrêté royal, les mots « d'éducateur-économe » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

Art. 38 – Dans l'article 21 du même arrêté royal, les mots « d'éducateur-économe » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

Chapitre 13 – Modification de l'arrêté royal du 23 octobre 1979 accordant une allocation de fin d'année à certains titulaires d'une fonction rémunérée à charge du Trésor public

Art. 39 – À l'article 4, § 3, de l'arrêté royal du 23 octobre 1979 accordant une allocation de fin d'année à certains titulaires d'une fonction rémunérée à charge du Trésor public, inséré par l'arrêté royal du 3 décembre 1987, les modifications suivantes sont apportées :

1° [Concerne le texte allemand.];

2° il est inséré un 1.1° rédigé comme suit :

« 1.1° était absent dans le cadre d'une des absences liées à la maternité telles que prévues aux articles 39 et 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971; ».

Chapitre 14 – Modification de l'arrêté royal du 30 mars 1982 relatif aux centres d'enseignement secondaire et fixant le plan de rationalisation et de programmation de l'enseignement secondaire de plein exercice

Art. 40 – Dans l'article 36, 1°, de l'arrêté royal du 30 mars 1982 relatif aux centres d'enseignement secondaire et fixant le plan de rationalisation et de programmation de l'enseignement secondaire de plein exercice, les mots « d'éducateur-économe » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

Chapitre 15 – Modification du décret du 5 juin 1990 fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I

Art. 41 – Dans l'article 4.1, § 1^{er}, du décret du 5 juin 1990 fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I, inséré par le décret du 12 janvier 2012, les mots « ou le coaching visant à soutenir le personnel scolaire » sont remplacés par les mots « , le coaching visant à soutenir le personnel scolaire ou l'engagement de chargés de cours invités, rémunérés sous la forme d'honoraires, afin d'organiser des projets spécifiques impliquant la communauté scolaire ».

Chapitre 16 – Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé

Art. 42 L'article 5^{quater} du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé, inséré par le décret du 11 mai 2009, abrogé par le décret du 26 juin 2017 et rétabli par le décret du 18 juin 2018, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Un emploi à temps plein est mis à la disposition du centre de pédagogie de soutien afin de remplir les missions fixées à l'article 6, alinéa 1^{er}, 4^o, du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées. »

Art. 43 – Dans l'article 5^{sexies} du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, l'alinéa 1^{er} est abrogé.

ART. 21 – Dans l'article 24 du même décret, remplacé par le décret du 11 mai 2009, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un nouvel alinéa rédigé comme suit :

« Si une école spécialisée, qui compte, le dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire en cours, au moins 150 élèves, organise une école inclusive conjointement avec une école ordinaire, un emploi supplémentaire peut être organisé ou subventionné dans la fonction de chef de département, et ce, sans préjudice de l'alinéa 1^{er}. Un quart de cet emploi découle de la transformation du capital périodes octroyé conformément à l'article 5^{ter}.

Art. 45 – Dans l'article 33 du même décret, modifié par le décret du 28 juin 2010, les mots « d'éducateur-économiste » sont remplacés par les mots « de gestionnaire financier et immobilier ».

Chapitre 17 – Modification du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME

Art. 46 – À l'article 17, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le premier tiret est remplacé par ce qui suit :

« – six membres représentant des associations professionnelles qui soit remplissent les conditions fixées à l'article 3 de la loi du 24 avril 2014 relative à l'organisation de la représentation des indépendants et des PME, soit ont leur siège en Communauté germanophone et sont affiliées à l'une des associations professionnelles nationales susmentionnées; »

2^o le deuxième tiret est remplacé par ce qui suit :

« – quatre membres représentant les associations interprofessionnelles qui soit remplissent les conditions fixées à l'article 4 de la loi du 24 avril 2014 relative à l'organisation de la représentation des indépendants et des PME, soit ont leur siège en Communauté germanophone et sont affiliées à l'une des associations interprofessionnelles nationales susmentionnées; »

Chapitre 18 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Art. 47 – Dans l'article 3bis, § 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, les mots « , la fonction de gestionnaire financier et immobilier » sont insérés entre les mots « secrétaire de direction » et les mots « , la fonction de conseiller ».

Chapitre 19 – Modification du décret-programme 1997 du 20 mai 1997

Art. 48 – L'article 3bis du décret-programme 1997 du 20 mai 1997, inséré par le décret du 25 mai 1999, modifié par les décrets des 30 juin 2003 et 6 mai 2019, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, le pouvoir organisateur peut utiliser le capital emplois mentionné à l'article 3, § 3, dès le premier jour d'école. Si, en application du nouveau calcul effectué conformément à l'article 3, § 3, le pouvoir organisateur dispose d'un nombre d'heures inférieur à celui qu'il a organisé le premier jour d'école, ces heures sont à sa charge. »

Chapitre 20 – Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées

Art. 49 – À l'article 21, § 2, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « qui ne sont pas encore soumis à l'obligation scolaire » sont remplacés par les mots « qui ont entre deux ans et six mois et cinq ans »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « soumis à l'obligation scolaire » sont remplacés par les mots « à partir de six ans »;

3° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation aux alinéas 1^{er} et 2, un enfant de six ans peut fréquenter la section maternelle tandis qu'un enfant de cinq ans peut fréquenter l'école primaire. Par enfant de six ans, il faut entendre tout enfant qui atteindra l'âge de six ans au plus tard le 31 décembre de l'année calendrier au cours de laquelle l'année scolaire commence. »

Art. 50 – À l'article 21.1 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « ne sont pas encore soumis à l'obligation scolaire » sont remplacés par les mots « ont entre deux ans et six mois et cinq ans »;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « soumis à l'obligation scolaire » sont remplacés par les mots « à partir de six ans »;

3° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « s'il n'est pas encore soumis à l'obligation scolaire et a deux ans et six mois au moins » sont remplacés par les mots « s'il a entre deux ans et six mois et cinq ans »;

4° dans le § 3, alinéa 3, les mots « un enfant soumis à l'obligation scolaire » sont remplacés par les mots « un enfant de six ans »;

5° dans le § 3, l'alinéa 3 est complété par la phrase suivante :

« Par enfant de six ans, il faut entendre tout enfant qui atteindra l'âge de six ans au plus tard le 31 décembre de l'année calendrier au cours de laquelle l'année scolaire commence. »

Art. 51 – Dans l'article 34 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2012, il est inséré un alinéa rédigé comme suit :

« Les enfants soumis à l'obligation scolaire qui fréquentent la section maternelle peuvent suivre, à la demande des personnes chargées de leur éducation, un cours de religion ou un cours de morale non confessionnelle dans l'école primaire annexée. Les personnes chargées de l'éducation font part de leur choix au moyen d'une déclaration écrite, introduite au plus tard le dernier jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire, ou, selon le cas, lors de l'inscription au cours de l'année. »

Art. 52 – À l'article 93.14 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° les actuels alinéas 1^{er} à 3 forment le § 1^{er};

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 – Le dossier mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, comprend au moins les documents suivants :

1° l'avis mentionné à l'article 93.7;

2° un rapport relatif à l'accompagnement de l'apprentissage mené jusqu'à présent et du soutien apporté à l'élève, établi par le directeur de l'école dans laquelle ledit élève était scolarisé jusqu'alors;

3° une copie du dernier bulletin de l'élève;

4° le procès-verbal de la conférence de soutien;

5° un avis écrit par le titulaire de classe de l'école dans laquelle l'élève était scolarisé jusqu'alors, si ledit titulaire ne peut pas se rendre personnellement à la séance de la commission de soutien.

Les documents mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 2°, 3° et 5°, ne doivent être introduits que si l'élève était déjà scolarisé.

Les personnes chargées de l'éducation sont libres d'introduire un avis écrit. »;

3° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 – Si le président de la commission de soutien constate que le dossier transmis par le chef d'établissement de l'école ordinaire est incomplet, il l'en informe. Le chef d'établissement de l'école ordinaire introduit les documents manquants dans un délai de cinq jours ouvrables à compter de cette information. Si les documents ne sont pas introduits dans ce délai, l'élève restera dans l'école dans laquelle il était déjà scolarisé avant la tenue de la conférence de soutien.

Si le président de la commission de soutien constate que la procédure fixée conformément aux articles 93.11 à 93.13 n'a pas été respectée, il renvoie le dossier par lettre recommandée au chef d'établissement de l'école ordinaire, et ce, aux fins d'une nouvelle décision par la conférence de soutien.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 2, le chef d'établissement de l'école ordinaire convoque une nouvelle fois la conférence de soutien. Celle-ci prend une nouvelle décision dans un délai de vingt jours calendrier après l'envoi de la lettre recommandée mentionnée à l'alinéa précédent. Si aucun accord n'est atteint au sein de la conférence de soutien, le chef d'établissement de l'école ordinaire transmet, dans un délai de huit jours calendrier après la clôture des délibérations de la conférence de soutien, le dossier complet à la commission de soutien qui traitera ledit dossier conformément au § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 3. »

Art. 53 – À l'article 93.21 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° les actuels alinéas 1^{er} à 3 forment le § 1^{er};

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 – Le dossier mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, comprend au moins les documents suivants :

1° l'avis mentionné à l'article 93.20, § 1^{er}, alinéa 2, 2°,

2° un rapport relatif à l'accompagnement de l'apprentissage mené jusqu'à présent et du soutien apporté à l'élève, établi par le directeur de l'école dans laquelle ledit élève était scolarisé jusqu'alors;

3° une copie du dernier bulletin de l'élève;

4° le procès-verbal de la conférence de soutien;

5° un avis écrit par le titulaire de classe de l'école dans laquelle l'élève était scolarisé jusqu'alors, si ledit titulaire ne peut pas se rendre personnellement à la séance de la commission de soutien.

Les personnes chargées de l'éducation sont libres d'introduire un avis écrit. »; 3° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

§ 3 – Si le président de la commission de soutien constate que le dossier transmis par le chef d'établissement de l'école ordinaire est incomplet, il l'en informe. Le chef d'établissement de l'école ordinaire introduit les documents manquants dans un délai de cinq jours ouvrables à compter de cette information. Si les documents ne sont pas introduits dans ce délai, l'élève restera dans l'école dans laquelle il était déjà scolarisé avant la tenue de la conférence de soutien.

Si le président de la commission de soutien constate que la procédure fixée conformément aux articles 93.11 à 93.13 n'a pas été respectée, il renvoie le dossier par lettre recommandée au chef d'établissement de l'école ordinaire, et ce, aux fins d'une nouvelle décision par la conférence de soutien.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 2, le chef d'établissement de l'école ordinaire convoque une nouvelle fois la conférence de soutien. Celle-ci prend une nouvelle décision dans un délai de vingt jours calendrier après l'envoi de la lettre recommandée mentionnée à l'alinéa précédent. Si aucun accord n'est atteint au sein de la conférence de soutien, le chef d'établissement de l'école ordinaire transmet, dans un délai de huit jours calendrier après la clôture des délibérations de la conférence de soutien, le dossier complet à la commission de soutien qui traitera ledit dossier conformément au § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 3. »

Art. 54 – À l'article 93.22 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 – Le dossier mentionné au § 3, alinéa 1^{er}, comprend au moins les documents suivants :

1° l'avis mentionné au § 1^{er}, 1°;

- 2° un rapport relatif à l'accompagnement de l'apprentissage mené jusqu'à présent et du soutien apporté à l'élève, établi par le directeur de l'école dans laquelle ledit élève était scolarisé jusqu'alors;
- 3° une copie du dernier bulletin de l'élève;
- 4° le procès-verbal de la conférence de soutien;
- 5° un avis écrit par le titulaire de classe de l'école dans laquelle l'élève était scolarisé jusqu'alors, si ledit titulaire ne peut pas se rendre personnellement à la séance de la commission de soutien.

Les personnes chargées de l'éducation sont libres d'introduire un avis écrit. »;

2° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 – Si le président de la commission de soutien constate que le dossier transmis par le chef d'établissement de l'école ordinaire est incomplet, il l'en informe. Le chef d'établissement de l'école ordinaire introduit les documents manquants dans un délai de cinq jours ouvrables à compter de cette information. Si les documents ne sont pas introduits dans ce délai, l'élève restera dans l'école dans laquelle il était déjà scolarisé avant la tenue de la conférence de soutien.

Si le président de la commission de soutien constate que la procédure fixée conformément aux articles 93.11 à 93.13 n'a pas été respectée, il renvoie le dossier par lettre recommandée au chef d'établissement de l'école ordinaire, et ce, aux fins d'une nouvelle décision par la conférence de soutien.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 2, le chef d'établissement de l'école ordinaire convoque une nouvelle fois la conférence de soutien. Celle-ci prend une nouvelle décision dans un délai de vingt jours calendrier après l'envoi de la lettre recommandée mentionnée à l'alinéa précédent. Si aucun accord n'est atteint au sein de la conférence de soutien, le chef d'établissement de l'école ordinaire transmet, dans un délai de huit jours calendrier après la clôture des délibérations de la conférence de soutien, le dossier complet à la commission de soutien qui traitera ledit dossier conformément au § 3, alinéas 1^{er} à 3. »

Art. 55 – À l'article 93.50 du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« L'enseignement à domicile satisfait aux exigences mentionnées aux articles 5 à 13 et permet aux enfants soumis à l'obligation scolaire d'atteindre les objectifs de développement pour la section maternelle et les niveaux de compétences pour l'école primaire et secondaire. Chaque niveau de compétences équivaut aux compétences, macro-compétences, compétences attendues et références par rapport à ces dernières qui ont été définies pour l'enseignement. »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « les objectifs de développement mentionnés à l'article 11, » sont insérés entre les mots « Elles développent » et les mots « de la même manière ».

Art. 56 – Dans l'article 93.52 du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots « les objectifs de développement et » sont insérés entre les mots « ainsi que » et les mots « les compétences à atteindre ».

Art. 57 – L'article 96.3 du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, est abrogé.

Art. 58 – L'article 98 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2018, est complété par un § 6 rédigé comme suit :

« § 6 – Sans préjudice du § 1^{er}, la mission du gestionnaire financier et immobilier comprend avant tout les tâches suivantes :

1° gérer matériellement l'établissement d'enseignement, c'est-à-dire :

- a) passer toutes les commandes dans le respect des dispositions relatives aux marchés publics;
- b) vérifier toutes les factures de l'école et les transmettre à la direction pour signature;
- c) réceptionner les livraisons et gérer les stocks;
- 2° gérer financièrement l'établissement d'enseignement, c'est-à-dire :
 - a) tenir la comptabilité conformément aux prescriptions légales;
 - b) gérer les recettes et dépenses de toute l'école;
 - c) tenir la caisse;
 - d) gérer les décomptes de frais;
 - e) établir et actualiser l'inventaire;
- 3° préparer le projet annuel du budget et des investissements;
- 4° vérifier tous les contrats de l'école et les transmettre à la direction pour signature;
- 5° coordonner l'exécution financière des projets Erasmus+;
- 6° assurer la gestion immobilière générale ainsi que de la planification et la supervision des changements infrastructurels dans l'école;
- 7° être la personne de contact pour les questions économiques et financières;
- 8° assurer la supervision et la coordination du personnel ouvrier et des gens de service occupés dans l'école;
- 9° apporter un soutien administratif, logistique et technique à la direction de l'école;
- 10° participer à des réunions du personnel;
- 11° participer personnellement à des recyclages et formations continuées;
- 12° accomplir des tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les tâches mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2°, ne relèvent pas de la mission du gestionnaire financier et immobilier, si ces tâches sont assurées par un comptable désigné en dehors de l'école conformément aux dispositions du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Dans ce cas, le gestionnaire financier et immobilier appuie le comptable externe dans l'accomplissement de ces tâches. »

Art. 59 – Dans le chapitre XII du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un article 123septies rédigé comme suit :

« Art. 123septies – Par dérogation à l'article 21, § 2, alinéa 1^{er}, et l'article 21.1, § 2, alinéa 1^{er}, et § 3, alinéas 1^{er} et 2, les enfants qui ont entre trois et cinq ans sont admis en section maternelle du 1^{er} septembre 2020 au 31 août 2024.

Chapitre 21 – Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné

Art. 60 – À l'article 33 du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 6, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 26 juin 2017, est complété par les phrases suivantes :

« À défaut d'un candidat porteur du titre requis pour la fonction de pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire, peuvent être engagées dans cette fonction les personnes qui sont porteuses du diplôme d'instituteur primaire ou, dans le cas où la compétence du pédagogue de soutien se limite exclusivement à la section maternelle, du diplôme d'instituteur maternel, complété par une expérience professionnelle utile de deux ans dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant – les services à temps partiel étant pris en considération

proportionnellement à une occupation à temps plein – et qui, au moment de l'engagement sont inscrits dans une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie. La preuve est apportée en présentant la confirmation d'inscription délivrée par l'établissement d'enseignement où la formation complémentaire est suivie. L'engagement dans cette fonction prend fin d'office après deux ans si le membre du personnel concerné n'a pas, dans ce délai, suivi avec fruit la formation complémentaire. »;

2° l'alinéa 8, inséré par le décret du 25 juin 2018, est abrogé.

Art. 61 – Dans l'article 40, 7°, du même décret, inséré par le décret du 21 avril 2008, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « obtient l'évaluation » et les mots « "insuffisant" alors qu'il ».

Art. 62 – Dans l'article 53, alinéa 1^{er}, du même décret, la première phrase est complétée par les mots « dans la fonction concernée dans l'école concernée ».

Art. 63 – Dans l'article 62.6, § 2, alinéa 1^{er}, 7°, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 64 – Dans l'article 62.14, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et remplacé par le décret du 18 juin 2018, le mot « 3° » est remplacé par le mot « 4° ».

Art. 65 – Dans l'article 62.37, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 18 juin 2018, les mots « et 62.10 à » sont remplacés par les mots « 62.10, à l'exception du § 2, alinéa 1^{er}, ainsi que les articles 62.11 et ».

Art. 66 – L'intitulé du chapitre IV *decies* du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre IV *decies* – Dispositions spécifiques pour les coordinateurs paramédicaux ».

Art. 67 – Dans l'article 62.43 du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, les mots « de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives ainsi qu'à celle » sont abrogés.

Art. 68 – Dans le titre I^{er} du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, il est inséré un chapitre IV *undecies*, comportant les articles 62.44 à 62.48, intitulé comme suit :

« Chapitre IV *undecies* – Dispositions spécifiques pour les gestionnaires financiers et immobiliers ».

Art. 69 – Dans le chapitre IV *undecies* du même décret, il est inséré un article 62.44 rédigé comme suit :

« Art. 62.44 – *Principe*

Par dérogation au chapitre IV, la fonction de gestionnaire financier et immobilier est attribuée exclusivement sous la forme d'un engagement et d'une nomination à titre définitif, conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 62.6, 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, 62.10, à l'exception du § 2, alinéa 1^{er}, ainsi que les articles 62.11 à 62.12 et 62.42 s'appliquent à la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

Art. 70 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.45 rédigé comme suit :

« Art. 62.45 – Conditions d'admission

Une personne peut exercer cette fonction si :

1° elle remplit les conditions énumérées à l'article 62.3, 1° et 4° à 6°;

2° elle est porteuse de l'un des titres suivants :

a) le diplôme de l'enseignement supérieur de type court obtenu dans la section « Comptabilité »;

b) le certificat d'enseignement secondaire supérieur dans la section sciences économiques, économie, gestion économique ou comptabilité, complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans acquise dans la fonction d'éducateur-économiste ou dans le cadre d'une activité liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

c) le certificat d'enseignement secondaire général supérieur ou technique de transition, complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

d) tout diplôme de l'enseignement supérieur de type court ou de l'enseignement secondaire technique ou professionnel supérieur délivré après avoir suivi avec fruit une formation dont les matières principales sont liées à la fonction de gestionnaire financier et immobilier. Le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. S'il s'agit d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur, une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, est en outre nécessaire. Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;

e) un diplôme de l'enseignement supérieur de type court, complété par au moins trois années d'ancienneté dans la fonction d'éducateur-économiste;

3° elle a introduit sa candidature dans les formes et délais fixés dans l'appel à candidats. »

Art. 71 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.46 rédigé comme suit :

« Art. 62.46 – Appel aux candidats et candidature

L'appel aux candidats est publié par le pouvoir organisateur dans la presse et sous toute autre forme appropriée.

L'appel aux candidats mentionne le profil requis pour la fonction de gestionnaire financier et immobilier ainsi que les objectifs à atteindre au cours de l'engagement.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y annexe entre autres une lettre de motivation expliquant la manière de réaliser les objectifs visés à l'alinéa précédent. »

Art. 72 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.47 rédigé comme suit :

« Art. 62.47 – Engagement

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction.

Il fonde sa sélection entre autres sur la lettre de motivation présentée par le candidat, sur un ou plusieurs entretiens, sur la compétence disciplinaire et sur l'expérience professionnelle. »

Art. 73 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.48 rédigé comme suit :

« Art. 62.48 – Remplacement temporaire

§ 1^{er} – Lorsque l'engagement du gestionnaire financier et immobilier prend fin, que celui-ci démissionne de sa fonction ou est temporairement absent, dans le cadre d'un temps plein, en raison d'un des types de congé ou de mise en disponibilité, le pouvoir organisateur peut le remplacer jusqu'à la fin de l'année scolaire suivante par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.45, à l'exception du 3^o.

Lorsque le gestionnaire financier et immobilier est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer par une ou plusieurs personnes dans la fonction de surveillant-éducateur.

§ 2 – Pendant le remplacement temporaire, les articles 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 62.11, 62.12 et 62.42 s'appliquent au membre du personnel qui remplace en vertu du § 1^{er}, alinéa 1^{er}. »

Art. 74 – À l'article 69.2, alinéa 1^{er}, 2^o, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 28 juin 2010 et 6 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

« 2^o disposer au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré; ».

Art. 75 – Dans l'article 69.5, § 2, alinéa 1^{er}, 7^o, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié par le décret du 25 mai 2009, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 76 À l'article 80, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 6^o, inséré par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« 6^o tout rapport d'évaluation du membre du personnel portant en conclusion la mention "insatisfaisant" ou "insuffisant" et le fait que ledit membre du personnel ait déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une de ces mentions au cours de l'année scolaire précédente; ».

2^o le 7^o, inséré par le décret du 26 juin 2006, est abrogé.

Art. 77 – Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du lundi 6 mai 2019, il est inséré un article 119.19 rédigé comme suit :

« Art. 119.19 – Les membres du personnel qui, au 31 août 2020, sont engagés à titre définitif dans la fonction d'éducateur-économiste seront, à partir du 1^{er} septembre 2020, engagés à titre définitif dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

Art. 78 – Dans le même titre, il est inséré un article 119.20 rédigé comme suit :

« Art. 119.20 – Par dérogation aux articles 62.46 et 62.47, le pouvoir organisateur engage à durée indéterminée dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier, au 1^{er} septembre 2020, tout membre du personnel qui, pendant toute l'année scolaire 2019-2020, était engagé à titre temporaire dans la fonction d'éducateur-économiste. Pour calculer l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 62.6, § 3, 1^o, les services que le membre du personnel engagé au 1^{er} septembre 2020 dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier a prestés avant cette date dans la fonction d'éducateur-économiste sont pris en considération comme s'ils avaient été prestés dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier. »

Art. 79 – Dans l'article 5, alinéa 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, remplacé par le décret du 25 juin 2018, les mots « non encore soumis à l'obligation scolaire , et qui est âgé d'au moins deux ans et six mois » sont remplacés par les mots « qui a entre deux ans et six mois et cinq ans ».

Art. 80 – Dans l'article 7 du même décret, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :
« Par dérogation à l'article 5, un enfant âgé de six ans peut fréquenter la section maternelle. »

Art. 81 – Dans l'article 10, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « non soumis à l'obligation scolaire » sont abrogés.

Art. 82 – Dans l'article 33, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les mots « soumis à l'obligation scolaire » sont abrogés.

Art. 83 – Dans l'article 52.5, alinéa 1^{er}, du même décret, la phrase du 2^o, insérée par le décret du 11 mai 2009 et remplacé par le décret du 29 juin 2015, est complétée par les mots « avec un maximum d'un tiers du capital emplois pouvant être utilisé pour engager des membres du personnel qui sont porteurs de l'un des titres mentionnés à l'article 7, 8^o, c), de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements.

Art. 84 – Dans l'article 65 du même décret, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« À la demande des personnes chargées de l'éducation, chaque élève de maternelle soumis à l'obligation scolaire reçoit deux périodes de cours de religion ou de morale non confessionnelle dans l'école primaire annexée. »

Art. 85 – À l'article 68 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, les mots « de primaire » sont insérés entre les mots « d'une classe » et les mots « ou deux »;

2^o le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les élèves de maternelle soumis à l'obligation scolaire qui, à la demande des personnes chargées de leur éducation, suivent un cours de religion ou de morale non confessionnelle, fréquentent à cette fin l'école primaire annexée. »;

3^o le § 3, modifié par le décret du 21 avril 2010, est complété par la phrase suivante :

« Les élèves de maternelle soumis à l'obligation scolaire qui, à la demande des personnes chargées de leur éducation, suivent un cours de religion ou de morale non confessionnelle dans l'école primaire annexée sont additionnés aux élèves du premier degré. »

Art. 86 – À l'article 70, § 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 3, les mots « ou, selon le cas, un élève de maternelle soumis à l'obligation scolaire » sont insérés entre les mots « Dès qu'un élève » et les mots « s'inscrit dans une école »;

2^o dans l'alinéa 4, les mots « aucun élève » sont remplacés par les mots « , aucun élève ou, selon le cas, aucun élève de maternelle soumis à l'obligation scolaire ».

Art. 87 – À l'article 84^{quater} du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « Pour l'année scolaire 2019-2020, » sont remplacés par les mots « Pour les années scolaires 2019-2020 à 2022-2023, »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « 2020-2021 » sont remplacés par les mots « 2023-2024 ».

Art. 88 – Dans le chapitre IX du même décret, modifié par les décrets des 23 octobre 2000, 18 juin 2018 et 25 juin 2018, il est inséré un article 84^{quinquies} rédigé comme suit :

« Art. 84^{quinquies} – Par dérogation à l'article 5, les enfants qui ont entre trois et cinq ans sont admis en section maternelle du 1^{er} septembre 2020 au 31 août 2024.

Chapitre 23 – Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003

Art. 89 Dans l'article 11, § 2, du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003, remplacé par le décret du 17 mai 2004, les mots « ainsi qu'un membre du personnel qui, en raison d'une autorisation ministérielle spécifique, a été engagé aux fins d'assurer l'accompagnement individuel d'un enfant ayant des besoins spécifiques médicalement justifiés » sont insérés entre les mots « que d'une seule classe » et les mots « peut être remplacé immédiatement ».

Art. 90 – Dans l'article 11.19 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, l'alinéa 6 est complété par les mots suivants « ; toutefois et tant qu'il dispose encore de jours de maladie, aucun jour de maladie ne lui sera déduit pendant cette période pour tout jour où, dans le cadre de la reprise sur la base d'un horaire individuel :

1° il preste au moins trois heures de travail, à condition que son horaire ou son plan de travail régulier, selon le cas, prévoyait plus de trois heures de travail ce jour-là;

2° il preste au moins une heure de travail, à condition que son horaire ou son plan de travail régulier, selon le cas, prévoyait trois heures de travail ou moins ce jour-là. »

Chapitre 24 – Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés

Art. 91 – À l'article 20, § 1^{er}, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 5, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 26 juin 2017, est complété par les phrases suivantes :

« À défaut d'un candidat porteur du titre requis pour la fonction de pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire, peuvent être désignées dans cette fonction les personnes qui sont porteuses du diplôme d'instituteur primaire ou, dans le cas où la compétence du pédagogue de soutien se limite exclusivement à la section maternelle, du diplôme d'instituteur maternel, complété par une expérience professionnelle utile de deux ans dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant – les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein – et qui, au moment de la désignation sont inscrits dans une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie. La preuve est apportée en présentant la confirmation d'inscription délivrée par l'établissement d'enseignement où la formation

complémentaire est suivie. La désignation dans cette fonction prend fin d'office après deux ans si le membre du personnel concerné n'a pas, dans ce délai, suivi avec fruit la formation complémentaire. »;

2° l'alinéa 7, inséré par le décret du 25 juin 2018, est abrogé.

Art. 92 – Dans l'article 25, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « le 31 mai » sont remplacés par les mots « le 30 avril ».

Art. 93 – Dans l'article 29, alinéa 1^{er}, 7°, du même décret, inséré par le décret du 21 avril 2008, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « obtient l'évaluation » et les mots « alors qu'il avait déjà obtenu ».

Art. 94 – Dans l'article 56.5, § 2, alinéa 1^{er}, 7°, du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 95 – L'intitulé du chapitre IV*undecies* du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre IV*undecies* – Dispositions spécifiques pour les coordinateurs paramédicaux dans des écoles inclusives ».

Art. 96 – Dans l'article 56.20 du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, les mots « les fonctions de coordinateur pédagogique et paramédical dans des écoles inclusives sont attribuées » sont remplacés par les mots « la fonction de coordinateur paramédical dans des écoles inclusives est attribuée ».

Art. 97 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, il est inséré un chapitre IV*duodecies*, comportant l'article 56.21, intitulé comme suit :

« Chapitre IV*duodecies* – Dispositions spécifiques pour les gestionnaires financiers et immobiliers ».

Art. 98 – Dans le chapitre IV*duodecies* du même décret, il est inséré un article 56.21 rédigé comme suit :

« Art. 56.21 – Par dérogation au chapitre IV, la fonction de gestionnaire financier et immobilier est attribuée sous la forme d'une désignation à durée indéterminée et d'une nomination à titre définitif, conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 99 – Dans l'article 64.5, § 2, alinéa 1^{er}, 7°, du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 100 – Dans l'article 64.13, alinéa 1^{er}, du même décret, le 2°, inséré par le décret du 28 juin 2010 et modifié par le décret du 6 mai 2019, est remplacé par ce qui suit :

« 2° disposer au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré; ».

Art. 101 – Dans l'article 64.16, § 2, alinéa 1^{er}, 7°, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 102- À l'article 78 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 3°, modifié par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« 3° si le rapport d'évaluation du membre du personnel porte en conclusion la mention "insatisfaisant" ou "insuffisant" et si ledit membre du personnel a déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une de ces mentions au cours de l'année scolaire précédente; ».

2° le 4°, modifié par le décret du 26 juin 2006, est abrogé.

Chapitre 25 - Modification du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement

Art. 103 – Dans l'article 26bis, cinquième tiret, du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, inséré par le décret du 21 avril 2008, les mots « ou de professeur de l'enseignement secondaire inférieur » sont remplacés par les mots « , de professeur de l'enseignement secondaire inférieur ou d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur ».

Chapitre 26 – Modification du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement 2005

Art. 104 – À l'article 33 du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement 2005, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 2, modifié par le décret du 20 juin 2016, est remplacé par ce qui suit :

« Le congé est pris soit à plein temps, soit à concurrence de la moitié d'un horaire complet. La durée du congé parental s'élève à maximum quatre mois pour un congé à temps plein et à maximum huit mois pour un congé à temps partiel. Le congé parental peut être réparti, le congé à temps plein ne pouvant toutefois être octroyé qu'à raison de périodes d'au moins un mois et le congé à temps partiel, à raison de période d'au moins deux mois. Le congé parental à temps plein et le congé parental à temps partiel peuvent être combinés, la durée totale ne pouvant toutefois pas dépasser quatre mois de congé à temps plein. »;

2° l'alinéa 3, inséré par le décret du 23 juin 2008 et modifié par le décret du 20 juin 2016, est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, le congé peut également être accordé pour une période inférieure à un mois à temps plein ou à deux mois à temps partiel, cette période étant considérée comme un mois à temps plein ou, selon le cas, deux mois à temps partiel pour fixer les quatre mois à temps plein ou les huit mois à temps partiel disponibles. »

Chapitre 27 – Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome

Art. 105 – Dans la phrase introductive de l'article 2.7, § 1^{er}, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, remplacé par le décret du 20 juin 2016, les mots « l'arrêté royal n° 78 du 10 novembre 1967 relatif à l'exercice des professions des soins de santé » sont remplacés par les mots « la loi coordonnée du 10 mai 2015 relative à l'exercice des professions des soins de santé. »

Art. 106 – À l'article 3.2, § 4, du même décret, modifié par les décrets des 25 juin 2007 et 28 juin 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° [concerne le texte allemand;]

2° le § 4 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sont admis en quatrième année des études menant à l'obtention du brevet d'infirmier les étudiants qui possèdent un certificat attestant la réussite de la troisième année d'études menant à l'obtention du brevet d'infirmier, du brevet d'infirmier – spécialité

santé mentale et psychiatrie –, du diplôme d'infirmier gradué, du brevet d'assistant en soins hospitaliers ou du brevet d'assistant en soins hospitaliers – spécialité santé mentale et psychiatrie – ou l'attestation d'équivalence à l'un des certificats susvisés et qui ont acquitté le droit d'inscription fixé à l'article 3.8. »

Art. 107 – Dans l'article 3.34, § 2, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « et d'examens » sont remplacés par les mots « et/ou d'examens ».

Art. 108 – Dans l'article 5.23, alinéa 1^{er}, 6^o, du même décret, inséré par le décret du 21 avril 2008, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « obtient l'évaluation » et les mots « "insuffisant" alors qu'il avait déjà obtenu ».

Art. 109 – Dans l'article 5.38, § 1^{er}, 1^o, du même décret, modifié par le décret du 27 juin 2011, les mots « pour autant que le candidat soit porteur des titres de capacité correspondants prévus à l'article 5.2 et qu'il ait obtenu pendant trois années consécutives la dérogation prévue à l'article 5.18 pour l'emploi à pourvoir, chacune des dérogations devant avoir une durée minimale de 15 semaines » sont remplacés par les mots « à condition que le candidat remplisse les conditions fixées à l'article 5.15, 5^o ».

Art. 110 – À l'article 5.52, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 3^o, modifié par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« 3^o lorsque le rapport d'évaluation du membre du personnel porte en conclusion la mention "insatisfaisant" ou "insuffisant" et si ledit membre du personnel a déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une de ces mentions au cours de l'année scolaire précédente; »;

2^o le 4^o, modifié par le décret du 26 juin 2006, est abrogé.

Art. 111 – Dans l'article 5.86, § 2, alinéa 1^{er}, 6^o, du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2006, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « en cas de mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 112 – Dans l'article 5.88, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « tous les deux ans » sont remplacés par les mots « , au moins tous les cinq ans, ».

Art. 113 – Dans l'article 5.97, alinéa 2, 6^o, du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2006, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « en cas de mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 114 – Dans l'article 5.102, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « tous les deux ans » sont remplacés par les mots « , au moins tous les cinq ans, ».

Art. 115 – Dans l'article 5.105.4, § 2, alinéa 1^{er}, 7^o, du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 116 – L'article 5.105.8 du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, est complété par la phrase suivante « Ils sont sous la responsabilité directe du directeur, qui a autorité sur eux. »

Art. 117 – Dans l'article 5.105.11, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, le nombre « 471 » est remplacé par le mot « 471/I ».

Art. 118 – À l'article 9.11septies du même décret, inséré par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, l'année « 2020 » est remplacé par l'année « 2022 »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « 2020-2021, au plus tard le 31 décembre 2020 » sont remplacés par les mots « 2022-2023, au plus tard le 31 décembre 2022 ».

Chapitre 28 – Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant

Art. 119 – Dans l'article 103 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, le 9°, inséré par le décret du 6 mai 2019, est abrogé.

Art. 120 – [Concerne le texte allemand.]

Art. 121 – L'annexe II du même décret, insérée par le décret du 16 juillet 2012 et modifiée par les décrets des 20 juin 2016 et 26 juin 2017, est complétée par un 4° rédigé comme suit :

« 4° à partir du 1^{er} janvier 2021

Échelles de traitement - Montants en euros

Échelle de la classe d'âge 18 ans

Ouvrier
Ouvrier d'entretien
Aide-cuisinier
14 282,48 – 16 241,03
04 (1) x 125,89
02 (2) x 67,34
10 (2) x 144,62

Ouvrier spécialisé
Ouvrier d'entretien qualifié
Cuisinier
14.784,96 – 19.223,37
04 (1) x 162,20
05 (2) x 225,41
06 (2) x 308,92
02 (2) x 485,62

Premier ouvrier spécialisé
Premier ouvrier d'entretien qualifié
Premier cuisinier
14.892,88 – 19.893,93
04 (1) x 162,22
05 (2) x 256,19
08 (2) x 404,18

Premier ouvrier spécialisé – chef d'équipe
Premier ouvrier d'entretien qualifié
Chef d'équipe
Premier cuisinier – chef d'équipe
15 426,92 – 21 034,93
04 (1) x 253,19
05 (2) x 323,00
08 (2) x 404,18 ».

Chapitre 29 – Modification du décret du 25 mai 2009 portant sur des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009

Art.122 – À l'article 12 du décret du 25 mai 2009 portant des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009, remplacé par le décret du 28 juin 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « en annexe » sont remplacés par les mots « dans l'annexe 1^{re} »;

2° l'article est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Les chefs d'établissement qui ne disposent pas de formation pédagogique doivent réussir, outre la formation spécifique dont les éléments essentiels sont fixés dans l'annexe 1^{re}, un module complémentaire destiné aux chefs d'établissement de l'enseignement fondamental ou secondaire ne disposant pas de formation pédagogique, module dont les éléments essentiels sont fixés dans l'annexe 2 pour les chefs d'établissement de l'enseignement fondamental et dans l'annexe 3 pour ceux de l'enseignement secondaire.

Par chef d'établissement ne disposant pas d'une formation pédagogique, il faut entendre un chef d'établissement qui n'est pas porteur du diplôme d'instituteur maternel, d'instituteur primaire, d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur ou supérieur, d'un titre d'études de l'enseignement supérieur du deuxième degré dans le domaine pédagogique ou d'un titre pédagogique d'au moins 15 crédits ECTS. »

Art. 123 – À l'article 13 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « de directeur d'école secondaire » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 2, les premier et deuxième tirets sont remplacés par les 1° et 2° rédigés comme suit :

« 1° pour les modules dispensés tous réseaux confondus de la formation spécifique et les modules complémentaires destinés aux chefs d'établissement de l'enseignement fondamental et secondaire ne disposant pas de formation pédagogique, par le Gouvernement;

2° pour le de la formation dispensée par un pouvoir organisateur, par le pouvoir organisateur en question. »

Art. 124 – L'unique annexe de ce même décret, modifiée par le décret du 28 juin 2010, devient l'annexe 1^{re}.

Art. 125 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, sont insérées les annexes 2 et 3, jointes au présent décret.

Chapitre 30 – Modification du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration

Art. 126 – À l'article 15.1 du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration, inséré par le décret du 6 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « et dans la formation en alternance » sont insérés entre les mots « dans l'enseignement » et les mots « et, à la demande », les mots « ou du pouvoir organisateur » sont remplacés par les mots « , du pouvoir organisateur, de l'IAWM ou du directeur d'un ZAWM » et la phrase est complétée par les mots suivants « , la formation scolaire ainsi que la formation en alternance dans les classes moyennes »;

2° dans le 5°, les mots « et dans la formation en alternance » sont insérés entre les mots « dans l'enseignement » et les mots « par la gestion de cas ».

Art. 127 – Dans l'article 15.3, 1°, du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, les mots « , le directeur d'un ZAWM » sont insérés entre les mots « chef d'établissement » et les mots « ou – s'il est absent » et la phrase est complétée par les mots « ou les membres du personnel de la formation en alternance dans les classes moyennes ».

Art. 128 – Dans l'article 20, § 2, alinéa 1^{er}, 7°, du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2017, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Chapitre 31 – Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Art. 129 – Dans l'article 3.15, § 1^{er}, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, le 1° est complété par les mots suivants « et, tous les deux ans, pour les enfants et les jeunes à partir de six ans soumis à l'obligation scolaire qui suivent un enseignement à domicile ».

Art. 130 – Dans l'article 6.24, alinéa 3, du même décret, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « portant en conclusion la mention » et les mots « "insuffisant" alors qu'il avait déjà ».

Art. 131 – Dans l'article 6.78, alinéa 1^{er}, du même décret, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° lorsque le rapport d'évaluation du membre du personnel porte en conclusion la mention "insatisfaisant" ou "insuffisant" et si ledit membre du personnel a déjà obtenu un rapport d'évaluation portant l'une de ces mentions au cours de l'année scolaire précédente; ».

Art. 132 – Dans l'article 6.83, § 2, alinéa 1^{er}, 7°, du même décret, les mots « "insatisfaisant" ou » sont insérés entre les mots « la mention » et le mot « "insuffisant" ».

Art. 133 – Dans l'article 6.87, § 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 26 février 2018, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 4, deux nouveaux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, la prime mensuelle s'élève à 616,15 euros dans le cas d'un coordinateur pour le domaine « sciences sanitaires ».

Dans le cas d'une occupation à temps partiel, le montant de la prime mentionné aux alinéas 1^{er} et 2 est réduit proportionnellement à l'occupation. »

Art. 134 – À l'article 10.7, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 4, sont insérés deux nouveaux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, la prime mensuelle s'élève à 616,15 euros dans le cas d'un coordinateur pour le domaine « sciences sanitaires ».

Dans le cas d'une occupation à temps partiel, le montant de la prime mentionné aux alinéas 1^{er} et 2 est réduit proportionnellement à l'occupation. »

2° dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 4, les mots « conformément au premier alinéa » sont remplacés par les mots « conformément aux alinéas 1^{er} à 3 ».

Chapitre 32 – Modification du décret du 25 juin 2018 créant la fonction d'assistant en maternelle dans les écoles fondamentales ordinaires et abaissant à deux ans et six mois l'âge d'entrée en section maternelle

Art. 135 – Dans l'article 25, 2°, du décret du 25 juin 2018 créant la fonction d'assistant en maternelle dans les écoles fondamentales ordinaires et abaissant à deux ans et six mois l'âge d'entrée en section maternelle les mots « 1^{er} septembre 2021 » sont remplacés par les mots « 1^{er} septembre 2024 ».

Chapitre 33 – Entrée en vigueur

Art. 136 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2020, à l'exception :
1° de l'article 89, qui produit ses effets le 1^{er} septembre 2019;
2° des articles 3, 3°, 16, 22, 6°, 7° et 8°, 60, 1°, 74, 83, 91, 1°, 92, 100 et 118, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent décret;
3° des articles 105 et 106, qui entrent en vigueur le 30 juin 2020;
4° des articles 46, 133 et 134, qui entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2020;
5° des articles 1^{er}, 2°, 3, 2°, 22, 1° à 5°, 23, 1° à 4, 24, 60, 2°, 62, 91, 2°, 103 et 121, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2021.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

H. MOLLERS

ANNEXE

Annexe 1^{re}

Module complémentaire destinés aux chefs d'établissement de l'enseignement fondamental ne disposant pas de formation pédagogique	Unités de valeur
• Connaissances élémentaires relatives au système éducatif en Communauté germanophone ○ L'histoire de l'enseignement en Belgique et en Communauté germanophone ○ Le fonctionnement du système éducatif en Communauté germanophone ○ La législation en vigueur dans l'enseignement en Communauté germanophone ○ Le rôle sociétal de l'école	1
• Spécificités de l'école en tant qu'organisation ○ L'école en tant qu'organisation sociale ○ L'école en tant qu'organisation d'experts ○ Responsabilité du chef d'établissement dans la gestion des processus de développement de l'enseignement, du personnel et de l'organisation	2,5
• Didactique générale ○ Notions de didactique générale ○ Cadre d'orientation pédagogique et didactique ○ Qualité de l'enseignement : qu'est-ce qu'un bon cours ? Méthodes empiriques pour enseigner et pour apprendre ○ Fondement conceptuel des référentiels de compétences en Communauté germanophone ○ Préparation des cours – Référentiels de compétences et curricula comme aides à la planification de cours centrés sur les compétences	3
• Didactique dans l'enseignement fondamental ○ Psychologie du développement ○ Rôle de l'enseignant ○ Processus de dynamique de groupes dans l'enseignement ○ Perturbations en classe : causes possibles, prévention, gestion ○ Méthodes d'enseignement, stratégies d'apprentissage et de travail ○ Stages d'observation dans des écoles fondamentales, avec un accent sur l'enseignement et les activités de la direction de l'établissement	3,5
Total	10

Annexe 2

Module complémentaire destiné aux chefs d'établissement de l'enseignement secondaire ne disposant pas de formation pédagogique	Unités de valeur
• Connaissances élémentaires relatives au système éducatif en Communauté germanophone ○ L'histoire de l'enseignement en Belgique et en Communauté germanophone ○ Le fonctionnement du système éducatif en Communauté germanophone ○ La législation en vigueur dans l'enseignement en Communauté germanophone ○ Le rôle sociétal de l'école	1
• Spécificités de l'école en tant qu'organisation ○ L'école en tant qu'organisation sociale ○ L'école en tant qu'organisation d'experts ○ Responsabilité du chef d'établissement dans la gestion des processus de développement de l'enseignement, du personnel et de l'organisation	2,5
• Didactique générale ○ Notions de didactique générale ○ Cadre d'orientation pédagogique et didactique ○ Qualité de l'enseignement : qu'est-ce qu'un bon cours ? Méthodes empiriques pour enseigner et pour apprendre ○ Fondement conceptuel des référentiels de compétences en Communauté germanophone ○ Préparation des cours – Référentiels de compétences et curricula comme aides à la planification de cours centrés sur les compétences	3
• Didactique dans l'enseignement secondaire/Didactique appliquée ○ Psychologie du développement ○ Rôle de l'enseignant ○ Processus de dynamique de groupes dans l'enseignement ○ Perturbations en classe : causes possibles, prévention, gestion ○ Méthodes d'enseignement, stratégies d'apprentissage et de travail ○ Stages d'observation dans des écoles secondaires, avec un accent sur l'enseignement et le champ d'activités de la direction de l'établissement	3,5
Total	10